Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 131 Mai/Juni 2007 2,50 Euro



In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 131 Mai/Juni 2007

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
(BRD) 20,– Euro
(Europa) 25,– Euro

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Newroz in Diyarbakır
Foto: Annett Bender

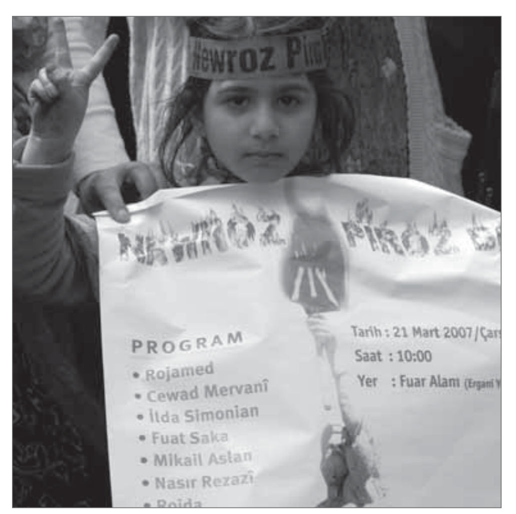
Rückseite:
Freiheit für Sakine Cansiz

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Newroz in Diyarbakır Foto: A. Bender


Internationaler Aktionstag zur Rettung des Tigirs-Tals und Hasankeyfs Foto: A. Bender



Die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA in Erinnerung an Uta und Amara Foto: A. Bender

Liebe Leserinnen und Leser,

dass Newroz weitgehend ohne größere Zusammenstöße verlief, ist allein der kurdischen Bevölkerung zugutezuschreiben. Provokationen im Vorfeld durch Festnahmen, Durchsuchungen und Verhaftungen gab es viele und diese nicht nur in der Türkei und Kurdistan, sondern auch in Europa. Und auch die aufgedeckte Vergiftung Abdullah Öcalans ist nicht gerade förderlich für den Frieden in der Region.

Wie in den vorherigen Ausgaben berichtet, gab es seit Oktober 2006 von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung einen erneuten Vorstoß, um den lange anhaltenden Konflikt mit friedlichen demokratischen Mitteln zu beenden. Seit Oktober sollten die Waffen schweigen, um wieder einen Weg zu eröffnen, dem Frieden in Kurdistan eine Chance zu geben. Es war ein Zeichen nicht allein an Regierung, Parteien und Institutionen, an die Zivilorganisationen und Intellektuellen in der Türkei. Es war auch ein Zeichen in Richtung Europa, dass sich Europa einschalte bei der Verwirklichung eines dauerhaften gerechten Friedens.

Die frühe Äußerung Erdoğans, dass es „ohne ersichtlichen Grund“ keine Operationen der Sicherheitskräfte geben werde, wenn die PKK zu ihrem Wort stehe, erwies sich als leere Worthülse. Die militärischen Aktivitäten seitens der türkischen Armee wurden nicht verringert, dafür in allen Regionen Nordkurdistans ausgeweitet. Ebenso wurde die Truppenpräsenz an der Grenze zum Süden (Nordirak) aufgestockt, um bei „grünem Licht“ durch die USA sofort einmarschieren zu können.

Die positiven Erwartungen an Europa, sich für einen friedlichen Weg zur Beilegung des Konflikts einzusetzen, sind ebenfalls nicht erfüllt worden. Selbst als die Anwälte Abdullah Öcalans der Öffentlichkeit mitteilten, dass bei ihrem Mandanten eine systematische Vergiftung nachgewiesen werden konnte, war es nicht an einer wirklichen Aufklärung interessiert. Und das, obwohl absehbar ist, welche Konsequenzen ein Giftmord am Repräsentanten des kurdischen Volkes hätte.

Europa und allen voran Deutschland hätten die Möglichkeiten gehabt, wegweisend für eine friedliche Option zu sein. Viel hätte es nicht bedurft, nur einzelner kleiner Schritte. So hätte z. B. mit kurdischen PolitikerInnen der Dialog eröffnet werden können. Diese stehen bereit, aber die Antwort sieht dann doch etwas anders aus: Auch in Deutschland herrscht die Repression vor: Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Verhaftungen, Gerichtsverfahren, Abschiebungen.

Dies sind nicht die Wege, die zu einem gerechten Frieden führen.

Hasankeyf und das Tigristal sollen vernichtet werden: mit Hilfe Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Das ist jetzt offiziell. Nur drei Tage nach dem internationalen Aktionstag in Hasankeyf am 23. März, als der Grundstein für den *Park der Hoffnung und Solidarität* gelegt wurde und mehr als hundert Bäume gepflanzt worden sind, gaben zuerst Deutschland, dann Österreich und die Schweiz grünes Licht für die beantragten Exportkreditgarantien für den umstrittenen Bau des Ilısu-Staudamms. Diese Entscheidung reiht sich ein in die verfehlte Europapolitik für die Region und wird die Vertreibung von Kurdinnen und Kurden aus Kurdistan noch verstärken. Dieses Bauprojekt beinhaltet nicht nur den Raubbau an Natur und Umwelt, sondern ist eine gezielte Zerstörung 10 000-jähriger Menschheitsgeschichte und somit nicht nur eine Kriegserklärung an die kurdische Bevölkerung vor Ort.

Die Initiative für den Erhalt von Hasankeyf wird dringend Unterstützung brauchen. Ein Zeichen für die Solidarität ist der Ausbau des Kulturparks. So soll in diesem Jahr der Baumbestand auf Tausend erhöht werden. Wir möchten an dieser Stelle an unsere Leserinnen und Leser appellieren, aktiv an der Gestaltung mitzuarbeiten.

In diesem Sinne, Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Ankaras Dilemma und die grenzüberschreitenden Operationen

Tuncay Doğan, Journalist

Die Türkei erlebt ein Wahljahr. Erst findet die umstrittene Staatspräsidentenwahl statt, später die Parlamentswahl. Folglich ist es angebracht, die Entwicklungen in ihren inneren und äußeren Dimensionen unter die Lupe zu nehmen. In diesem Zusammenhang beinhaltete die Rede des Generalstabschefs Yaşar Büyükanıt am 12. April die Botschaft: „Die Gründerin und Verteidigerin des Systems ist die Armee." Viel interessanter war die Behauptung in den Zeitungen, die am nächsten Tag mit der Rede titelten, dass Büyükanıt, ohne politische Themen angesprochen zu haben, lediglich die Sensibilitäten der Armee zur Sprache gebracht habe. Dabei waren die Rede und die Haltung Büyükanıts ausschließlich politisch, sie bildeten das Zentrum der Politik. Die Mitteilungen in seiner Rede waren gewiss nicht neu, vor allem die Akzente in der kurdischen Frage hören wir seit achtzig Jahren zu unterschiedlichsten Gelegenheiten immer wieder. Aber diese vor allem in den letzten Jahren immer häufiger zu registrierenden Äußerungen müssen als Schwäche und mangelnde Bodenhaftung statt Stärke gesehen werden. Lassen Sie uns nun anhand der Themen der Rede die Situation der Türkei analysieren:

1.) Die PKK und die grenzüberschreitende Operation:

Die Türkei befindet sich in einer regelrechten Durchmarschstimmung, unaufhaltbar alles aufzumischen. So wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, dass die kurdische Frage beseitigt werde und die Guerillakräfte vernichtet würden, sobald die Türkei in den Irak einmarschiere. Dabei hat sie seit 1993 siebenundzwanzig grenzüberschreitende Operationen durchgeführt. Jedes Mal ist sie aus der Region, in die sie mit Siegesrufen einmarschierte, angeschlagen und mit größeren Problemen als vorher wieder abgezogen. Anstatt der Guerilla tödliche Hiebe zu versetzen, hat sie jedes Mal unter großen Verlusten die Region wieder verlassen müssen. Heute würde eine Militäroperation nur eine Wiederholung der vorherigen Erfahrungen bedeuten und vielleicht sogar einen noch höheren Preis abverlangen.

Sicherheitsexperten sind sich einig, dass die PKK-Guerilla militärisch der türkischen Armee große Verluste zufügen würde. Der türkische Generalstab ist sich dieser Tatsache ebenfalls äußerst bewusst. Generalstabschef Yaşar Büyükanıt hatte im August letzten Jahres anlässlich einer Pressekonferenz auf diese Gefahren hingewiesen, erklärt, dass bei einer grenzüberschreitenden Operation die Verluste das Mehrfache der Verluste der US-Armee im Irak betragen würden, und den Vergleich mit dem Vietnam-Debakel hergestellt.

Die Türkei führte ihre letzte „offizielle" grenzüberschreitende Operation im Jahr 1997 durch. Wie die vorhergehenden beruhte auch diese auf einer Abmachung mit der Saddam-Hussein-Führung. Damals erhielt die Türkei sowohl militärische als auch diplomatische und politische Unterstützung aus dem Westen. Außer ein paar kümmerlichen Stimmen aus den arabischen Staaten gab es bis dahin keine ernst zu nehmende Kritik an den Interventionen der Türkei, die ihr Abkommen mit der Führung in Bagdad als internationale Rechtsgrundlage präsentieren konnte. Jetzt gibt es Saddam Hussein nicht mehr. Der Türkei, die in diesem Fall ohne ihren wichtigsten Verbündeten dasteht, fehlt es heute an rechtlicher Grundlage für eine breit angelegte grenzüberschreitende Operation und an der militärischen und politischen Unterstützung der westlichen Verbündeten. Bei einem heutigen Einmarsch besteht sogar die Gefahr einer Konfrontation der türkischen Armee mit den Peschmerga und Einheiten der US-Armee.

Ein weiterer Faktor von Bedeutung für den Erfolg bzw. Misserfolg einer Operation ist die Beziehung zu den kurdischen Kräften im Irak und deren aktive Unterstützung. Ankara hat bis vor wenigen Jahren sowohl mit der KDP als auch mit der PUK gegen die PKK-Kräfte militärisch kooperiert. In dieser Zeit haben die Peschmerga aktiv gegen die Guerilla gekämpft. Gegenwärtig aber lehnt die föderale Regionalregierung Kurdistans ein Militärbündnis mit der Türkei ab und erklärt eine militärische oder politische Intervention in die inneren Angelegenheiten zum Kriegsgrund und weist die Türkei zurecht. Die Erklärung des Vorsitzenden der föderalen Regionalregierung Mesut Barzani – „Wenn die Türkei sich in Kerkuk einmischt, werden wir uns in Diyarbakır einmischen" – illustriert gut die veränderte Lage. Inzwischen erkennt auch Barzani ganz klar, dass das Problem nicht ein PKK-Problem ist, sondern dass die Türkei auf die allgemeinen kurdischen Errungenschaften abzielt und ihre Haltung vor allem in der Frage von Kerkuk und des Referendums Ausdruck ihrer Expansionspolitik ist.

Auch die USA verstehen das. Sie können sich in dem Sumpf, in den sie im Irak geraten sind, nur durch die starke

Unterstützung der südkurdischen Kräfte auf den Beinen halten und Südkurdistan stellt für sie die stabilste Region im Irak dar. Also wollen die USA, dass es auch in Zukunft so bleibt, und geben daher kein grünes Licht für die militärische Intervention der Türkei. Man kann sogar behaupten, dass die USA heute aufgrund ihrer regionalen Interessen weder die kurdische Seite der türkischen vorziehen noch umgekehrt. Jenseits militärischer Methoden suchen sie Fortschritte und sind daher bemüht, ein Aufeinanderprallen der Konfliktparteien vor allem im Irak zu verhindern. Solange die US-Politik gegen den Iran und Syrien nicht klar ist, werden sie die kurdische Karte nicht aus der Hand geben. Auch bei einem umfassenden Rückzug aus dem Irak würden sie in Südkurdistan ein gewisses militärisches Potential stationieren, um die Möglichkeit zur Intervention in der Region zu gewährleisten.

Folglich wird die grenzüberschreitende Operation in der Türkei erneut dafür genutzt, um öffentliche Meinung herzustellen. In dem Wettstreit um nationalistische Positionen ist die zentrale Parole „Armee nach Kerkuk“. Das Thema hat zudem auch außenpolitische Wirkung. Mit dieser Drohung wird Spannung erzeugt und die wiederum als Mittel eingesetzt im Kampf um Mitspracherechte im regionalen und internationalen Gleichgewicht.



Newroz in Diyarbakır Foto: A. Bender

2.) Kerkuk und die angedrohten Wirtschaftssanktionen gegen die föderale Region Kurdistan:

Ankara reklamiert seit Jahren Kerkuk als eine türkische Stadt und versucht hierbei die turkmenische Karte zu spielen, obwohl es nie real die turkmenischen Rechte verteidigt hat und auch keine große Unterstützung leistet. Ich sage, die Rechte nicht verteidigt, weil Saddam Hussein auch Tausende aus der turkmenischen Gemeinschaft ermorden ließ, als Kerkuk von Kurdinnen und Kurden gesäubert und arabisiert wurde. Ankara hat damals diese Ereignisse einfach ignoriert, Saddams antikurdisches Vorgehen hatte Vorrang. Ein „paar“ turkmenische Opfer waren nicht ausreichend, dass ein Kurdenschlächter wie Saddam sich aus der offiziellen türkisch-irakischen Bündnisfront zurückziehen musste.

Für die türkische Politik stellt es nach offizieller Lesart eine „rote Linie“ und somit einen Kriegsgrund dar, wenn Kerkuk kurdisch bestimmt werden und der kurdischen Region beitreten würde. Diese Linie änderte ihre Farbe, später verwischte sie und verwandelte sich in weiß, als die südkurdische Regierung mit offener US-Unterstützung de facto ein Staatsgebilde aufbaute und ihren Einfluss in Kerkuk verstärkte. Aber die Türkei erhöht die Spannung in der Region und versucht, die Auseinandersetzung zu provozieren, um somit das Referendum in Kerkuk in diesem Jahr zu verhindern.

Der nächste Punkt sind Wirtschaftssanktionen. Die Türkei hat neben militärischen und diplomatischen Offensiven die Schließung des Grenzübergangs Habur und die Einstellung von Strom- und Brennstofflieferungen ins Gespräch gebracht. Aber die türkischen Wirtschafts- und Arbeitgeberkreise bewerteten dies als ein typisches Beispiel dafür, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Südkurdistan und der Irak sind für die Unternehmen in der Türkei vielleicht die einzige Region, in der sie ohne internationale Konkurrenz investieren können. Der jährliche Handelsumfang wird auf 5 bis 7 Milliarden Dollar geschätzt mit steigender Tendenz. Tausende in der Region tätige türkische Firmen realisieren sehr große Projekte beim Aufbau des Landes. Die Zollstelle Habur, die der Regionalregierung jährlich 400 Millionen Dollar einbringt, lässt die Türkei ein Mehrfaches gewinnen. Folglich werden Wirtschaftssanktionen der Türkei mehr schaden als der Region.

3.) Zusammenarbeit mit den USA und dem Westen gegen die PKK:

Die Türkei, die bis in die letzten Jahre im Kampf gegen die PKK jede erwünschte Unterstützung erhielt, verliert zunehmend an Boden, weil sie nicht das notwendige Fazit aus den veränderten politischen Kräfteverhältnissen zieht und weil sie auf ihrer Verleug-





Newroz in Diyarbakır Foto: DIHA



Die sardische neben der Fahne der DTP auf der Newrozfeier in Bingöl Foto: DIHA

nungspolitik beharrt. Es ist kein Geheimnis mehr, dass die türkischen Verantwortlichen sowohl in Washington als auch in anderen europäischen Hauptstädten zu hören bekommen, dass sie die Minimalstandards bei der Demokratisierung einhalten und einige zentrale Minderheitenrechte gewähren sollen. Das kommt nicht einer Akzeptanz der kurdischen politischen Forderungen gleich. Im Gegenteil: Die betreffenden Kreise sind sich einig darüber, dass die Festungen der kurdischen Freiheitsbewegung eingerissen werden müssen. Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage beziehen sich lediglich auf die Frage der anzuwendenden Methoden. Die USA und die westlichen Staaten stellen in den Vordergrund, die widerständischen Elemente der kurdischen Politik zu neutralisieren und ihre ökonomischen und gesellschaftlichen Quellen in einer breiten Zusammenarbeit trockenzulegen. Die Razzien und Festnahmen gegen FunktionärInnen der PKK und ihre Institutionen in Europa sind hierfür typische Belege. Auf der anderen Seite wird der Türkei bedeutet, Strukturen außerhalb der PKK den Weg zu ebnen. Die Türkei aber beharrt stattdessen auf ihrem „totalen Vernichtungskonzept", um die Berechtigung ihrer Verleugnungspolitik beweisen zu können, und erwartet dieselbe Entschlossenheit auch von ihren Bündnispartnern.

Die Differenz zwischen diesen Kräften scheint in der Frage zu liegen: „Wie blutig soll die Vernichtung der Kurden verlaufen?" Die USA ziehen mit ihrem ernannten PKK-Koordinator und von ihnen gelenkten internationalen Angriffen eine Vernichtung auf Raten vor und erwarten von der Türkei, dass die sich an die von ihnen formulierten Regeln hält. Die Türkei hingegen erklärt das für nicht ausreichend und fordert die Durchführung von Militäroperationen an ihrer Stelle. Wahrscheinlich werden infolge dieses Handels überall Angriffe gegen die Arme der PKK und später eine begrenzte Operation in Südkurdistan durchgeführt werden.

Die EU scheint hingegen entschlossen zu sein, die kurdische Frage unabhängig von den Bedingungen vorerst nicht zu behandeln. Es sieht so aus, als hätte sie Ankara bezüglich der Nichtlösung dieser Frage einen Blankoscheck ausgestellt. Diese Unterstützung an Ankara ist der Hauptpfeiler für die privilegierte anstelle einer Vollmitgliedschaft.

Die internen Auseinandersetzungen, die Streitigkeiten zwischen Politik und Armee und andere Probleme der Türkei scheinen in den Kalender der EU zu passen, die es begrüßt, wenn sie auch weiterhin anhalten.

Zusammenfassend:

Die Türkei hat die Lösung der kurdischen Frage auf friedlichem Wege auf keinen Fall auf ihrer Agenda. Die kümmerlichen Stimmen, die angemessene Ansichten vertreten, werden jedoch unter den militaristischen und chauvinistischen Vorstößen zermahlen. Die Haupttätigkeit der AKP-Regierung besteht wie üblich darin, das Problem in der Schwebe zu halten und sich als dritte Kraft herauszuziehen. Dieses Beharren auf der Nichtlösung beschert der Gesellschaft der Türkei immer wieder Putschversuche, Krieg und Spannungen in allen Bereichen. Dabei hatte die PKK mit ihrem jüngsten einseitigen Waffenstillstand vom 1. Oktober 2006, einmal abgesehen von den vorherigen, eine wichtige Chance zum ersten Dialog geboten. Aber diese auf dem goldenen Tablett servierte Gelegenheit wurde erneut verschmäht und die Kriegsoption aufrechterhalten. Die Antwort auf den Waffenstillstand bestand aus weiteren Militäroperationen, Angriffen gegen die Bevölkerung und, noch wichtiger, der systematischen Schwermetallvergiftung des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı, obwohl die Kurdinnen und Kurden ihn bei jeder Gelegenheit als ihren politischen Vertreter deklarierten.

Die kurdische Seite erklärt sich, ohne müde zu werden, zu einer friedlichen Lösung des Problems bereit. Sie bringt es nicht nur zur Sprache, sondern initiiert auch entsprechende praktische Schritte. Sie vermittelt aber auch unmissverständlich, dass sie die Kraft hat, jedem Angriff standzuhalten. Das beste Beispiel hierfür bieten die Millionen Kurdinnen und Kurden, die anlässlich des diesjährigen Newroztages wieder zusammenkamen. ♦

Es ist Aufgabe des Staates, die Rechte unseres Mandanten zu gewährleisten

Der Imralı-Status und die letzten Entwicklungen

Ibrahim Bilmez, Rechtsanwalt im Verteidigerteam von Abdullah Öcalan

Die Sorge um den Gesundheitszustand von Herrn Abdullah Öcalan hat nach der Pressekonferenz seiner Anwälte am 1. März 2007 in Rom ein akutes Stadium erreicht. Herr Öcalan wurde 1999 auf rechtswidrige Weise in die Türkei verschleppt und wird seitdem im geschlossenen Einpersonen-Gefängnis Imralı, in dem weder das nationale noch das internationale Recht gilt, festgehalten. Die berechtigte Sorge besteht eigentlich seit dem 15. Februar 1999 [*Datum seiner Verschleppung; Anm. d. Ü.*] sowohl bei uns Anwälten als auch in der kurdischen Öffentlichkeit mitsamt ihren Organisationen und Institutionen. Weil Herr Öcalan der Souveränität des Staates untersteht und unerreichbar und uneingreifbar ist, folglich in einem Bereich mit vielen Unklarheiten festgehalten wird, existiert diese Sorge schon seit dem ersten Tag. Die hasserfüllten Erklärungen ziviler und militärischer Verantwortlicher gegen unseren Mandanten haben unsere Besorgnis ständig erhöht. Die Rede des damaligen Generalsekretärs des Nationalen Sicherheitsrats, General Tuncer Kılınç, während einer öffentlichen Veranstaltung in Brüssel im Jahre 2003 kann hier als Beispiel angeführt werden. Er sagte zusammengefasst: „Hätten wir Öcalan hingerichtet, wäre er nur einmal gestorben. Aus diesem Grunde werden wir ihn dort langsam verfaulen lassen und auf diese Weise töten.“ Diese und ähnliche Erklärungen offenbaren klar die Sichtweise des Staates gegenüber unserem Mandanten.

Als seine Anwälte haben wir gegen den rechtswidrigen Status des Imralı-Gefängnisses sowohl das nationale Recht ausgeschöpft als auch internationale Rechtsmechanismen in Anspruch genommen und unsere Einwände dargelegt. Unsere Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind noch anhängig, aber trotz all unserer Mühen hält dieser rechtswidrige Status, in dem unser Mandant festgehalten wird, an.

Diese staatliche Haltung spiegelt sich auch im Gesundheitszustand unseres Mandanten wider. Zum Zeitpunkt seiner Verschleppung in die Türkei am 15. Februar 1999 hatte unser Mandant abgesehen von einer chronischen Sinusitis (Nebenhöhlenentzündung) keinerlei ernsthafte gesundheitliche Beschwerden. Aufgrund der Bedingungen des Hochsicherheitsgefängnisses Imralı leidet unser Mandat seit längerer Zeit unter Beschwerden der oberen Atemwege, Atemnot durch eine allergische Nasenschleimhautentzündung, die mit einer chronischen Angina einhergeht, einem brennenden Sekretfluss im Hals, massiven Schlafstörungen und Erstickungsanfällen im Schlaf, von denen er sich nur schwer erholt, Juckreiz und Brennen sowie einem ungewöhnlichen Abschälen der Haut, intensivem Pfeifen auf einem Ohr und anderen ähnlichen Beschwerden. Alle unsere Anträge bei den zuständigen Behörden auf eine umfassende Untersuchung und Behandlung blieben bislang ergebnislos, ebenso unser Antrag zur Aushändigung von Haar-, Blut-, Nagel- und ähnlichen Gewebeproben unseres Mandanten an seine Anwälte zum Zwecke der Untersuchung.

Diese Negativhaltung der Verantwortlichen hielt auch dann noch an, als wir die Ergebnisse der Haarprobenuntersuchungen unseres Mandanten Öcalan auf einer Pressekonferenz am 1. März 2007 öffentlich machten. Nach der Untersuchung des Straßburger ChemTox-Labors wurde eine hoch über den Normalwerten liegende Menge der Elemente Chrom und Strontium festgestellt. Diese Vergiftung durch Schwermetallelemente führt zu schwerwiegenden Gesundheitsproblemen.

Es ist bislang noch ungeklärt, wie diese zwei toxisch wirkenden Elemente in diesen hohen Konzentrationen in den Körper unseres Mandanten gelangen konnten und welche Gesundheitsschäden sie bislang angerichtet haben. Auf der Pressekonferenz forderten wir die Entsendung einer unabhängigen Gesundheitsdelegation nach Imralı, um zum einen diese Ungewissheit zu klären und zum anderen die Behandlung möglicherweise an unserem Mandanten verursachter Gesundheitsschäden aufzunehmen. In solch einer Situation ist die Erwartung an den Staat, unverzüglich eine unabhängige Expertendelegation, deren Objektivität über jeden Zweifel erhaben ist, zu entsenden, um die Sorgen um das Leben unseres Mandanten zu beseitigen. Durch diese einfache und vernünftige Maßnahme hätte sich der Staat sowohl über jeden Verdacht erheben können als auch die Sorgen über die gesundheitliche Situation unseres Mandanten weitestgehend beseitigen können.

Diese Befürchtungen wurden jedoch nicht ausgeräumt, im Gegenteil wies der türkische Justizminister noch am Tag unserer Presseerklärung ohne jegliche weitere wissenschaftliche Untersuchung alle Behauptungen vorschnell zurück und ordnete eine Ermittlung durch die Generalstaatsanwaltschaft Bursa an. Am 5. März wurde dann eine dreiköpfige

Reaktionen auf Öcalan-Vergiftung
Einen Tag nach der Bekanntgabe des Verteidigerteams Abdullah Öcalans, dass eine Schwermetallvergiftung bei ihrem Mandanten vorliege, hat die PKK zum „ununterbrochenen Serhildan" aufgerufen, bis Öcalan medizinische Behandlung bekomme.
Die 54 DTP-Bürgermeister in der Türkei gaben am Sonntag eine gemeinsame Erklärung zur Vergiftung Abdullah Öcalans ab und forderten eine Untersuchung durch unabhängige Fachleute. Die DTP-Vorsitzende Aysel Tuğluk erklärte: „Wenn das stimmt, dann findet in staatlicher Verantwortung ein bewusster und geplanter Mord statt."
Die Freiheitsfalken Kurdistan (TAK) warnten unterdessen in einer E-mail an die Nachrichtenagentur ANF Touristen davor, in die Türkei zu kommen. Die TAK hatten im Oktober 2006 parallel zum von der PKK ausgerufenen einseitigen Waffenstillstand ihre Aktionen in türkischen Metropolen eingestellt.
In Europa demonstrierten am Wochenende Tausende Menschen für Abdullah Öcalan. So fanden in Berlin, Hamburg, Kiel, Bremen, Düsseldorf, Darmstadt, Duisburg, Dortmund, Frankfurt, Freiburg, Bonn, Bielefeld, Halle, Heilbronn, Nürnberg, Ulm, Hannover, Salzgitter, Saarbrücken, Stuttgart, Paris, Marseille, Rennes, Zürich und Den Haag Kundgebungen und Demonstrationen statt. In Dortmund kam es nach polizeilichen Provokationen zu mehreren leicht Verletzten und vier Festnahmen, als die Polizei gegen Ende der Demonstration Tränengas einsetzte.
In Hamburg besetzten kurdische Jugendliche den regionalen TV-Sender „Hamburg 1" während einer Livesendung in Anwesenheit von Oberbürgermeister von Beust am Donnerstagabend und verlasen eine Erklärung. Auch ein TV-Sender in Stockholm wurde kurzzeitig besetzt.
In mehreren europäischen Städten kam es zu Angriffen auf türkische Einrichtungen mit Molotowcocktails.
Quelle: ANF, 04.03.2007, ISKU

Hungerstreiks für Öcalan
In Strasbourg hat für die Durchsetzung der Forderung einer gesundheitlichen Untersuchung von Abdullah Öcalan durch eine unabhängige internationale Ärzteabordnung ein unbefristeter Hungerstreik begonnen. Die Aktion wurde mit einer Kundgebung vor dem Europarat eingeleitet. Die AktivistInnen forderten das Komitee zur Verhinderung von Folter (CPT) dazu auf, aktiv zu werden. Die Vergiftung Öcalans sei seit vierzig Tagen öffentlich bekannt und die kurdische Bevölkerung in großer Sorge, erklärte Ahmet Dere vom Nationalkongress Kurdistan (KNK).
Im Anschluss an die Kundgebung wurde ein Informationsdossier im Europarat übergeben und erneut dringend dazu aufgerufen, in Aktion zu treten. Danach liefen die AktivistInnen geschlossen zum Französisch-Kurdischen Kulturzentrum, wo der Hungerstreik durchgeführt wird. Von insgesamt 70 Teilnehmern führen 17 einen unbefristeten Hungerstreik durch, die weiteren 53 im Wechsel einen jeweils fünftägigen Hungerstreik.

Hungerstreiks in den Gefängnissen
Die Hungerstreiks gegen die Vergiftung Öcalans weiten sich auch in den Gefängnissen der Türkei aus. In Amed begann im D-Typ-Gefängnis ein unbefristeter Hungerstreik mit der Forderung nach einer unabhängigen Untersuchungskommission. In der Gruppe der Hungerstreikenden sind: Sedat Adsiz, Mehmet Berk, Vedat Haci Ali, Veli Tosun, Tajdin Turan, Mustafa Tunayüzlü, Nazmi Nansacak und Seref Inanç.
Ein Hungerstreik mit derselben Forderung begann in Izmir/Buca im F-Typ-Gefängnis. Eine Gruppe begann unbefristet, weitere Gruppen treten in einen rotierenden Hungerstreik.

Fachärztedelegation nach Imralı entsandt, um die notwendigen Gewebeproben zu entnehmen. Noch am selben Tag ließ das Justizministerium die Medien wissen, dass die Behauptungen Lügen und Öcalans Gesundheit gut seien. Diese voreingenommene Stellungnahme allein stellt bereits die Unabhängigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Ermittlung ebenso wie der Untersuchung durch das Gerichtsmedizinische Institut ernsthaft in Frage.

Nach der Presseinformation über die eingeleitete gerichtliche Untersuchung beantragten wir bei der Staatsanwaltschaft gemäß den Bestimmungen der Strafprozessordnung (CMK), dass die Untersuchung auch die klimatischen Bedingungen auf der Insel, Aufenthaltsräume, Kleidung, Lebensmittel und Wasser unseres Mandanten sowie derjenigen, die mit ihm im selben Umfeld leben, einbeziehen sollte.

Obwohl sich unsere Forderung mit den internationalen Standards für eine toxikologische Untersuchung deckt, wurde sie nicht beachtet. Die Delegation auf Imralı entnahm einfach nur Blut-, Stuhl-, Urin- und Haarproben, ohne unseren Mandanten entsprechend befragt oder untersucht zu haben, ohne seine Lebensumstände untersucht oder Proben anderer Personen genommen zu haben. Wie aus dem Untersuchungsbericht des Gerichtsmedizinischen Instituts als Merkwürdigkeit hervorgeht, soll es der Delegation nicht gelungen sein, ausreichende Haarproben unseres Mandanten zur Feststellung der Strontium- und Chromkonzentration zu entnehmen, obwohl dies der eigentliche Grund für ihren Besuch auf der Gefängnisinsel Imralı war. Auf der zweiten Seite des Berichtes heißt es, dass wegen unzureichender Haarproben die Analyse nicht habe vorgenommen werden können. Demgegenüber ist nicht klar zu entnehmen, wie denn nun an die Haarproben gelangt wurde, mit denen dann später die Untersuchungsergebnisse erstellt wurden. Allein diese Gegebenheit lässt berechtigte Zweifel an der Ernsthaftigkeit und der Professionalität und Unabhängigkeit der vom Justizministerium beauftragten Delegation zu.

Trotz unserer Forderung und der sich verschlimmernden Gesundheitsprobleme unseres Mandanten wurde die gerichtsmedizinische Untersuchung nur anhand der Haar-, Blut-, Stuhl- und Urinproben vorgenommen und diese habe ergeben, dass die festgestellte Schwermetallkonzentration sich im normalen Rahmen bewege. Ein Teil der von uns befragten Experten erklärte, dass die Menge der Schwermetalle, die vom ChemTox-Labor ermittelt werden konnte, deutlich über dem Normalwert liege und mittel- und langfristig zu ernsten Gesundheitsschäden führen könne. Wir erachten es als äußerst lebenswichtig, herauszufinden, wie (ob durch Nahrungsaufnahme, klimatische Bedingungen oder andere Umstände) und wann diese Schwermetalle in den Körper unseres Mandanten gelangt sind.

Nationalen und internationalen Experten zufolge, die wir nach ihrer

Meinung fragten, erklärten nach dem Vergleich der Untersuchungsergebnisse des ChemTox-Labors und des Gerichtsmedizinischen Instituts:

♦ Es ergeben sich Widersprüche zwischen den beiden Berichten bezüglich der Schwermetallkonzentration.

♦ Aus dem Bericht des Gerichtsmedizinischen Instituts geht hervor, dass keine systematische toxikologische Analyse vorgenommen wurde. Für eine Interpretation der zu untersuchenden Elemente ist eine dreifache Bearbeitung nach toxikologischem Untersuchungsstandard notwendig.

♦ Der Bericht des Gerichtsmedizinischen Instituts lässt eine Beschränkung der Untersuchung auf Urin-, Blut- und Haarproben erkennen. Daneben müssten auch von denjenigen, die Öcalans Umfeld teilen, sowie von Wandfarben, Lebensmitteln und Trinkwasser Proben ebenfalls nach diesen Elementen untersucht werden, was durch eine klinische Untersuchung vervollständigt werden müsste.

♦ Obwohl der dreiköpfigen Delegation ein Internist und ein Psychiater angehörten, sind über deren Ergebnisse keine Angaben zu finden, außerdem auch keine Behandlungsvorschläge bezüglich des sich durch die seit 1999 geltenden verschärften Isolationshaftbedingungen verursachten verschlechternden Gesundheitszustands von Herrn Öcalan. Im Bericht des Gerichtsmedizinischen Instituts bleibt unerwähnt, ob das Strontium radioaktiv ist oder nicht, und wie es in den Körper gelangt ist.

Außerdem erklärten die Experten in ihren Stellungnahmen: *„Obwohl im Blut und Urin jedes Menschen Blei und Arsen nachzuweisen sind, sollen laut Bericht des Gerichtsmedizinischen Instituts der Türkei jedoch weder Blut noch Urin Blei oder Arsen enthalten. (...) Weder Art noch Datum der Haarentnahme sind beschrieben. (...) Auch wurden im Gegensatz zu internationalen Richtlinien Haarlänge, Haarfarbe und ähnliche Eigenschaften nicht benannt. (...) Das menschliche Haar ist das einzige Material, mit dessen Hilfe eine längerfristige Vergiftung nachgewiesen werden kann. Es ist also äußerst verwunderlich, dass keine ausreichenden Haarproben entnommen worden sein sollen und deshalb eine Wiederholung notwendig gewesen sein soll. Außerdem wurden einige Schwermetalle im Haar nicht einmal in der normalen Konzentration festgestellt. All diese genannten Punkte geben Anlass, die Zuverlässigkeit der angewandten Untersuchungsmethode infrage zu stellen."*

Nach diesen Expertenmeinungen und -kommentaren ist für ein wissenschaftliches und zufriedenstellendes Ergebnis noch notwendig:

♦ Eine unabhängige und unparteiische Gesundheitsdelegation, in der Öffentlichkeit über Zweifel an ihrer Objektivität erhaben, unter der Teilnahme der Anwälte von Herrn Öcalan, sollte gemäß den Bestimmungen der Strafprozessordnung auf Imralı die Haftbedingungen und Gesundheitsbeschwerden Herrn Öcalans vor Ort untersuchen, die Auswirkungen der Haftbedingungen auf seine Gesundheit diagnostizieren und Behandlungsvorschläge unterbreiten.

♦ Parallel zu den oben genannten Untersuchungen sollten die Zelle unseres Mandanten, die Wandfarbe, seine Lebensmittel und Getränke sowie diese und Gewebeproben von anderen Personen, die mit ihm das gleiche Umfeld teilen, analysiert werden; und zwar gemäß der toxikologischen Leitlinien durch unterschiedliche international akkreditierte Labors. Sie sollten die festgestellte Schwermetallkonzentration offenlegen.

Zum Schluss: Unser Mandant hat vor dem Hintergrund seines Rechts auf gesunde Lebensbedingungen und medizinische Behandlung das Recht, zum Bericht des Gerichtsmedizinischen Instituts eine zweite Einschätzung von einer unabhängigen Ärztedelegation anzufordern. Es ist Aufgabe des Staates, die Rechte unseres Mandanten zu gewährleisten. Als juristische Vertreter von Herrn Öcalan rufen wir alle juristischen und humanitären Kreise dazu auf, dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu schenken, und alle Zuständigen und Verantwortlichen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. ♦

Der Hungerstreik im Gefängnis Dilok, in dem es ebenfalls eine Gruppe unbefristet Hungerstreikender gibt, ist schon am 21. Tag, ebenso die Gruppe in Merdin.
Der Hungerstreik der Gefangenen u.a. in Semsur befindet sich am 15. Tag.
Quell: ANF, 11.04./RTV, 12.04., ISKU

Lichtaktion In Diyarbakır
In Diyarbakır wurden die Lichter ausgeschaltet, um auf den Gesundheitszustand von Öcalan aufmerksam zu machen. Die Bewohner des Stadtviertels Bağlar folgten dem Aufruf der Freien Bürgerbewegung und schalteten um 20 Uhr die Lichter aus und protestierten so gegen die Vergiftung Öcalans. Parallel dazu trommelten Kinder und Jugendliche auf Blechen und verliehen so ihrem Protest Ausdruck.
Quelle: ANF, 12.03.2007, ISKU

Flüchtlinge demonstrierten
Die 8.-März-Aktionen im Flüchtlingscamp Maxmur wandelten sich zu Protestaktionen gegen die Vergiftung von Abdullah Öcalan. Die Flüchtlinge, die vom Camp bis zur Maxmur-Stadt demonstrierten, haben von den internationalen Institutionen gefordert, sich für Öcalan einzusetzen.
Quelle: ANF, 08.03.2007, ISKU

Schulboykott in Finnland
Am 8. März haben Kurden in Finnland aus Protest gegen die Vergiftung Abdullah Öcalans ihre Arbeit und Schulen boykottiert und vor dem Parlament eine Sitzaktion durchgeführt.
Quelle: ANF, 07.03.2007, ISKU

Sitzaktion der Friedensmütter
Die Friedensmütter-Initiative führt seit drei Wochen jeden Mittwoch vor dem Galatasaray-Gymnasium in Istanbul eine Sitzaktion mit der Forderung, dass der Waffenstillstand vom 1. Oktober 2006 positiv beantwortet werden soll, durch.
„Als Mütter führen wir seit Jahren unseren Kampf für Frieden und Gerechtigkeit fort. Aber jetzt vergiften sie den Frieden. Sie sehen Blut und Tränen für uns erneut für angebracht an."
Quelle: ANF, 07.03.2007, ISKU

Die Vergiftung Öcalans hinnehmen bedeutet, Kirkuk der Türkei zu überlassen

Die Türkei ist an einem Endpunkt angelangt

Riza Altun, Mitbegründer der PKK

Die Vergiftung Abdullah Öcalans kann nicht losgelöst vom internationalen Komplott gesehen werden, sie stellt lediglich eine seiner Etappen dar. Die erste Phase des Vernichtungskonzepts gegen unsere Partei begann mit dem Angriff gegen die Person unseres Vorsitzenden. Es war ein breit angelegter Plan, der die Zerstörung oder Deformation der Organisation verfolgte. Nachdem dies erfolglos geblieben war, wurde alternativ die nächste Etappe eingeleitet. Warum ist dieses Konzept überhaupt entwickelt und initiiert worden? Die USA nahmen die PKK auf ihre Tagesordnung, bevor sie ihr „*Projekt des Großen Mittleren Ostens*“ deklarierten. Schauen wir uns die darauf folgenden Entwicklungen an, so ergibt sich eine Logik. Die USA und die anderen internationalen Kräfte haben vor der Umsetzung ihres Konzepts für den Mittleren Osten ihre Vorbereitungen zur Vernichtung der PKK und ihrer Führung getroffen.

Dies kann zum einen mit der Situation der PKK und zum anderen im Zusammenhang mit der Strategie der internationalen Kräfte erklärt werden. Ohne die Berücksichtigung dieser beiden, sich gegenüberstehenden, Fronten ist es nicht zu verstehen.

Die Tatsache, dass die PKK in allen vier Teilen Kurdistans organisiert ist, steht der im Mittleren Osten verfolgten US-Strategie entgegen. Diese unerwartete Entwicklung der PKK wird als Gefahr gesehen nach den langjährigen Vorbereitungen für die Region. Der Unterschied der KDP und der anderen kurdischen Parteien zur PKK besteht darin, dass sie sich an die internationalen Kräfte binden und ihre Politik auf der Grundlage des Nationalismus entfalten, während die PKK eine politisch und gesellschaftlich viel breiter verankerte Linie verfolgt. Hängt die Existenz der einen Linie von den internationalen Kräften ab und drückt sich in diesem Zusammenhang aus, so stützt sich die Linie der PKK ausschließlich auf die Volkskraft, ist weit unabhängiger und artikuliert sich im gesellschaftlichen Zusammenhang.



Auf dem Weg zum Newroz-Festplatz in Diyarbakır — Foto: A. Bender

Bei näherer Betrachtung der ersten Etappe des Komplotts kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie ein Vernichtungskonzept beinhaltete, das stand immer auf der Tagesordnung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eher die Frage nach den Rahmenbedingungen dafür. Die Verschleppung unseres Vorsitzenden im Jahre 1999 beinhaltete große Risiken für die Gegenseite, die Bedingungen für seine Liquidation waren ungünstig und sie hätte ohne weiteres einen gegenteiligen Effekt erzielen können. Aus diesem Grunde wurde sie nicht vollzogen, sondern zeitlich gestreckt. Beabsichtigt ist die Vernichtung der PKK, ohne alle Kurdinnen und Kurden gegen sich aufzubringen, aber gleichzeitig alle Errungenschaften der PKK in die eigenen Kanäle fließen zu lassen. Die Türkei verfolgt gegenüber unserem Vorsitzenden eine Zermürbungstaktik. Sie will seinen persönlichen und mentalen Einfluss brechen, seine Autorität schwächen, eine Atmosphäre der Skepsis ihm gegenüber schaffen und ihn brechen, um anderen Methoden der Vernichtung den Weg bereiten zu können.

Die erste Phase des Komplotts ist fehlgeschlagen

Nachdem der erhoffte Erfolg des ersten Teils des Komplotts ausgeblieben war, schlug es in sein Gegenteil um. Es wurde sogar darüber diskutiert, ob es überhaupt von Nutzen für die Türkei sei. Die Leistung unserer Organisation an diesem Punkt und die zu ihrer Isolation unternommenen Anstrengungen führten dazu, dass sie immer mehr an politischem Gehalt und an Akzeptanz gewann. Danach versuchte sie, eine interne Wandlungsphase einzuleiten. Auffallend ist, dass sie parallel dazu auf internationaler Ebene zum ersten Mal als terroristische Organisation eingestuft und entsprechend aufgelistet wurde. Dies lässt sich so interpretieren, dass nach dem Fehlschlag des Vernichtungskomplotts gegen unsere Organisation in Person unseres Vorsitzenden die Isolierung der Partei als neue Taktik zum Zuge kam.

Wir haben dreißig Jahre lang bewaffnet gekämpft, ohne in eine Terrorliste aufgenommen worden zu sein. Aber just zu dem Zeitpunkt, als sich die Organisation aufgelöst und eine vollständig neue Strategie entwickelt hatte, kam sie aufgrund des von den USA angeführten Drucks auf besagte Listen. Diese Tendenz begann in Europa und weitete sich auf fast alle Kräfte aus, die teilhaben wollten an der so genannten Neuen Weltordnung. Man beachte nur, dass die erste Handlung des nach dem Sturz Saddam Husseins gegründeten irakischen Staates die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen beförderte, desgleichen in den Staaten im Kaukasus. Diese Kategorisierung der PKK als terroristische Organisation tritt als die zweite Etappe des Komplotts zutage. Sowohl die Partei als auch die Bevölkerung haben dagegen eine klare Reaktion und Haltung gezeigt. Vor diesem Hintergrund kann die während der Gründungsphase des Kongra-Gel innerhalb der Organisation aufgetretene Spaltung nicht nur als Resultat zweifellos vorhandener interner Probleme gesehen werden. Auch Pentagon und andere Institutionen reklamierten ihren Beitrag dazu. So wie das internationale Komplott in Verbindung mit der Aufnahme der PKK in die Liste terroristischer Organisationen steht, so auch diese Einordnung mit den Entwicklungen während des Kongra-Gel-Kongresses, alles auf der Grundlage der Vernichtung, der „weißen Massaker“.

Die Inhaftierung des Vorsitzenden einer fünfundzwanzig Jahre lang von ihm geführten Organisation würde aus der Sicht von Außenstehenden logischerweise von deren Zerfall gefolgt werden müssen. Zumal ihre Klassifizierung als terroristisch die Beschneidung all ihrer politischen Lebensmöglichkeiten und so wiederum den Verlust ihrer Erfolgschancen bedeutete.

Ohne Berücksichtigung all dieser Entwicklungen kann der heutige Vergiftungsversuch nicht verstanden werden. Dessen strategisches Ziel ist die Vernichtung der PKK. Hierfür scheint die physische Liquidierung der PKK-Führungskader notwendig. So wie 1998 die Organisation mit dem internationalen Komplott vernichtet werden sollte, so heute anscheinend mit der Vernichtung unseres Vorsitzenden.

Die Türkei ist meiner Meinung nach an einem Endpunkt angelangt. Vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklungen, der Situation im Mittleren Osten, der kurdischen Frage und des Demokratisierungsproblems in ihrem Land ist ihre Situation nicht mehr aufrechtzuerhalten. Sie wird sich in das „*Projekt des Großen Mittleren Ostens*“ integrieren, was ihr in bestimmten Punkten zwar von Nutzen sein wird, wofür sie aber als Gegenleistung weitaus mehr geben muss. Diese Ausweglosigkeit der Türkei ist Ausdruck ihrer schwierigen Situation. All die Vorgehensweisen gegen die PKK müssen in den Zusammenhang mit den Forderungen und Zielen der Türkei gestellt werden. So hat die Türkei die mit dem internationalen Komplott begonnene Phase ausschließlich als ein Projekt zur Vernichtung der PKK gesehen, und um nach Möglichkeit die Kurden gegen die USA aufzuhetzen. Gleichzeitig sollen die bei der Erledigung der PKK behilflichen Kräfte ebenfalls untergehen. Die Türkei

31 Frauen in Cizre verhaftet
Bei einer Razzia im DTP-Gebäude in Cizre sind von 88 festgenommenen Frauen 31 wegen Beteiligung an einer Demonstration am Vortag zur gesundheitlichen Situation von Abdullah Öcalan verhaftet worden. Während die Festgenommenen dem Haftrichter vorgeführt wurden, versammelten sich ungefähr 1000 Menschen vor dem Justizgebäude, um gegen die Repression zu protestieren. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, als diese mit Schlagstöcken angriff und die Menschenmenge mit Steinwürfen reagierte.
Quelle: ANF, 08.03.2007, ISKU

Sechs Monate Haftstrafe für Türk wegen „Herrn Öcalan“
Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk ist zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt worden wegen der Verwendung des Begriffs „Sayin“ im Zusammenhang mit Abdullah Öcalan – vergleichbar mit der Anrede „Herr“. Erst in der vergangenen Woche waren Türk und Aysel Tuğluk zu anderthalb Jahren Haftstrafe wegen „Verherrlichung eines Straftäters und einer Straftat“ ebenfalls im Zusammenhang mit Abdullah Öcalan verurteilt worden.
Gegen Aysel Tuğluk sind außerdem Ermittlungen wegen einer Erklärung zur Vergiftung Öcalans eingeleitet worden. Tuğluk hatte in einer ersten Stellungnahme darauf hingewiesen, falls die von den Anwälten erhobenen Vorwürfe wahr seien, werde dies ernste Auswirkungen haben. Ein weiteres Ermittlungsverfahren läuft gegen die DTP-Vorsitzende wegen der Verwendung des Begriffs „Herr Öcalan“ auf dem DTP-Kongress Ende Februar. Zuletzt war Tuğluk am 1. März wegen eines weiteren Verfahrens vorübergehend festgenommen worden.
Quelle: ÖP, 07.03.2007, ISKU

Der Europäische Rat wurde über die Vergiftung Öcalans unterrichtet
Nach der Bekanntgabe, dass Abdullah Öcalan vergiftet werde, haben 8 italienische Parlamentarier – darunter Vittorio Agnoletto, Luisa Morgantini, Roberto Musacchio und Vincenzo Aita (Mitglieder der Linken Gruppe im Europäischen Parlament) – heute eine Parlamentarische Anfrage beim Europäischen Rat eingereicht. Angefragt wurde, inwieweit der Europäische Rat Vorkehrungen hiergegen getroffen habe oder treffen

werde, ob die Europäische Kommission plane, den Gesundheitszustand Öcalans zu untersuchen, und ob hierfür eine internationale Recherchekommission gegründet werden würde.
In der Anfrage wurde weiterhin darauf aufmerksam gemacht, dass Öcalan das Recht auf wöchentlichen Besuch von seinen Anwälten sowie seiner Familie gewährt werden müsse. Des Weiteren wurde angefragt, welche Initiativen für die Garantie seiner Gesundheit unternommen würden. Außerdem wurde der Europäische Rat dazu aufgefordert, unverzüglich eine unabhängige Ärztedelegation auf die Insel zu senden, um umfangreiche gesundheitliche Untersuchungen an Öcalan vornehmen zu können.
In der Anfrage wurde außerdem erwähnt, dass Öcalan seit 8 Jahren als einziger Häftling unter schweren Isolationsbedingungen inhaftiert ist, und daran erinnert, dass ihm politisches Asyl in Italien gewährt worden ist.
Quelle: ANF, 10.03.2007

Razzien gegen DTP
Die DTP-Gebäude in Balikkesir und Elazig sind von Polizisten durchsucht worden. In Balikkesir wurde keine Begründung dafür angegeben, in Elazig wurden Plakate zum internationalen Frauentag beschlagnahmt. Eine Person wurde vorübergehend festgenommen.
Ein DTP-Vorstandmitglied wurde in Adana festgenommen, vier Personen in Ergani verhaftet.
Quelle: ÖP, 07.03.2007, ISKU

Haftstrafe für DTP-Vorsitzende
Die DTP-Vorsitzenden Aysel Tuğluk und Ahmet Türk sind aufgrund eines Flugblattes des DTP-Frauenverbandes Yalova zum 8. März 2006 zu einer Haftstrafe von jeweils einem Jahr und sechs Monaten verurteilt worden. Mit dem Flugblatt sei gegen das Parteiengesetz sowie Artikel 215 des Strafgesetzbuches (Loben einer Straftat oder eines Straftäters) verstoßen worden.
Rechtsanwalt Nuri Özmen machte geltend, dass das Flugblatt auf Eigeninitiative des örtlichen Frauenverbandes in Yalova entstanden sei und es keinen zentralen Beschluss des Parteirates dazu gegeben habe. DTP-Mitglieder würden stets als potentielle Straftäter betrachtet und der Fall werde in Revision gehen.
Quelle: ANF, 26.02.2007, ISKU

bringt ihr ganzes politische und ökonomische Potential ein, um USA und EU gegen die PKK in Bewegung zu setzen. Hauptziel ihrer internationalen Politik ist die PKK. Sie ist bestrebt, einen Zusammenstoß zwischen PKK und USA zu erreichen. Gelänge es ihr, hätten die USA eine neue Plage am Hals und gleichzeitig würden die Kurden in pro- und anti-US-amerikanisch gespalten werden. Aber weder die USA noch die EU tappen in diese Falle. Sie verfolgen wiederum eine andere interessante Strategie gegen diese primitive Politik der Türkei. Sie nutzen deren Ambitionen, um sie auszurauben. Zum einen schmieren sie ihr etwas Honig um den Bart, gehen aber nicht den von ihr gewünschten Weg. Sie lassen die Türkei zappeln, um ihre Ziele zu erreichen. Dies darf nicht als Begünstigung der PKK verstanden werden. Die Vernichtung der PKK ist selbstverständlich auch für diese Kräfte notwendig. Aber ihr Verständnis von Vernichtung entspricht nicht dem der Türkei. Während diese Kräfte die PKK politisch erledigen wollen, um deren Errungenschaften vereinnahmen zu können, will die Türkei die absolute Vernichtung.

Ich denke, den Entwicklungen nach wird sich die Atmosphäre mit dem Frühjahr noch weiter aufheizen. Die Türkei wird auf der einen Seite die Wahlphase durchmachen, ihre internen Konflikte austragen und zugleich versuchen, den Entwicklungen im Mittleren Osten gerecht zu werden. Alles deutet darauf hin, dass es ein Jahr der Verleugnung und der Angriffe werden wird. Die Erwartungen aus der Waffenstillstandsphase sind unerfüllt geblieben, wer in diesem Zusammenhang direkte oder indirekte Zusagen machte, hat nicht Wort gehalten. Die Intellektuellen und verwandte Kreise in der Türkei haben keine effektiven Aktivitäten entwickeln können. Dem Waffenstillstand wird mit der Vernichtungspolitik begegnet. Dies wird von einem Block, an dem in erster Linie CHP, MHP, sogar ANAP und andere politische Kräfte beteiligt sind, regelrecht vorangetrieben. Die Regierungspartei hingegen ist doppelgesichtig. Übrig bleibt nicht viel, was agieren könnte. Die herrschenden Mächte innerhalb des türkischen Staates sehen für die kurdische Frage die Verleugnungspolitik und für die PKK die der Vernichtung vor. Die Verleugnung in der kurdischen Frage umfasst auch Kirkuk bis hin zur Regionalregierung in Südkurdistan. Die Vernichtungspolitik gegen die PKK äußert sich seit Jahren schon in Form von Krieg, nun baut dieselbe Türkei darauf ihre internationale Politik auf. Anstatt die Kurden im Süden als Gesprächspartner zu akzeptieren, schmiedet sie Pläne, wie sie sie als Auftragskiller einsetzen kann. Diese Ambitionen der Türkei werden nicht ausreichend erkannt. Sie zwingt den Südkurden die Ehrlosigkeit auf, tituliert und erniedrigt sie von unterschiedlichsten Seiten noch immer als „Clanchefs" und Ähnliches. Sie kann sie offiziell angeblich nicht als Gesprächspartner anerkennen, aber über persönliche Kontakte für ihre Interessen benutzen. Ein Gefühl tiefer Erniedrigung bleibt. Eine international und durch das irakische Staatsgefüge offiziell anerkannte kurdische Identität wird in der Türkei durch einen beliebigen Offizier beleidigt und herabgewürdigt. Folglich ist das keine nur auf die Auslöschung der PKK begrenzte Angelegenheit. Es wird ein Konzept zur Beseitigung des Status im Süden verfolgt, die Verschiebung des Referendums in Kirkuk wird als strategisches Ziel betrachtet, Militäroperationen im Süden ebenfalls.

An dieser Stelle möchte ich darauf verweisen, dass Saddam Hussein mir einmal in einem Gespräch erklärt hatte, direkt nach der Deklaration der Autonomie für den Süden 1975 seien um zwei Uhr morgens zwei türkische Generäle per Hubschrauber in Bagdad gelandet, um ihnen zu drohen, entweder sollten sie diese Zusage zurücknehmen oder der Irak würde besetzt. Der Grund, warum die kurdische Frage im Irak nicht gelöst werden kann, ist sehr offensichtlich die Türkei. Es ist klar, was gegen diese erniedrigende, ignorante Politik der Türkei zu tun ist – eine nationale Einheitspolitik ist notwendig. Parallel dazu ist es wichtig, den physischen Vernichtungsangriff gegen die PKK als eine umfassende Vernichtungsanstrengung gegen alle Kurden zu erkennen und sich in physischen Widerstand zu begeben. Das Fehlen

einer solchen Haltung bedeutet nichts anderes, als die Vernichtung zu akzeptieren. Wenn wir uns die gegenwärtige Situation verdeutlichen, so können wir von einer entsprechenden Haltung aus kurdischer Sicht nicht sprechen. Man könnte fast meinen, dass es kurdische Kreise gibt, die sich von der Vernichtung der PKK etwas erhoffen und in der Vergiftung unseres Vorsitzenden einen Nutzen sehen.

Kernpunkt zur Lösung der kurdischen Frage

Es ist unumgänglich, weltweit eine kurdische Einheitspolitik zu entwickeln, die alle unsere Errungenschaften schützt, mit einer notwendigen Haltung zu jeglichem Angriff gegen uns. Dies muss die Grundlage unseres Kampfes sein, in allen Lebensbereichen, in allen Aktionsformen. Deshalb müssen wir eine Politik des Widerstands gegen die Vernichtungsbemühungen auf allen Ebenen entwickeln. Nur so können wir die Gefahren abwehren. Wenn uns dies gelingt, werden die internationalen Kräfte und die Türkei keine Wahl haben, ihre Fehlschläge werden sie sehr teuer zu stehen kommen. Das seit sieben Jahren bestehende Komplott, das ins Leere laufen gelassen werden konnte, resultiert für die Türkei in sich immer weiter verschärfenden Problemen. So ist die Bemühung, uns zu liquidieren, Ausdruck für ihre letzten Züge.

Während der Waffenstillstand zum Herbst letzten Jahres Hoffnungen aufkeimen ließ, so wird er heute als Spielball für die Pläne der Türkei benutzt. Diese zwingt ihre Vernichtungspolitik auf. Eine richtige Haltung dagegen kann sie aber in die Erfolglosigkeit treiben und gleichzeitig den Weg für eine ernsthafte Lösung der kurdischen Frage ebnen.

Es läuft ein gewaltiger Betrug. Die Türkei erhofft sich einerseits von den USA unbegrenzte Hilfe, ist für ihre Zukunft politisch auf die USA fixiert. Auf der anderen Seite vermittelt sie den Anschein einer anti-amerikanischen Haltung. Sie versucht die Balance. Während sie zum einen die USA damit unter Druck setzt, auf ihre Linie ziehen will und um einen gemeinsamen Weg bemüht ist, kalkuliert sie zum anderen eine Loslösung von den USA. Falls sich in der Region der Status quo erholen und erneut an Bedeutung gewinnen sollte, wird sie sich auf diese Seite schlagen und anti-amerikanisch werden. Wenn aber die USA mit ihren Vorhaben etwas vorankommen sollten, so wird sie sich dem anschließen und US-hörig werden. Je stärker die Tendenz des Status quo, umso stärker die Bemühung zur Vernichtung der Kurden. Je weiter die US-Politik in den Vordergrund tritt, desto eher lassen sie sich an bestimmten Punkten auf Übereinkünfte ein. Aber sowohl bei der Vernichtung als auch bei Kompromissen bleibt ihr wichtigstes Anliegen die PKK, welche sie als ihre zentrale Gefahr sieht.

Die Fehleinschätzung in der kurdischen Front

Die USA sind im Mittleren Osten eine Realität. Inwieweit man mit ihnen kooperiert oder nicht, ist eine andere Frage. Es ist legitim, mit den USA Politik zu machen. Aber hierbei außer Acht zu lassen, dass sie dich überall und jeden Tag vernichten wollen, bedeutet nichts anderes, als die eigene Beseitigung zu fördern. Das wird nicht von allen Kurdinnen und Kurden so gesehen. Oder sie betrachten die Auslöschung bestimmter kurdischer Kräfte als legitim. Weshalb? Im Namen der US-amerikanischen Politik, weil diese dem kurdischen Faktor strategische Bedeutung beimisst? Theoretisch mag das zutreffen, doch realiter kann von einem kurdischen strategischen Wert nicht gesprochen werden, denn die USA verfolgen die politische Vermarktung der Kurden. Niemand kann behaupten, dass diese Vermarktung in eine strategische Gemeinschaft münden wird. Selbst wenn, so stellt sich doch die Frage, warum dies nicht zu einer strategischen Annäherung führt, die alle kurdischen Kräfte einschließt, sondern die Vernichtung der Hälfte von ihnen zur Grundlage hat. Dies nicht zu realisieren, bzw. es zu akzeptieren, ist äußerst gefährlich. Die USA als die herrschende Kraft in der Region anzunehmen, sich mit ihnen zu artikulieren, die eigene Zukunft hineinzulegen und alles Kapital darauf zu setzen, bedeutet das Aus für die Kurden.

Auch die kurdische Seite muss die politische Situation detailliert kalkulieren und ihre Politik bestimmen. Sich dabei mit dem Rücken an die momentan herrschende Kraft zu lehnen, bedeutet nichts anderes, als diesen Rücken der Gefahr auszusetzen, sobald die herrschende Kraft mit ihrer Politik umschwenkt. Ich denke, wenn die Kurden sich an eine unklare Kraft anlehnen, werden sie sich nicht retten können, die entstehende Lücke wird ihre politische Manövrierfähigkeit einschränken. Daher müssen sie sich in erster Linie auf die eigene Kraft stützen.

Die Vergiftung Öcalans hinnehmen bedeutet, Kirkuk der Türkei zu überlassen

Ob sie der PKK freundlich oder feindlich gesinnt sind, alle Kurdinnen und Kurden müssen diese Vergiftung als die eigene ansehen und sich dagegen positionieren. Das Leben sowohl der Oppositionellen als auch der Gefolgsleute hängt davon ab. Wenn wir das so auffassen, werden wir auch erkennen, dass die Vergiftung unseres Vorsitzenden die anderen auch nicht an die Macht hieven wird. Ich denke, die Augen vor der Vergiftung zu schließen, bedeutet nichts anderes, als Kirkuk der Türkei zu überlassen oder zuzusehen, wie die Föderation im Süden zerfällt. Zur Vergiftung unseres Vorsitzenden schweigen heißt, dass alle, die bislang in kurdischem Namen politisch agiert haben, dies aufgeben. Wenn wir aber der Überzeugung sind, dass Kirkuk zu Kurdistan gehört, und wenn wir wollen, dass der Status im Süden weiterentwickelt wird, so müssen wir diese Vergiftung aufhalten. Die Vergiftung ist der Punkt, an dem die kurdische Frage angelangt ist und stagniert hat. Der kurdische Knoten wird darüber gelöst werden. Wenn die Vergiftung gestoppt werden kann, so kann die kurdische Frage gelöst werden. Aber wenn die Vergiftung ihren vorgesehenen Verlauf nimmt, so wird kein einziger Kurde, keine einzige Kurdin sich vor der eigenen Vergiftung retten können. ♦

An unser Volk und an die Öffentlichkeit

Der einzige Gesprächspartner ist Abdullah Öcalan

Präsidialrat des Kongra-Gel (Volkskongress)
Exekutivrat der Koma Komalen Kurdistan (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans)

Der Freiheits- und Demokratiekampf Kurdistans unter Führung von Abdullah Öcalan hat eine Ebene erreicht, auf der er entgegen der 84-jährigen Vernichtungs- und Verleugnungspolitik seine eigene demokratische Lösung aufzwingt. Der türkische Staat beharrt auf seiner bisherigen Verleugnungs- und Vernichtungspolitik, anstatt die kurdische Frage mittels Dialog und mit demokratischen Methoden zu lösen. Er trotzt allen Lösungsschritten unseres Vorsitzenden und unseres Volkes. Aus diesem Grunde ignoriert er unseren fünften Waffenstillstand, der seit nun sieben Monaten anhält, und setzt sein Vernichtungskonzept auf der Grundlage der Vergiftung unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan erneut auf die Tagesordnung.

Unsere Bewegung hatte den Beschluss für den fünften Waffenstillstand gefasst, nachdem internationale Kräfte, einige Institutionen innerhalb des türkischen Staates, Intellektuelle und politische Kräfte, allen voran die Partei der Demokratischen Gesellschaft DTP, und die Regionalregierung in Südkurdistan einen entsprechenden Appell an unsere Bewegung gerichtet hatten. Der eigentliche Grund für den seit dem 1. Oktober 2006 anhaltenden einseitigen Waffenstillstand besteht darin, demokratische Lösungsmöglichkeiten für die kurdische Frage zu eröffnen. Aus diesem Grunde haben wir mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, versucht, den Waffenstillstand dauerhaft werden zu lassen und die Phase der demokratischen Lösung zu entwickeln. Wir haben den betreffenden Gremien des türkischen Staates, in erster Linie dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten, Briefe geschickt und angemessene Lösungsvorschläge unterbreitet. In ähnlicher Form fanden auch Bemühungen vieler friedensliebender Kreise statt. Weder wurden unsere Briefe beantwortet noch hat man den Bemühungen der friedliebenden Kreise die notwendige Bedeutung zukommen lassen.

Die türkische Regierung hat weder unseren Waffenstillstand noch die unternommenen Bemühungen positiv beantwortet. Das Gegenteil war der Fall. Unser Waffenstillstand wurde durch die Vergiftung unseres Vorsitzenden mit Schwermetall-Elementen beantwortet. Die Militäroperationen gegen unsere Guerillakräfte wurden verdoppelt und als eine neue Militärbesetzung in allen Bereichen fortgesetzt. Seit dem Beginn unseres einseitigen Waffenstillstandes am 1. Oktober wurden seitens der türkischen Armee trotz Winterbedingungen 152 Operationen mit der Zielsetzung der Vernichtung durchgeführt. Während bei diesen Operationen 48 Guerillas ihr Leben verloren, hat auch die türkische Armee Verluste zu verzeichnen. In den bisherigen Wintermonaten kam es weder zu so vielen Operationen noch waren die Verluste so hoch. Parallel dazu nahmen die Angriffe gegen kurdische Presseorgane, gegen demokratische politisch-soziale Institutionen und gegen unser Volk ein unvergleichbares Ausmaß an. Der Nationalfaschismus in der Türkei wurde auf der Grundlage der Gegnerschaft zum kurdischen Volk äußerst planvoll entwickelt. Diese Angriffe wurden auf eine Art und Weise intensiviert, die die Zeiten der Militärdiktatur wieder aufleben ließ.

All diese Angriffe werden mit der Zielsetzung durchgeführt, den Willen des kurdischen Volkes zu brechen, es durch Armut und Hunger zu bändigen sowie die Wirkung derjenigen, die Widerstand leisten, mit unterschiedlichen anti-demokratischen Angriffen und Gewaltmethoden zu entkräften. Die eigentliche Absicht besteht darin, das kurdische Volk durch kulturellen Genozid und mit Vernichtungsmethoden im 21. Jahrhundert zu einem Volk werden zu lassen, das sprachlos, entwurzelt und versklavt ist. Das ist nicht nur ein boshafter Plan der Verleugnung und Vernichtung gegen das Volk Nordkurdistans, sondern es richtet sich gegen das gesamte Volk Kurdistans.

Seit über einem Monat fordern unsere Bewegung und unser Volk, dass unser Vorsitzender von einer unabhängigen Expertendelegation untersucht und mit einer Behandlung sofort begonnen wird. Anstatt entsprechend dieser Forderung zu handeln, wird eine Politik des Ablenkens in den Vordergrund gestellt. Die Tatsache, dass bislang keine Untersuchungsproben unseres Vorsitzenden von einer unabhängigen Expertendelegation entnommen und seine Behandlung nicht begonnen wurde sowie keine konkreten Schritte in Richtung einer demokratischen Lösung unternommen wurden, bedeutet nichts anderes, als dass der türkische Staat und die Regierung auf ihrer Vernichtungspolitik gegen unser Volk beharren.

Dieses Konzept, das den Vergiftungsangriff gegen unseren Vorsitzenden zur Grundlage hat, bedeutet, dass nicht nur unser jüngster Waffenstillstand unbeantwortet bleibt und abgelehnt wird, sondern auch unser seit vierzehn Jahren anhaltender demokratischer Lösungsansatz für Frieden und Einheit. Diese Situation, all die unaufhaltbaren einseitigen

Angriffe und die unbeantworteten Friedensappelle haben eine neue strategische Phase eröffnet.

Das Allerwichtigste ist, dass das Leben unseres Vorsitzenden heute akut bedroht ist. Die Annäherung „Auch ohne Öcalan können wir das Problem mit dem Vorstand der Organisation lösen" gehört zu dem hinterhältigen Plan des Komplottes. Niemand und keine Kraft wird die Führung der kurdischen Freiheitsbewegung zur Stütze der Vernichtungsphase gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan machen können. Jeder sollte wissen, dass es bei der Lösung des Problems nur einen einzigen Gesprächspartner gibt. Es ist, wie unser Volk bei jeder möglichen Gelegenheit zur Sprache bringt, unser Vorsitzender Abdullah Öcalan. Wir, die Führung der kurdischen Freiheitsbewegung, ziehen uns ab dem jetzigen Zeitpunkt aus allen Beziehungen zurück, die auf die Lösung ausgerichtet sind, und erklären, dass wir nicht die Ansprechpartner für solche Appelle sind. Für uns und für unser Volk ist der einzige Ansprechpartner unser Vorsitzender Abdullah Öcalan. Ab dem jetzigen Zeitpunkt ist in der Türkei keine kurdische Institution und Persönlichkeit außer unserem Vorsitzenden der Ansprechpartner für die Lösung der kurdischen Frage.

Niemand sollte sich instrumentalisieren lassen für die Politik des türkischen Staates, die auf Ablenken und Vernichten ausgerichtet ist und den Nährboden für diese Politik bietet. Wir als Führung der Bewegung werden auch in Zukunft die Werte unseres Volkes schützen und verteidigen. Als Kader der Freiheitsbewegung werden wir dieser Phase mit dem Geist der Selbstlosigkeit begegnen und die feindlichen Pläne ins Leere laufen lassen. Unsere Aufgabe und Verantwortung liegt darin, den Kampf auf der Grundlage der Parole „Niemals ein Leben ohne unseren Vorsitzenden" fortzuführen, weiterzuentwickeln und zu stärken.

Trotz dieses Konzeptes und der Angriffe ist die Phase, die wir für den Frieden zu entwickeln versuchen, noch nicht vollständig beendet. Es besteht noch immer die Chance, dass sich die Phase im Sinne des Friedens und einer demokratischen Lösung entwickeln kann. Wenn bis Mitte Mai, nachdem der neue Staatspräsident seine Tätigkeit aufgenommen hat, noch immer keine Schritte für eine Lösung unternommen werden, wird sich die Phase der Ausweglosigkeit und Auseinandersetzung vertiefen. Um eine solche Phase abwenden zu können, müssen die Phase des Dialoges eröffnet, eine unabhängige Expertendelegation zur Untersuchung und Behandlung unseres Vorsitzenden zugelassen und feste, ernsthafte und glaubhafte Garantien für die Lösung der kurdischen Frage gegeben werden. Daher wird es im Interesse aller sein, diese gegenwärtige Phase verantwortungsbewusst und richtig zu bewerten. Wir rufen alle Kreise, die auf der Grundlage des Friedens, der Einheit und Geschwisterlichkeit eine demokratische Lösung fordern, und allen voran die AKP-Regierung dazu auf, diese Phase gut zu nutzen.

In folge der umfassenden Militäroperationen der letzten Woche in Nordkurdistan kam es zu Gefechten in mehreren Orten. Innerhalb von drei Tagen haben zehn Soldaten der türkischen Armee ihr Leben verloren. Die Verantwortung hierfür tragen nicht wir, sondern die politischen und militärischen Beschlussorgane des türkischen Staates, die trotz des Waffenstillstandes einseitig Militäroperationen planen. Denn die Guerillakräfte befinden sich noch immer in der Position des Waffenstillstandes und haben ihn bis heute nicht gebrochen. Dieser wird bis zum 18. Mai auch nicht gebrochen werden.

Es ist offensichtlich, dass aus Sicht unserer Bewegung eine neue Kampfphase beginnen wird, sollte die Vernichtungsphase gegen unseren Vorsitzenden und unser Volk nicht eingestellt werden. Wir möchten noch einmal unmissverständlich betonen, dass unsere vorrangige Alternative darin besteht, die kurdische Frage in den bestehenden Grenzen auf der Grundlage der Einheit und demokratischen Lösung mit der Perspektive des demokratischen Konföderalismus zu lösen. Aber sollte trotz all unserer Mühe diese Alternative weiterhin ignoriert werden, so sollen alle wissen, dass die demokratische konföderalistische Linie nicht ausweglos und alternativlos ist.

All unsere Kader und unser Volk sollten sich dieser Phase vor diesem Hintergrund mit einem großen Verantwortungsbewusstsein annähern. Es ist notwendig, der Verantwortung und den Aufgaben dieser Aktionsphase auf der Grundlage der Gesundheit, Sicherheit und Freiheit unseres Vorsitzenden gerecht zu werden. Unsere bevorzugte Alternative, die demokratische Lösung, hat die Kraft und die Chance, entgegen der Ignoranz des türkischen Staates und seiner Gewalt- und Vernichtungspolitik auf dem Weg des Sieges voranzuschreiten – im Rahmen des Widerstandes und Kampfes unserer Bewegung und unseres Volkes auf der Grundlage der legitimen Selbstverteidigung.

Es ist schon jetzt sichtbar, dass dieses Jahr aus Sicht des Freiheitskampfes in allen Teilen Kurdistans wichtig und von historischer Bedeutung sein wird. Große Chancen und eine starke Grundlage für den Sieg des Freiheitskampfes sind entstanden. Aber auch die Angriffe im Rahmen der Vernichtungspolitik der herrschenden Staaten, die die Willensbildung der Kurden nicht akzeptieren, haben sich verstärkt. Aber in dieser wichtigen historischen Phase sind nicht die Chancen der herrschenden Staaten, sondern die Chancen des kurdischen Volkes auf Erfolg und Gewinn gestiegen. Daher ist es wichtig, diese bedeutende Phase richtig zu nutzen. Darum ist es notwendig, dass das Volk Kurdistans und seine politischen Kräfte auf der Grundlage der Linie der demokratischen nationalen Einheit dieser Phase in weitgehender Einheit und Solidarität begegnen, ohne Fehler zu begehen und ohne hereingelegt zu werden. Wir werden als Bewegung im Rahmen der demokratischen nationalen Interessen unserer Verantwortung nachkommen. Wir besitzen die Kraft und die Entschlossenheit, die höchste Leistungskraft unserer Kampfgeschichte zu repräsentieren. Wir bewerten diese Phase auf dieser Grundlage und erklären nochmals, dass wir den Notwendigkeiten dieser Phase nachkommen werden. Wir rufen unser ganzes Volk dazu auf, sich auf der Line der demokratischen Nation zu vereinen, sich zu solidarisieren und seinen Kampf zu verstärken. ♦

11.04.07

„Wenn bis zum 18. Mai keinerlei Schritte zu erkennen sein sollten, ziehe ich mich zurück“

Jeder sollte das Recht besitzen, die eigene Kultur leben zu dürfen

Abdullah Öcalan, im Gespräch mit seinen AnwältInnen

Die einzigen Kontakte für Abdullah Öcalan nach außen sind die rechtlich zugesicherten wöchentlichen Besuche seiner AnwältInnen sowie seiner Geschwister für eine Stunde. Oftmals wochenlang hintereinander werden die Besuche mit Begründungen wie „schlechtes Wetter“ oder „defekte Fähre“ verweigert.
Wir veröffentlichen einen Auszug aus dem Gesprächsprotokoll der AnwältInnen mit Abdullah Öcalan vom 31.3.2007

Auf einen Aufruf aus der Richtung der PUK an eine größere Zahl von Guerillakämpfern, die Waffen niederzulegen und im Irak „Politik zu machen“, reagierte Öcalan ablehnend.

Wer ruft da wen zu was auf? Rufen sie die PKK dazu auf? Was bedeutet hier „Lasst die Waffen fallen und kommt!“? Was soll das heißen „Komm und mach Politik im Irak!“? Wird nicht ohnehin im Irak Politik betrieben? Gibt es denn dort nicht unsere demokratische Partei? Haben sie das Gleiche nicht zuvor schon einmal versucht? Mit dem Versprechen von Geld, Frauen, einem bequemen Leben haben sie sich dazu erniedrigt, die Söldner anderer zu werden. Der Charakter Osman Öcalans und die Niedertracht Botans [*Nizamettin Taş*] haben großen Schaden verursacht. Sie wurden Söldner anderer. Und haben sie nicht an die Tausend mit sich gerissen?

Wer gehen will, kann gehen. Für mich ist die Freiheitsbewegung von Bedeutung. Sie ist freiheitlich und stützt sich auf die eigene Kraft. Sie kann niemandes Söldner werden. Sie ist keine Bewegung, die man gegen Geld, Dollar oder Frauen verschachern kann. Ich will euch eine unserer Märtyrerinnen ins Gedächtnis rufen, Berîtan. Kämpfer der PUK haben Berîtan auf einem Felsen am Rande eines Abgrunds umzingelt. Sie rufen ihr zu: „Ergib dich!“ Das bedeutet in diesem Fall nicht „Wir liefern dich an die Türkei aus“, sondern „Wir sind Brüder, wir werden dich nicht foltern, nur bleib bei uns“. Aber Berîtan weiß, dass dem nicht so ist. Sie hat sich der Freiheit verschrieben. So einen Handel erlaubt ihre Ehre nicht, und so stürzt sie sich vom Felsen in die Tiefe.

Berîtan ist im Besitz der grenzenlosen Freiheit und der Linie der Führung. Für mich ist der Kampf um die Linie Berîtans von Bedeutung. Ich werde niemandes Söldner werden. Mein Kampf ist der Kampf um Befreiung. Das Ziel jener ist es jedoch, die PKK auf die Linie der USA einzuschwören. Sie pflegen eine Politik des Blutvergießens. Das ist grausam. Sie wollen die PKK durch Hunger auf die Probe stellen. Sie glauben, bei der PKK gäbe es zwei Arten von Hunger. Der eine ist der Hunger des Magens, der andere ist der sexuelle Hunger. Dem Guerillero, der in den Bergen gehungert hat, geben sie etwas Brot, etwas Geld und eine Frau und ziehen ihn so auf ihre Seite. So machen sie die Kurden zu ihren Söldnern. Ohnehin lassen sie sie gerade im Moment in Bagdad als Söldner kämpfen.[1] Diese Art Politik ist der größte Verrat, den die Geschichte je gesehen hat.

Der Versuch, etwas Geld zu verdienen, indem man die Guerilla von den Bergen holt und sie der Türkei ausliefert, ist eine gefährliche Sache. Niemand sollte eine Politik betreiben, die die eigenen Kräfte übersteigt.

In Kurdistan hat Barsani größeren Einfluss [*als Talabani*]. Ich gehe nicht davon aus, dass Barsani eine konfrontative Haltung einnehmen wird. Seine Haltung ist eher positiv. Ich habe mich zuletzt 1996 mit ihm getroffen, damals haben wir uns auf ein Rahmenabkommen geeinigt. In diesem Rahmen kann unsere Beziehung in Freundschaft fortgesetzt und ausgebaut werden. Sollten sie einen unabhängigen Staat gründen wollen, so werden wir dem nicht entgegenstehen, betonen aber demgegenüber auch unsere Auffassung von einer demokratischen Nation.[2] Wir haben nichts gegen ihr Verständnis von einem Nationalstaat.

Zum Treffen Erdoğans mit Talabani in Jordanien:

Erdoğan hat sich in Jordanien mit Talabani getroffen.[3] Beide besitzen jedoch keine ernst zu nehmende Stärke. Auch haben sie ihren jeweiligen Staat nicht unter Kontrolle. So treffen sie sich, als Individuen, und machen sich gegenseitig Versprechungen, reden von diesem und jenem. Sie sagen: „Dein Feind ist auch mein Feind.“[4] Ihre Beziehungen zu den tariqat[5] sind bekannt. Sie versuchen, die kurdische Frage mit dem Nakschibenditum zu lösen. Diese Herangehensweise steht nicht im Einklang mit der Logik der Republik. Deniz Baykal greift die Regierung heftig an. Aber in diesem Punkt hat er nicht Unrecht. Ich sollte mich nicht aufregen, aber der Versuch, das Problem auf diese Art lösen zu wollen, macht mich wütend. Der Vertreter der kurdischen Nakschibendi in der Türkei ist Cüneyd Zapsu.[6] Seine guten Beziehungen zu den USA sind bekannt.

Fetullah Gülen[7] lebt ohnehin in Amerika.

Und dann sind da noch die vom nationalistischen Flügel. Ihr Ziel ist es, die Türkei zu afghanisieren, zu irakisieren. Eine solche Politik ist mehr als gefährlich und nicht zum Nutzen der Türkei. Mit einer solchen Vorgehensweise bewegen sie sich in die Richtung von Scheich Seïd.[8] Das bedeutet, sich nicht verteidigen zu können, wie er, am Ende wurde er gehenkt. Herr Erdoğan sieht all das natürlich nicht. Deniz Baykal bezeichnet er als bankrotten Kaufmann. Aber eigentlich ist auch er nichts anderes als ein Kaufmann, der extremen Profit einstreichen will. So will er eins geben und zehn einstecken. Statt das Problem zu lösen, wird er es in der aktuellen Situation vertagen, um sich damit Vorteile zu verschaffen. Er hat zu keinem einzigen Thema eine klare politische Haltung. Die AKP ist eine unglaublich wankelmütige Partei. In der Staatspolitik gibt es nichts Schlimmeres als Wankelmütigkeit, als politische Instabilität.

Erdoğan erwartet, dass Talabani im Irak und die USA über die kurdische Frage entscheiden. Der Generalstab hat Selbstkritik geübt und von einer ganzen Reihe von Fehlern gesprochen. Das ist wichtig. Es sollte Möglichkeiten geben, unter uns zu einer Lösung finden. Als Kurden und Türken werden wir das Problem selber zu lösen wissen ohne eine Steuerung durch den Westen.

Ich habe schon mehrfach erklärt, dass ein kurdisch-türkischer Bündnisschluss ein großer Gewinn für die Türkei sein wird. Es ist nicht unbedingt notwendig, die Guerilla, Selbstverteidigungskräfte, als gegen den Staat gerichtet aufzufassen. Sollte es zu einer Lösung kommen, werden diese die Sicherheit der Türkei garantieren können. Das sollte auch die Bevölkerung der Türkei so erfahren. Jeder hat das Recht auf Selbstverteidigung. Sprache und ethnische Kultur sollten als unterschiedliche Kulturen bewahrt werden. Jeder sollte das Recht besitzen, die Identität der eigenen Kultur leben und erleben zu dürfen. Aber Herr Erdoğan sucht die Lösung der kurdischen Frage ja lieber bei den Führern der Kurden des Nordirak und bei den USA.

Was heißt hier „Lasst die Waffen fallen"? Soll ich den Schutz des Lebens der Bevölkerung den Dorfschützern überlassen? Für unsere Bewegung ist die Waffe kein Mittel des nationalen Befreiungskampfes, das sollten auch die Menschen in der Türkei so wissen. Unsere Bewegung ist keine bewaffnete nationale Befreiungsbewegung, sie führt einen Befreiungskampf im Bereich der Philosophie und der Mentalität. Die Waffe wird es wohl immer geben, aber nur zum Schutz des eigenen sowie des Lebens des Volkes. Es sind dies keine Kräfte, die gegen die Türkei gerichtet sind, sondern allein dem eigenen Schutz dienen. Kräfte zur Selbstverteidigung gibt es überall. Sie dienen der Sicherheit des Volkes. Sollte es morgen zu Verhandlungen kommen, so sind sie eine Sicherheit. Die Waffen sind Garantie für den Schutz und die Weiterentwicklung der kurdischen Kultur und der kurdischen Identität. Im Gebiet [*Nordkurdistan*] sind 500 000 Soldaten zusammengezogen worden. Da kannst du doch wohl nicht die Waffen aus der Hand geben, nur weil es jemand verlangt, denn dann würdest du vernichtet werden. Wer auch nur ein bisschen Stolz und Ehre besitzt, der wird bis zum Schluss Widerstand leisten.

Was heißt hier „Lasst die Waffen fallen"? Soll ich den Schutz des Lebens der Bevölkerung den Dorfschützern überlassen?

Öcalan skizzierte auch Vorschläge für die Politik der PJAK, der PKK-nahen Partei in Ostkurdistan (Iran). Besonders warnte er vor ethnischen Konflikten, die ein Angriff der USA schüren würde. Stattdessen empfahl er den Ausbau der Beziehungen zu Aseris und Belutschen.

Der PJAK erkläre ich: Nach der Festnahme der britischen Soldaten wird man sich dem Iran zuwenden. So wie der Iran jetzt ist, wird er sich nicht halten können. Entweder wird er sich auf demokratischer Grundlage selbst erneuern oder er wird überwunden werden. Es ist bekannt, dass die PJAK einen starken Zulauf zu verzeichnen hat. Dem ist doch so?

Sollte der Iran von Seiten der USA und Großbritanniens angegriffen werden, so wird es dort drunter und drüber gehen, er wird geradezu irakisiert werden, möglicherweise mit großen Massakern. Aber der Iran ist auch ein großer Staat. Er wird Widerstand leisten. Deshalb werden sie seiner nicht vollkommen Herr werden können, aber ihn doch beträchtlich aufmischen. Dagegen muss die PJAK eine flexible demokratische Politik verfolgen. Sie muss aber auch Vorsichtsmaßnahmen für die Sicherheit des Lebens der dortigen Kurden ergreifen. Im Falle eventueller Massaker sollten unter dem Dach der UN in sicheren Gebieten, speziell im Gebiet des Bradost, Flüchtlingslager errichtet werden. Eine offene demokratische Struktur, welche die Azeris, die Belutschen und die Kurden des Iran umfasst, wäre geeignet, möglichen Angriffen und ähnlichen ethnischen und konfessionellen Auseinandersetzungen wie im Irak vorzubeugen. Da Konflikte im Iran um ein Vielfaches stärker als im Irak ausfallen würden, müssen also Anstrengungen unternommen werden, damit dort nicht die gleiche Situation entsteht.

Die Erklärung von Herrn Evren[9] vor einigen Tagen habe ich, wenn auch verspätet, in der Zeitung gelesen. Auch Hasan Cemal[10] hat erkannt, dass ein „starrer Nationalismus", wie er es nennt, nicht zu einer Lösung führt. Auch Emre Taner[11] hat sich dahingehend geäußert. Was sie als „starren Nationalismus" bezeichnen, nenne ich nationalstaatlichen Chauvinismus, nationalstaatlichen Faschismus. Kenan Evren ist nicht irgendjemand. Er versteht etwas von militärischer Strategie, hat Erfahrung als Staatsmann. Er ist nicht mehr der Jüngste, aber noch gut beisammen. Er besitzt einen gewissen Einfluss. Ob seine Äußerungen nur seine persönliche Meinung widerspiegeln oder ob er das mit einigen in der Armee besprochen hat, weiß ich nicht. Er sagt, dass er diese Ansichten mit Generalstabschef Büyükanıt, der Armee und pensionierten Offizieren zu besprechen gedenkt. Ich weiß nicht, inwieweit er sie wird überzeugen können. Vor einiger Zeit habe ich erklärt, dass ich auf „ein Signal des Staates" warte. Ich sage damit nicht, dass dies Evrens Äußerungen sind, aber das traf es genau. Er sagte, dass er über diese

Dinge auch mit Leyla Zana sprechen könne. Ich weiß nicht, wer alles hinter Evren steht. Es heißt, er habe Rückhalt von einigen pensionierten Generälen.

In der Türkei gibt es einen nationalistischen Flügel. Dessen gegenwärtiger Aufschwung ist hochgefährlich. Evren sieht die damit verbundenen Gefahren, außerdem hat er erkannt, dass der erwähnte organisierte „starre Nationalismus" keine Lösung für die Probleme der Türkei darstellt. Yazıcıoğlu[12] repräsentiert einen bedeutenden Flügel innerhalb dieses nationalstaatlichen Faschismus. Die CHP und Baykal[13] versuchen, in deren Gewässern Wählerstimmen zu angeln. Die MHP gehört ohnehin dazu. Falls sie das jemals ändern wollte, so würde ihr das doch nicht gelingen. Ich bezeichnete alle diese als „Rote-Apfel-Fraktion".[14] Das, was Erkan Mumcu[15] macht, spricht für sich selbst.

In der Region herrscht eine Politik der Vertreibung, die rein zahlenmäßig noch weit über die Vertreibung der Armenier hinausgeht.

Selbst Mehmet Ağar[16] hat sich von ihnen allen etwas distanziert. Diese gefährliche Tendenz ist eigentlich perspektivlos, marginalisiert und isoliert. Sie erfährt nicht mehr wie früher die Unterstützung von TÜSİAD,[17] der EU oder den USA. Diese Strömung wird, wie der Hitlerfaschismus nach dem 2. Weltkrieg, in fünf bis zehn Jahren im Zuge der Annäherung an die EU völlig diskreditiert sein. Da bin ich mir völlig sicher. Aber sie erkennen das noch nicht.

Seit einiger Zeit werden reihenweise Menschen einzig und allein deshalb verurteilt, weil sie von „Herrn Öcalan" sprechen. Zuletzt grub die CHP im Rahmen des Vorwahlkampfes um die Präsidentschaft ein altes Interview mit Erdoğan von 1999 aus, in dem er zweimal „Herr Öcalan" sagte.

Nun gut, es ist wohl so, dass Menschen „(verehrter) Herr Öcalan" sagen. Ob nun auch Erdoğan, das weiß ich nicht. Fakt ist aber, dass ich ihn so nenne. Die Zahl der Verhaftungen [*von kurdischen PolitikerInnen und AktivistInnen*] ist momentan um ein Vielfaches höher als zu Zeiten von Tansu Çiller. Seit dem Vorfall von Şemdinli versuchen sie, die Kurden einzukesseln. Seht, sie stationierten 500 000 Soldaten [*in Kurdistan*]. Die militärischen Operationen gehen unvermindert weiter. Außerdem sollen die Kurden mit Mikrokrediten gekauft werden. „Komm zur AKP und hol dir einen Kredit", heißt es. Auf diese Weise will man sie an sich binden. Ich sage nicht: „Nehmt keinen Kredit auf." Sie sollen ihn ruhig nehmen, aber sie sollen auf ihre Ehre und ihre Identität Acht geben. Seit langem wird in der Region nicht investiert, und die Kurden sind dem Hunger überlassen. In Tunceli wurde nicht die kleinste Investition getätigt. Speziell in Tunceli und Diyarbakır versucht jetzt die AKP, die Kurden mit Mikrokrediten zu ködern. In der Geschichte, aber auch heute, ist es für die Kurden das Blamabelste überhaupt, sich mit Geld kaufen zu lassen. In der Region herrscht eine Politik der Vertreibung, die rein zahlenmäßig noch weit über die Vertreibung der Armenier hinausgeht. Vor zwei Monaten haben sie dann ein Gesetz verabschiedet, das das Umsiedlungsgesetz von Tunceli noch überbietet. An Eurer Stelle würde ich Zeter und Mordio schreien. Ihr Ziel ist es, die Region menschenleer zu machen.

So wollen sie auch den Ilısu-Staudamm bauen. Dadurch werden neunundneunzig Dörfer unter Wassermassen begraben, landwirtschaftlich gesehen die fruchtbarsten Gebiete. Außerdem sind es für die kurdische Kultur und Geschichte bedeutende Orte. Ist sich die DTP dessen denn nicht bewusst? Warum unternimmt sie nichts?

Öcalan unterstrich die Notwendigkeit eines direkten Dialogs für den Frieden und stellte selbstkritisch die Effektivität der bisher von ihm initiierten Waffenstillstände infrage.

Als Antwort auf die Erklärung der HPG kann ich sagen: Ich bedanke mich bei allen Freunden, weil sie mir nun seit mehr als vierzehn Jahren Gehör schenken. Ich zolle ihnen meinen Respekt und grüße sie. Seit vierzehn Jahren bemühe ich mich um den Frieden und den Dialog. Auch damals beim ersten Waffenstillstand 1993 war es März. Jetzt gehen wir schon in das fünfzehnte Jahr. Damals, als wir den Prozess für Dialog und Frieden begannen, war er noch nicht so dicht und komplex wie heute. Aber dem Dialog haben wir damals schon viel Wert beigemessen. Natürlich gibt es auch auf Seiten des Staates solche, die das Problem mittels Dialog und Frieden zu lösen wünschen.

In den 90er Jahren wollte ein Botschafter in Damaskus mit uns in Kontakt treten. Ich habe das damals abgelehnt, weil ich glaubte, dass man einen Anschlag auf uns versuchen würde. Später, als ich schon in Imralı war, hat dann ein Mitarbeiter des Botschafters den hiesigen Staatsanwalt angerufen und gefragt, ob ich mich noch daran erinnere. Einer der Staatsanwälte hat mir das als Frage gestellt. Ich erklärte, dass ich mich erinnere, und erkannte, dass sie damals wohl auf der Suche nach einem Dialog gewesen sein mussten. Zwischen uns gab es eine Art indirekter Kommunikation. Den Vorgang des Dialogs hatte ich damals noch nicht ganz so erfasst wie heute. Als Staatspräsident Özal mir damals die erste Nachricht zukommen ließ, war ich ziemlich erstaunt. Ich sagte mir: „Das hat Özal nicht aus eigener Kraft initiiert. Sie werden ihn auf diese Art opfern." Danach haben sie Özal und seine Familie vernichtet.[18] Auch Premierminister Erbakan ließ mir eine Nachricht zukommen, danach wurde auch er aus dem Rennen geworfen. Nach 1999 habe ich dann Frieden und Dialog tief greifender zu analysieren begonnen.

Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Linie des Friedens und Dialogs, die ich seit nunmehr vierzehn Jahren verfolge, keinen Nutzen mehr zeitigt, weder für den Staat noch für die PKK. Seit langem mache ich mir schon Gedanken darüber, und es kristallisiert sich eine Haltung heraus. Die Erklärung der HPG ist bedeutend.[19] Am 18. Mai wird der nächste Staatspräsident sein Amt antreten, danach gibt es kein Zurück. Aber ich werde trotzdem bis zum 18. Mai diese Linie beibehalten. Ich werde nicht wortbrüchig werden. Bis zum 18. Mai werde ich zu meinem gegebenen Wort stehen. Danach werde ich mich nicht mehr in die Diskussion einmischen. Nach dem 18. Mai werde ich mich zurückziehen.

Wenn ich das sage, so bedeutet das nicht, die HPG sollten angreifen. Das ist etwas, das nur sie selbst entscheiden können. Ob sie einen wahnsinnigen Krieg anzetteln oder nicht, ob sie angreifen oder nicht, das ist etwas, was sie selber wissen und entscheiden müssen. Sie werden ihre Nabelschnur selbst durchtrennen. Wie viele Kräfte haben die HPG wohl in der Türkei? Es heißt, das seien 1800 bis 2000 und ihre Zahl nehme weiter zu. In dieser Situation wird es mir nicht möglich sein, meine Rolle wie bisher fortsetzen zu können. Die Staatsanwaltschaft hat eine Reihe von Akten mit meinen hiesigen Aussagen angelegt. Meine Reden werden ausnahmslos als Vergehen im Sinne der Gesetze gehandhabt. Ohnehin hat mich die Gefängnisleitung schon verwarnt. Das sage ich im Hinblick auf die Bunkerstrafe und das, was davor war.[20] Die letzte Bunkerstrafe, das solltet Ihr wissen, ist verhängt, aber noch nicht vollstreckt, sie steht noch als Drohung im Raum.

Sollte es bis zum 18. Mai keine konkreten Schritte geben, werde ich mich zurückziehen. Werde mich mit Problemen mehr theoretischer Art befassen. Meine Reden werden dann mehr philosophischer, kultureller und literarischer Natur werden. Was die Politik angeht, so werde ich mich dann wohl mehr mit politischer Theorie befassen, nicht mehr mit Problemen konkreter und praktischer Art. Nach dem 18. Mai werde ich dann nur noch Mittler sein. Ich kann mit der PKK sprechen unter der Bedingung, dass die staatlichen Beauftragten mit mir in direkten Kontakt treten und dies von mir wünschen. Sie werden mir dann aber auch die notwendigen Sicherheiten garantieren müssen, dass das, was ich dazu zu sagen habe, nicht unter Strafe gestellt wird. Außerdem müssen sie mir dann die Möglichkeit einräumen, Kontakt zur Organisation herstellen zu können.

In der Zeitung habe ich eine Erklärung Sertaç Bucaks mich betreffend gelesen.[21] Er selbst ist Vorsitzender der Partei Hak-Par. Er sagt: „Für mich ist es so, dass Apo von Seiten des Tiefen Staates gelenkt wird.“ Ich nutze das Recht, darauf zu antworten. Niemand wird mich je lenken können. Er selbst behauptet das, aber dann soll er auch Folgendes erklären: Hunderte Male haben jene sich mit ihm getroffen, haben Sitzungen abgehalten. Worauf bezieht er sich, wenn er jetzt solches behauptet? Er bedient sich deutscher Unterstützung. Sie sind auf deutscher Linie und manche erfahren darüber hinaus Unterstützung durch Staaten der EU. Sie versuchen jetzt, auch die DTP auf diese Linie zu ziehen. Das werde ich nicht zulassen. Ob die DTP ihnen auf den Leim geht oder nicht, das weiß ich nicht. Das muss letztendlich die DTP selber wissen. Ich für meinen Teil habe genug Projekte entwickelt, damit die DTP imstande ist, demokratische Politik zu betreiben. Aber sie erwartet trotzdem immer noch bei allen Themen eine Lösung durch mich. Sie sind in Fragen der Politik immer noch naiv wie die Kinder. Aufgabe der DTP ist es, den demokratischen Frieden und die demokratische Politik selbstständig zu entwickeln. Es kann schon sein, dass sie sich erhoffen, durch mich und die Basis der PKK zu etwas zu gelangen oder ein Amt zu bekleiden. Das ist aber nicht realistisch. Genau an dem Punkt wäre es von Vorteil, bei der Wahl[22] wie in Spanien oder Italien mit einem Linksbündnis anzutreten. Aber die Bewegung vom 10. Dezember hat die Bildung eines linken Bündnisses in der Türkei behindert.[23] Die Haltung der CHP ist bekannt, sie ist abgeglitten auf die nationalistische Linie. Speziell die Haltung von Karayalçın und seiner SHP stellte ein Hindernis für die Bildung eines linken Bündnisses dar. In dieser Situation muss die DTP ihre Entscheidung schon selber treffen. Sie können auch mit unabhängigen Kandidaten zur Wahl antreten. Ich schlage Folgendes vor: Sie können ein Bündnis eingehen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und weiteren Kreisen der Gesellschaft. Wenn sie glauben, so die 10-%-Hürde meistern zu können, dann können sie unter dem Namen einer Partei zur Wahl antreten. Wenn nicht, dann sollten sie sich mit unabhängigen Kandidaten zur Wahl stellen.

Im Mittleren Osten schlage ich für die Kurden ein System der KCK vor. Es könnte unter dem Namen „Komala Civaka Kurdistan“ [*in etwa: Gesellschaftliche Vereinigung Kurdistan*] organisiert werden. Diese Organisation würde niemandem speziell gehören, sondern allen



Auf den Newrozveranstaltungen zeigte die kurdische Bevölkerung überall ihre starke Verbundenheit mit Abdullah Öcalan. Foto: DIHA

Kurden. In ihr könnten und sollten auch die PUK, die KDP vertreten sein. Sollte eine solche Organisation möglich werden, so kann eine Organisation dieser Art im Namen aller Kurden auftreten und verhandeln. Mit Iran, mit Irak, ebenso auch mit der Türkei. In diesem Rahmen könnte dann natürlich auch Talabani mit jedem verhandeln. Die Kurden können in diesem System zusammentreffen. Alle kurdischen Parteien, Organisationen und alle Persönlichkeiten, die sich in Kurdistan politisch Gehör zu verschaffen wissen, sollen in diesem System vertreten sein und dort sowohl Lösungswege für Probleme untereinander finden als auch ein Büro für die Diplomatie bilden, das im Rahmen einer noch zu bestimmenden kurdischen nationalen Politik dann auch mit den Staaten der Region und mit international agierenden Kräften verhandeln könnte. Ich offeriere die Formel von „Civaka Demokratik“ (Demokratische Gesellschaft) als eine Formel zur Bewältigung aller Probleme des Mittleren Ostens. Dieses Lösungsmodell geht davon aus, nicht die Städte in kurdische, türkische und persische Städte aufzuteilen, und auch die bestehenden Grenzen blieben darin unangetastet. Aber es ist auch ein System, in dem alle kulturellen Identitäten frei zum Ausdruck kommen könnten. Die EU ähnelt dem in einigen Aspekten. Eigentlich sträubt sich dem nur der französische Nationalismus. Spanien und Großbritannien sind dem System gegenüber offener, versuchen den National-Staat zu überwinden. Auch in Afrika und Südamerika gibt es ähnliche Entwicklungen.

Ich wiederhole: Ich werde bis zum 18. Mai meine jetzige Haltung beibehalten. Ab dem 18. Mai werde ich aber, unter den erwähnten Bedingungen, nur noch Mittler sein können. Ohnehin hat Kenan Evren, der ja selbst ein Mann des Staates ist, alle gewarnt. Im Rahmen dessen, was Evren aufgezeigt hat, ist es möglich zu verhandeln. Auch MIT-Direktor Emre Taner hat Warnungen ausgesprochen.

Ich wiederhole: Ich werde bis zum 18. Mai meine jetzige Haltung beibehalten. Ab dem 18. Mai werde ich aber, unter den erwähnten Bedingungen, nur noch Mittler sein können.

Die PJAK muss im Hinblick auf die Entwicklungen im Iran eine für Bündnisse offene, demokratische Politik verfolgen. Wenn es sein muss, um etwaige Massaker von Seiten des iranischen Staates zu vermeiden, sollte in Gebieten wie dem von Bradost die Sicherheit des Lebens der Bevölkerung gewährleistet werden. Im Irak ist die PÇDK die demokratische Partei der Kurden. Demokratische Politik zu etablieren, das ist ihre Aufgabe. Sie haben Kräfte zur Selbstverteidigung, sollten diese zumindest besitzen.

Ich habe zuvor schon vorgeschlagen, in Diyarbakır ein Kunst- und Kulturzentrum zu errichten. In diesem Zentrum sollte Platz für Büchereien, Moscheen, Sportplätze, aber auch für Strukturen, die es der Frau ermöglichen, sich auszudrücken und zu entfalten, und für kulturelle Veranstaltungen sein. Sie sollten etwas schaffen, das für die heutige Zeit so bedeutend ist wie die Pyramiden für das alte Ägypten und die Zikkurate [*Stufentempel*] für die Sumerer. Das Projekt sollte das erste seiner Art im Mittleren Osten sein.

Allen jenen aus Süd-Kurdistan, die mir ihre Grüße gesandt haben, den Intellektuellen und dem ganzen Volk Süd-Kurdistans möchte ich meine Grüße und meinen Respekt ausrichten lassen. Richtet vor allem Immanuel Wallerstein meine wärmsten Grüße aus. Zwei Bände seiner Reihe über das kapitalistische Weltsystem habe ich gelesen. Wird der dritte Band übersetzt, kann man mir den zukommen lassen? Die Bücher, die mir geschickt wurden, habe ich erhalten. Ich hätte gerne einige Bücher über die Zeit vor 1071 und die Geschichte Byzanz'. Ich habe Post aus verschiedenen Gefängnissen erhalten. Ich hätte geantwortet, aber es blieb keine Zeit mehr. ♦

Grüße an alle Freunde.

31.03.2007

Fußnoten:

1) Gemeint ist die Gruppe um Nizamettin Taş.
2) Öcalan geht von einem Nationenbegriff aus, der nicht ethnisch definiert ist und keinen Nationalstaat anstrebt.
3) Zuvor hatte die Türkei sich jahrelang geweigert, den irakischen Präsidenten, den sie als „Clanchef“ bezeichnet, einzuladen oder mit ihm zu sprechen.
4) Man beachte die Doppeldeutigkeit: Es kann sowohl die kurdische Befreiungsbewegung als auch die türkische Armee gemeint sein.
5) Islamische Orden oder Bruderschaften
6) Einer der wichtigsten Berater Erdoğans, Nakschibendi, wird beschuldigt, Finanztransaktionen für Al-Qaida getätigt zu haben.
7) Gülen gilt als der bedeutendste Nakschibendi-Führer. Er leitet vom US-Exil aus ein globales islamisches Medien- und Schulimperium, zu dem auch die Erdoğan-nahe Tageszeitung „Zaman“ gehört.
8) Anführer eines großen islamistisch-nationalistischen Aufstandes der Kurden 1925.
9) Anführer des faschistischen Militärputsches von 1980 und anschließend Staatspräsident. Er hatte in den letzten Wochen eine föderale Struktur der Türkei als Lösungsmodell für die kurdische Frage ins Spiel gebracht und sich damit Strafanzeigen wegen „Vaterlandsverrat“ eingehandelt.
10) Bekannter Journalist, gilt als Kurdenexperte, jedoch nicht unbedingt als Kurdenfreund.
11) Direktor des Geheimdienstes MIT, der 2003 Öcalan auf Imralı aufgesucht hatte. Zuletzt hatte er in einer Aufsehen erregenden Erklärung Anfang 2007 eine realistischere Herangehensweise der Türkei an ihre größten politischen Probleme gefordert.
12) Vorsitzender der Großen Einheitspartei (BBP), einer radikalen Abspaltung der faschistischen MHP.
13) Unter Baykal fährt die Republikanische Volkspartei (CHP) einen stramm nationalistischen Kurs und versucht, die MHP rechts zu überholen.
14) „Kızılelmacilar“. Der rote Apfel symbolisiert in der turanistischen Propaganda die Großtürkei vom Balkan bis nach China.
15) Rechtslastiger Vorsitzender der Mutterlandspartei (ANAP)
16) Der ehemalige Polizeichef und Innenminister und heutige Vorsitzende der Partei des Rechten Weges (DYP) war einer der Schlüsselakteure des „totalen Krieges“ Mitte der 1990er Jahre. Er brüstete sich öffentlich mit „1000 [*illegalen*] Operationen“. Seit einigen Monaten macht er jedoch Furore mit Vorschlägen, die Guerilla solle „aus den Bergen herabsteigen und in der Ebene Politik machen“.
17) Der mächtige Unternehmerverband der Türkei
18) Die Familie und viele andere sind sich sicher, dass Turgut Özal keines natürlichen Todes starb, sondern vergiftet wurde.
19) Die Volksverteidigungskräfte HPG erklärten im März, trotz massiver militärischer Operationen und Angriffe der türkischen Armee ihren einseitigen Waffenstillstand noch mindestens bis Mitte Mai fortzusetzen.
20) Wegen seines Aufrufs an die HPG im September zu einem einseitigen Waffenstillstand wurde Öcalan mit einer verschärften Bunkerhaft belegt.
21) Er behauptet, Öcalan sei ein Agent des türkischen Generalstabs.
22) Im November 2007 sind Parlamentswahlen.
23) Gewerkschaften und verschiedene linke Politiker starteten eine Initiative zur Bildung eines linken Bündnisses, die Kurden wurden jedoch sofort ausgeschlossen. Die Initiative war erfolglos.

Zu den Hintergründen der antikurdischen Operation in Paris gegen die Kurden

Ein internationales Konzept sollte umgesetzt werden

Riza Altun

Am 5. und 6. Februar nahm die französische Polizei im Rahmen einer von den USA koordinierten Aktion 14 kurdische AktivistInnen fest. Inzwischen wurden alle 14 Festgenommenen etappenweise auf freien Fuß gesetzt. Riza Altun, Mitbegründer der PKK und einer der Festgesetzten, bewertete nach seiner Freilassung im kurdischen Fernsehsender ROJ TV die Hintergründe der Vorfälle.

Die Festnahmen müssen im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der kurdischen Region gesehen und bewertet werden. Der am 1. Oktober letzten Jahres deklarierte Waffenstillstand der PKK hatte bei allen Erwartungen und Hoffnungen geweckt. Auch die USA und Europa erweckten diesen Anschein.

Die in diesem Zusammenhang verbreiteten Botschaften vermittelten zunächst ein positives Bild, das sich jedoch angesichts der folgenden Entwicklungen als Täuschung herausstellte.

Was haben diese Erklärungen des guten Willens für die folgenden vier Monate gebracht? Obwohl keine positive Entwicklung auf den Waffenstillstand folgte, nahm die Zahl der Stellungnahmen zu – ebenso wie die diplomatischen und politischen Bemühungen, die gegen uns gerichtete Vernichtungspolitik zu intensivieren.

Gegen die Existenz der PKK im Mittleren Osten wurde regional und international ein umfangreicher Plan entwickelt. Die Auflösung des Flüchtlingslagers in Maxmur ist ebenso Teil dieses Plans wie die Angriffe auf die Lager in den Kandil-Bergen und die Vernichtung anderer Kräfte im Süden Kurdistans. Die Türkei fordert von den USA und der EU die Festnahme und Auslieferung aller Führungskräfte. Auch bei ihren offiziellen Kontakten im Mittleren Osten zwingt sie ihren Gesprächspartnern dieses Thema auf. Das ist ihr wichtigster Punkt während der offiziellen Gespräche im Iran, in Saudi-Arabien und Syrien.

Die Phase der Morde unbekannter Täter kann beginnen

Während die Türkei und die internationalen Kräfte zum einen positive Stellungnahmen zum Waffenstillstand abgaben, haben sie zum anderen die politische und militärische Vernichtung der PKK zu ihrer Politik erklärt. Das Verheerende ist, dass diese Politik der Vernichtung bis zu unserem Vorsitzenden reicht und sein Tod bezweckt wird. Der stand zu Beginn des internationalen Komplotts nicht oben auf der Tagesordnung, sondern sollte erst eingeleitet werden, nachdem die Organisation politisch geschwächt wurde. Aber gegenwärtig lässt die Vergiftung die physische Vernichtung akut werden. Auffällig ist zudem parallel dazu eine Zunahme der Repressionen gegen die DTP und die Bevölkerung. Die Repressionen gegen die DTP zielen auf eine politische Liquidierung ab, die auch vor physischer Vernichtung nicht haltmacht. Es hat eine Phase begonnen, die auch auf „Morde unbekannter Täter" setzt.

Die USA wissen über die Vergiftung Bescheid

Wir können die Beteiligung der USA nicht ignorieren. Es sind die USA, die den diplomatischen Bemühungen in Bezug auf Maxmur am weitesten entgegenkommen. Zudem erklärten sie, dass sie die Festnahmeaktion in Europa koordiniert haben. Folglich kann eine Kenntnis der USA über die Vergiftung unseres Vorsitzenden nicht verneint werden. Wir haben zwar keine konkreten Beweise, aber wenn wir uns die Entwicklungen anschauen und die Tatsache, dass die USA unseren Vorsitzenden an die Türkei ausgeliefert haben, wird offensichtlich, dass sie von den Vernichtungsbestrebungen wissen und direkt oder indirekt damit in Verbindung stehen.

Schon im Vorfeld der Operation in Europa war das deutlich zu bemerken. Das US-Außenministerium hatte zwei oder drei Delegationen in die europäischen Staaten entsandt, die dort diplomatisch tätig waren. Sie versuchten, Europa vor allem in zwei Punkten zum Handeln zu bewegen: erstens die organisatorische Tätigkeit der PKK zu beenden und zweitens die Finanzquellen der PKK auszutrocknen. Während die Türkei ihre antikurdische Gewaltpolitik den USA aufzuzwingen versucht, vertreten diese andere Vernichtungsmethoden. Auf der von diesen Delegationen in Europa geschaffenen Grundlage haben sich die „PKK-Koordinatoren" der USA und der Türkei in Deutschland getroffen, unter der Teilnahme von Geheimdiensten, Staatsanwälten und weiteren Vertretern unterschiedlicher europäischer Staaten.

Ergebnis war der Beschluss zur Aktion in Frankreich. Die Stellungnahmen des PKK-Koordinatoren der USA, General

Ralston, und seines türkischen Kollegen Edip Başer während dieser Versammlung ließen darauf schließen. „Wir sollten nichts überstürzen, es werden sichtbare Schritte eingeleitet werden. Es ist nur eine Frage der Zeit“, so Başer. Seinen anti-amerikanischen harten Tonfall aus der Zeit nach seiner Ernennung zum PKK-Koordinator hat er nun nach fünf Monaten in eine äußerst verbindliche Form verwandelt. Er hat das US-Konzept akzeptiert. Danach wurde dieser Angriff durchgeführt.

Es ist keine gewöhnliche Unternehmung

Sieht man sich die Organisierung der PKK in Europa an, so tritt Frankreich etwas hervor. Frankreich ist ein Land, in dem sich Führungspersonen der PKK aufhalten können und deren Asylanträge positiv beschieden werden. Deutschland hat ja bereits ein bestimmtes Repressionsniveau erreicht, die Niederlande haben die Aktivitäten verboten und somit ebenfalls ein bestimmtes Niveau erreicht, Belgien auch. Nur in Frankreich wird im Vergleich zu anderen europäischen Staaten mehr Freiraum für die Tätigkeiten der Bewegung eingeräumt. Bei besagtem Treffen wurde Frankreich unter Druck gesetzt. Es war vorgesehen, den Angriff in Frankreich zu beginnen und dann auf das gesamte Europa auszuweiten. Frankreich hat das akzeptiert und umgesetzt. Es schickte seine Staatsanwälte in die Türkei, die dort mit ihren türkischen Kollegen kooperierten. Auf der Grundlage der geheimdienstlichen Informationen der USA sowie des Ergebnisses der gemeinsamen staatsanwaltlichen Arbeit wurde diese Operation durchgeführt. Es war keine gewöhnliche.

Daraufhin erklärten die türkischen Staatsvertreter: „Die USA sind an dem Punkt, an dem wir sie haben wollten. Die Operationen haben in Europa begonnen, die Resultate sind zu sehen, dieselben Ergebnisse werden auch in Kandil und im Süden erwartet.“ Das waren ihre Erwartungen. Die US-Amerikaner reagierten sofort und erklärten, dass sie dahinter steckten. Jeder versuchte, es zu seinen Gunsten zu nutzen. Die Türkei war mit dem Ergebnis zufrieden. Die US-Vertreter äußerten während einer Fernsehsendung: „Wir haben diese Aktion für Euch gemacht, wir haben unser Wort gehalten. Wenn Ihr auf uns hört, werdet Ihr Erfolge haben.“ Aber diesmal trat in Europa ein Problem auf.

Sarkozy handelte auf Wunsch der USA

Die Erklärung, dass diese Operation in Europa, die in der Türkei dermaßen auf Zufriedenheit stieß, von Washington aus koordiniert worden war, führte in Frankreich zu ernsten Problemen. In Frankreich bestimmen zwei politische Ausrichtungen. Die eine ist die liberale Tendenz; diese steht der US-Politik sehr nahe. Sie versucht die französische Politik der US-Außenpolitik anzupassen. Die andere Tendenz ist die traditionelle gaullistische Strömung. Diese beiden politischen Tendenzen kollidieren miteinander. Es ist zu erwarten, dass diese Auseinandersetzungen bei der Wahl um die Staatspräsidentschaft noch mehr in den Vordergrund treten werden. Unser Vorfall hat diesen Widerspruch weiter vertieft. Der liberale Flügel ist der, der den USA Versprechungen gemacht hat. Um es offen zu sagen: Es ist der vom heutigen französischen Innenminister Nicolas Sarkozy angeführte liberale Flügel, der gemäß der US-Politik gehandelt und diese Operation durchgeführt hat, ein gemeinsames Vorgehen der Anti-Terror-Staatsanwälte und des Innenministeriums. Es widersprach der nationalen Strategie. So ist Sarkozy entgegen den französischen Interessen zu Gesprächen in die USA gereist. Die Staatsanwaltschaften sind die ausführende Kraft von Sarkozy. Nachdem nun der Widerspruch zu den anderen politischen Kräften im Land, von den USA dermaßen provoziert, offen zutage trat, kam es zu einem deutlichen innenpolitischen Bruch.

Frankreich als Spielverderber

Die unterschiedlichen Erklärungen von Geheimdienst und politischen Parteien spiegeln diese Gegensätze wider. Im Endeffekt hat Frankreich, wenn auch nicht in Gänze, in gewisser Weise als Spielverderber gehandelt und nicht bis zum Schluss durchgezogen. Zwei Anmerkungen: Der Staatsanwalt erklärte mir hasserfüllt und ganz offen, dass dies erst der Anfang gewesen sei und es nach Frankreich in den Niederlanden, Belgien, Deutschland und in der Türkei weitergehen werde. Zweitens, als ich während unseres Verhörs durch die Anti-Terror-Einheiten äußerte, dass diese Operation auf US-Anweisung durchgeführt worden und das für Frankreich entwürdigend sei, kam als Antwort: „Lieber amerikanisch als kommunistisch!“

Warum wurde die Operation beendet?

Erstens: Dieses Unterfangen war durch den pro-amerikanischen Flügel in Europa begonnen worden und sollte auch fortgeführt werden, aber es hörte auf. Obwohl die Staatsanwaltschaft gegen jeden von uns einen Haftbefehl verhängt hatte, sprachen gewöhnliche Gerichte uns aus der Haft, die einem internationalen Skandal gleichkam, frei. Diese Gerichte hätten solch eine Entscheidung üblicherweise nicht eigenständig fällen können.

Zweitens: Wie kann eine auf internationaler Ebene begonnene Operation einfach enden? Warum kann die Staatsanwaltschaft, die unsere Freundin in Belgien verhaften und nach Frankreich überführen ließ, nicht fortfahren? Und warum klagt der verantwortliche Staatsanwalt gegenüber „*Le Monde*“, keine Informationen zu erhalten, allein gelassen, von allen Seiten angegriffen und zum Sündenbock erklärt worden zu sein?

Ich erkläre es mir so: Ein internationales Konzept sollte umgesetzt werden, eine Fraktion wollte dabei sehr weit gehen, um die türkischen Forderungen zu erfüllen. Doch der konkurrente Flügel hat interveniert, weil er es für notwendig erachtet, nicht bis zur völligen Liquidation zu gehen. Nun bleibt die Sache erstmal so stehen. ♦

AKP und CHP sind die Favoriten im November

Ein politisches Jahr im Schatten der Wahlen

Sercan Aydin, Journalist

In diesem Jahr finden in der Türkei zwei Wahlen statt, im Mai die des Staatspräsidenten und im November die allgemeine Parlamentswahl. Den Staatspräsidenten wird das türkische Parlament wählen, aber die Oppositionsparteien sind dagegen, dass es das gegenwärtige Parlament tun wird. Aus diesem Grunde fordern sie, dass die Parlamentswahl von November auf Juni vorverlegt und die Präsidentenwahl entsprechend nach hinten verschoben wird. Sie rechnen sich aus, den Staatspräsidenten dann vom neu gewählten Parlament bestimmen zu lassen, doch die Entscheidung für die vorgezogene Wahl muss wiederum das jetzige Parlament treffen. Und es scheint, dieses, in dem die AKP die Mehrheit stellt, ist gegen eine Vorverlegung der Wahl.

Die Wahl des Staatspräsidenten

Der Grund für die gegenwärtigen Streitigkeiten zwischen den politischen Parteien ist die Wahl des Staatspräsidenten. Um die Hintergründe der Auseinandersetzung erkennen zu können, wäre eine kurze Erläuterung der Bedeutung des Staatspräsidenten für die Türkei ganz sinnvoll. Die Türkei hat heute eine Verfassung aus der Zeit nach dem Militärputsch vom 12. September 1980. Daher ist der Hauptcharakter dieser Konstitution unterdrückend, Freiheiten beschneidend und strafend. Alle anderen Gesetze beziehen ihre Perspektive aus der Verfassung. Sie räumt dem Staatspräsidenten eine außergewöhnliche Machtbefugnis ein. So hat er die Macht des Vetos gegen von der Regierung verabschiedete Gesetze, er ernennt die Universitätsrektoren sowie die Funktionsträger der hohen Justiz. Weil er nicht vom Volk gewählt wird, trägt er diesem gegenüber auch keine Verantwortung. In diesem Sinne ist das Amt des Staatspräsidenten Produkt der Mentalität des Militärputsches vom 12. September. Um die Besetzung dieses außerordentlichen Amtes wird nun heftig gestritten. Die regierende AKP möchte Befugnisse des Staatspräsidenten an sich reißen und vertraut hierbei auf ihre Mehrheit im Parlament. Die oppositionelle *Republikanische Volkspartei* CHP scheint sich der Mission, das Amt des Staatspräsidenten „zu schützen", verschrieben zu haben. Diese Partei, auf kemalistisch-nationalistischer Linie, ist dagegen, dass die „antilaizistische" AKP das Amt des Staatspräsidenten bekleidet. Daher mobilisiert sie alle Autoritäten, in erster Linie die Armee, gegen die AKP. Das ist der Kern der Auseinandersetzungen auf der höchsten Ebene der Politik in der Türkei.

Die allgemeinen Parlamentswahlen

Die repräsentative Demokratie in der Türkei hat einen antidemokratischen Charakter. Das politische Gefüge unterliegt der Vormundschaft des Militärs. Folglich darf man, um ins Parlament einziehen zu können, nicht im Widerspruch stehen zu den nationalen Werten, deren Wächterin die Armee ist. Anders formuliert: Man muss im Sinne der offiziellen Staatsideologie Politik betreiben. Diese offizielle Ideologie der türkischen Republik ist der Kemalismus, ihre Philosophie: „eine Nation, eine Religion, ein Land und eine Sprache". Die offizielle Ideologie ist eine militärische, die vom Nationalen Sicherheitsrat, von Institutionen, in denen das Militär am stärksten vertreten ist, produziert wird. In einem solchen Umfeld ist es unmöglich, dass Differenzen im parlamentarischen System vertreten werden, das wurde durch entsprechende Gesetze verhindert. Politische Parteien, die ins Parlament wollen, müssen gemäß der Staatsraison, die durch die Verfassung zwingend vorgeschrieben ist, gegründet sein und arbeiten. Das parlamentarische System der heutigen Türkei funktioniert nur gemäß der Politik zweier politischer Parteien, der AKP und der CHP. Diese sind erneut die Favoriten der Wahl im November. Den Umfragen zufolge sollen diese beiden Parteien als die stärksten aus der Wahl hervorgehen. Die AKP, durch die Stimmen der konservativ-religiösen Kreise der Gesellschaft an die Macht gelangt, erhofft sich dieselbe Unterstützung für die bevorstehende Wahl. Aber die Spannungen mit dem Staatspräsidenten und der Armee vermitteln den Eindruck, dass die AKP zwar die Regierung stellt, aber nicht an der Macht ist. Sie konnte die Versprechen an ihre „Turban-WählerInnen" nicht einlösen, daher kann es zu Stimmverlusten bei diesen Kreisen kommen. Die AKP gewann aber auch die Sympathie liberaler WählerInnen, indem sie den Beginn für den EU-Mitgliedschaftsprozess markieren konnte. So ist im Endeffekt eine große Veränderung ihres Wahlergebnisses kaum wahrscheinlich. Die Situation der CHP ist keine gravierend andere. Die CHP, die seit ihrer Entstehung am kemalistisch-nationalistischen Kurs festhält, jedoch gleichzeitig einem „linken" Diskurs anhängt, konnte in das Parlament einrücken, erlebte aber einen ersten Wandel unter ihren WählerInnen. Es ist schon jetzt klar, dass

die alevitische Basis für die „Linken“ ihre Stimmen das nächste Mal nicht der CHP geben wird. Doch es scheint, dass die CHP diese Lücke durch nationalistische Stimmen wird schließen können. Der wachsende Nationalismus spielt auch in den Wahlberechnungen der anderen Parteien eine große Rolle. DYP, ANAP, MHP, BBP werben in erster Linie um die Stimmen dieser Wählerschaft. Je näher die Wahlen rücken, umso eher kann es auch zu einem Wahlbündnis zwischen den genannten Parteien kommen. Vor allem diejenigen, die sich als Hüter des Regimes gerieren (Staatspräsident und Armee) werden das Anti-AKP-Bündnis zwischen der CHP und den anderen Parteien unterstützen. Ein Wahlbündnis steht für die AKP gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung. Doch sollte es dazu kommen, so wird sie entweder DYP oder ANAP bevorzugen. Die außerparlamentarische Linke plädiert für eine Einheit demokratischer Kräfte, obwohl sie ihre Wahlstrategie noch nicht klar festgelegt hat. EMEP, ÖDP, DTP und SDP sind die wesentlichen Parteien dieser Front. Sie hatten auch schon in der Vergangenheit Wahlbündnisse geschlossen, blieben aber aufgrund der 10-%-Wahlhürde außerhalb des Parlaments.

Die gesellschaftliche Tendenz

Das Hauptproblem der Türkei ist ihr mangelndes Demokratisierungsvermögen. Aus diesem Grunde ist sie nicht in der Lage, Lösungen für sensible Themen wie die kurdische Frage, den Genozid an den ArmenierInnen und die Zypernfrage zu entwickeln. Die offizielle Staatsideologie abstrahiert die Türkei von äußeren Entwicklungen in einer sich globalisierenden Welt und schottet die Innenwelt ab. Sie hält an der Tendenz fest, den Status quo gegen die sich wandelnden Bedingungen in der Welt und der Region zu bewahren. Der zentrale Faktor, der die Türkei zu Veränderungen zwingt, ist die kurdische Frage. Deren Lösung auf demokratischer Grundlage wird die Philosophie von „einer Sprache, einer Religion und einer Nation“ außer Kraft setzen. Das wiederum bedeutet den Bankrott der offiziellen Ideologie. Deshalb sind die Hüter des Regimes wie die Armee, das Parlament, die Bürokratie und die Medien nicht an einer Lösung der kurdischen Frage interessiert. Das Beharren darauf wird als Behauptung des Regimes und des Status quo betrachtet. Dies wiederum führt zur Stagnation des EU-Mitgliedschaftsprozesses und zur ständigen Krise mit den Nachbarstaaten, oder anders ausgedrückt, die Türkei wird aus der sich wandelnden Welt gedrängt. Die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft werden über die Medien manipuliert, welche die Menschen mit der „Teilungsphobie“ belagern und somit rassistischen Strukturen den Weg ebnen. Die Lynchversuche an Kurden und der Mord am armenischen Journalisten und Schriftsteller Hrant Dink sind Resultate eines solchen Verständnisses. Die auf diese Weise motivierten gesellschaftlichen Tendenzen bei Wahlen werden so mehr oder weniger geformt. Die Diskussionen in den Medien über den „wachsenden



Mitglieder der Partei der demokratischen Gesellschaft Newroz in Diyarbakır Foto: DIHA

Nationalismus“ werden der Gesellschaft durch die Zusammenarbeit von Politik und Medien aufgezwungen.

Die 10-%-Wahlhürde

Die unter dem Einfluss des Militärputsches entstandene Verfassung markiert die Eckpunkte für das Wahlgesetz im eigenen Interesse. Das Auffälligste am Parteien- und Wahlgesetz ist, dass es keiner gesellschaftlichen Schicht ein Vertretungsrecht zugesteht. Dies wurde dadurch garantiert, dass die Latte sehr hoch gelegt wurde, um ins Parlament einziehen zu können. Die 10-%-Hürde bedeutet folglich, dass eine politische Partei für den Einzug ins Parlament 10 % aller abgegebenen Stimmen erhalten muss, ausgehend von den 42 Mio. WählerInnen 2002 also mindestens 4 Mio. Stimmen. Die Tatsache, dass die nicht religiösen und nicht nationalchauvinistischen Kreise bislang diese notwendigen Stimmen nicht erzielen konnten, offenbart den Charakter der Gesellschaft in der Türkei und warum bei der letzten Wahl 2002 nur die „islamistische“ AKP und die „kemalistische“ CHP die 10-%-Hürde nehmen konnten. Aufgrund dessen schafft es eine Partei, die landesweit unter 10 % bleibt, unabhängig von ihrer Stimmenzahl in den Regionen, nicht ins Parlament. Der einzige Weg, um nicht an der Wahlhürde zu scheitern, ist der, mit unabhängigen KandidatInnen anzutreten. Für diese gilt die Regelung, dass sie im Rahmen des regionalen Kontingents die meisten Stimmen auf sich vereint haben müssen. Anders formuliert: in einer Stadt, die vier Abgeordnete stellt, über 25 % der abgegeben Stimmen. Doch die im Parlament vertretenen Parteien sind bemüht, auch für die unabhängigen KandidatInnen rechtliche Hürden aufzubauen.

Abschließend

Zum Verständnis der allgemeinen politischen Situation der Türkei ist man gezwungen, die Beziehungen der drei wichtigsten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, Gesellschaft – Politik – Staat, zu analysieren. Die Ursachen für die sozialpolitischen Krisen der Türkei liegen sehr weit zurück, aktuell lässt sich zusammenfassend sagen: Die von der Armee gegründete und gehütete Republik entwickelte sich zu einem antidemokratischen und oligarchischen System. Die Gesellschaft bedarf zwar eines Wandels, kann sich aber nicht aus dem Teufelskreis von Konservatismus und Dogmatismus befreien. Die politische Instanz hingegen ist weit davon entfernt, ihre Rolle des Wandelns und Reformierens wahrzunehmen. Sie ist traditionell und antidemokratisch. Die Türkei befindet sich also in einer endlosen Spirale. Die von der Armee eingeengte politische Instanz verfügt nicht über die Fähigkeit der Zukunftsorientierung für die Türkei. Betrachtet man die politischen Parteien genauer, so erkennt man, dass sie sich längst mit ihrer Position abgefunden haben und gar nicht die Absicht haben, diese Situation zu verändern. Daher wird unter „Politik machen“, „ins Parlament einziehen“, „an die Macht kommen“ nicht verstanden, die demokratische Zukunft der Türkei vorzubereiten, sondern der Gebrauch der öffentlichen Ressourcen für die eigenen Interessen und ihre Verteilung an die eigenen WählerInnen. Staat/Armee sowie die lahme, konservative Bürokratie haben die politischen Organe vor allem mit dem Militärputsch gebrochen und sie daran gehindert, einen demokratischen Charakter anzunehmen. Aber auch die politischen Instanzen sind weit von dem Ziel entfernt, das Land und seine Gesellschaft mit modernen, demokratischen, zivilisierten Werten zu fördern. Daher scheint es unmöglich, die Türkei mit der gegenwärtigen Mentalität und diesen politischen Strukturen in ein demokratisches und modernes Land zu entwickeln. Bei der dargelegten Funktion des Staates und der politischen Institutionen bleibt nur noch die Gesellschaft übrig, d. h. sie zu demokratisieren, die Aneignung der Demokratie durch die Gesellschaft. Das wiederum läuft über außerstaatliche Strukturen. Es ist notwendig, mit unterschiedlichen zivildemokratischen Konstruktionen in die Politik einzugreifen und gegen antidemokratische Institutionen, Gesetze und Verfahren demokratische Alternativen zu schaffen. ♦

DTP protestiert gegen Verhaftungen
Die DTP Istanbul hat mit einer Kundgebung gegen die Festnahme- und Verhaftungswelle gegen die Partei protestiert. Wie der Vorsitzende des DTP-Provinzverbandes Istanbul, Doğan Erbaş erklärte, befinden sich zurzeit fünf Provinzvorsitzende und über 50 Vorstandsmitglieder im Gefängnis. Als jüngstes Beispiel seien am heutigen Tag in Bursa der Provinzvorsitzende sowie sieben weitere Vorstandsmitglieder festgenommen worden. Weiterhin verwies Erbaş auf den Prozess gegen 56 Bürgermeister aufgrund eines Briefes an den dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen, in dem sie sich gegen eine Schließung des von Dänemark aus sendenden kurdischen TV-Kanals Roj TV ausgesprochen hatten. „Es gibt keinen DTP-Bürgermeister mehr, gegen den kein Ermittlungs- oder Strafverfahren eingeleitet worden ist“, erklärte Erbaş.
Unterdessen laufen vor allem in Cizre die Proteste gegen die Verhaftung des dortigen Bürgermeisters Aydin Budak weiter. Nach seiner Verhaftung waren spontan Tausende Menschen auf die Straße gegangen, um ihre Solidarität mit ihrem Bürgermeister zum Ausdruck zu bringen.
Quelle: ANF, 09.04.2007, ISKU

Erneut Gift-Brief an DTP-Bürgermeister
Nach den DTP-Bürgermeistern von Hakkâri, Kayapinar und Diyarbakır hat auch der Bürgermeister von Bostanici einen Brief mit der Unterschrift Laz Direnc, in dem eine giftige Substanz enthalten war, erhalten. Zwei Angestellte der Stadtverwaltung, die mit der Substanz in Berührung kamen, wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Auf einem Stück Papier stand neben einer abgebildeten türkischen Fahne lediglich der Satz „Tod der DTP“.
Quelle: ANF, 10.04.2007, ISKU

Verfahren gegen Turk und Zana wegen ’Verehrter Öcalan’
Das republikanische Gericht in Amed hat gegen den Vorsitzenden der DTP, Ahmet Türk, und die ehemalige Parlamentarierin der DEP wegen ihrer Reden auf der Newrozfeier in Amed eine Untersuchung eingeleitet, da diese in ihren Reden „Verehrter Öcalan“ gesagt hatten.
Quelle: DIHA, 22.03.2007, ISKU

Druck auf DTP wird verstärkt

Interview mit Selma Irmak, Mitglied des Parteirats der DTP

Als DTP haben Sie Ende Februar Ihren außerordentlichen Kongress durchgeführt. Warum war der notwendig?

Der außerordentliche Kongress unserer Partei fand am 28. Februar 2007 statt. Der Beschluss wurde seitens des Parteirats gefasst. Nach langen Diskussionen innerhalb des Parteirats wurde festgestellt, dass sich nicht alle seine Mitglieder ausreichend in die Arbeit einbringen, um der kritischen und intensiven Phase gerecht zu werden, unzureichend bei der Entwicklung der Politik sind und ihrer Rolle und Mission nicht gerecht werden. Daher kann diese Entscheidung als Bestrebung verstanden werden, sich neu zu formieren, als Selbstkritik der Partei gegenüber der Bevölkerung und als Anstrengung, der Phase besser begegnen zu können.

Welche zukunftsweisenden Beschlüsse wurden getroffen?

Der wichtigste Beschluss unseres Kongresses besagt, dass unsere Partei eine bedeutende Mission bei der Bildung starker Bündnisse in der Türkei erfüllt. Des Weiteren trat die Entschlossenheit in den Vordergrund, neue politische Offensiven auf dem Weg, eine Partei der Türkei zu werden, zu starten und bei der Lösung der kurdischen Frage ihrer Rolle gerecht zu werden.

In der Türkei finden in diesem Jahr die Parlamentswahlen statt. Die 10-%-Wahlhürde stellt für Parteien wie die Ihre ein großes Hindernis dar, das den Einzug ins Parlament verhindert. Sie hatten auch eine Beschwerde beim EGfMR eingereicht, doch dieser sieht in der 10-%-Hürde keine Rechtsverletzung. Dafür fordert die EU die Türkei im EU-Annäherungsprozess auf, die Wahlhürde zu reduzieren. Wie bewerten Sie den Beschluss des EGfMR?

Das Wahlsystem in der Türkei und die 10-%-Wahlhürde sind eine große Schande für das parlamentarische System und für die Demokratie. Aber die Türkei beharrt darauf, um zu verhindern, dass die Kurden ins Parlament einziehen. Die 10-%-Hürde stellt eine sehr gravierende Rechtsverletzung dar, mit der verhindert wird, dass der politische Wille des Volkes im Parlament vertreten ist. Aber auf unsere Beschwerde hin hat der EGfMR die 10-%-Hürde, wie Sie auch erwähnten, nicht als Rechtsverletzung eingestuft. Wir betrachten diesen Beschluss eher als eine politische denn eine juristische Entscheidung und diese Haltung als Teil eines Konzepts, das seit einiger Zeit gegen die Kurden zu entwickeln versucht wird. Die Forderung der EU an die Türkei, die 10-%-Hürde zu senken, ist positiv zu sehen. Aber das reicht nicht aus. Die EU muss für die Demokratisierung der Türkei und bei der Lösung der kurdischen Frage aktiver werden.

Wie sieht Ihre Wahlvorbereitung aus?

Es herrscht in der Türkei gegenwärtig eine Wahlatmosphäre. Wir haben unsere Aktivitäten ebenfalls intensiviert, um uns als DTP gut vorbereitet in den Wahlkampf begeben zu können. Als eine Partei, die den Anspruch hat, Demokratie in der Türkei erschließen zu wollen, sagen wir, dass es notwendig ist, dass alle Unterschiedlichkeiten im Parlament vertreten sind. Hierfür ist es unumgänglich, dass die notwendigen Vorkehrungen, Reduzierung der Wahlhürde eingeschlossen, getroffen werden. Unserer Parteipolitik zufolge vertreten wir prinzipiell den Standpunkt, in einem Wahlbündnis mit den demokratischen Kräften der Türkei zur Wahl anzutreten. Wir sind davon überzeugt, dass demokratische Kräfte und ein starkes Linksbündnis eine prägende Rolle bei der Lösung der Probleme in der Türkei spielen kann. Daher halten unsere Bemühungen auch weiterhin an, mit allen demokratischen Kräften, die an Lösungen interessiert sind, zusammenzukommen. Wir ziehen es dennoch vor, mit unserem eigenen Namen DTP anzutreten. Unabhängige Kandidaturen sehen wir als die letzte Option.

In letzter Zeit ist eine Zunahme der Repression gegen Ihre Partei zu beobachten. Wer steckt hinter diesen Festnahmen und Durchsuchungen?

Der Druck auf unsere Partei wurde in der letzten Zeit intensiviert. Wir sehen darin eine klare Botschaft. Beharrlich versucht man uns auf eine andere Linie zu bringen. Unsere Partei soll vor der Wahl geschwächt und kriminalisiert werden. Somit soll die Grundlage für ein Gewaltkonzept geschaffen werden. Die unentschlossene und inkonsequente Haltung der AKP-Regierung bei der Lösung der kurdischen Frage, die bevorstehende Staatspräsidentenwahl und weitere Kalkulationen, die die Regierung die kurdische Frage der Armee überantworten lässt, erklären den Verhaftungsrausch. Auf der Grundlage der Politik, die kurdische Frage „durch Vernichtung für nichtexistent zu erklären" stehen wir einem neuen Konzept gegenüber. Trotz des Appells unserer Partei für einen Waffenstillstand halten die Militäroperationen in ihrer vollen Intensität an, anstatt eine unabhängige Gesundheitsdelegation nach Imralı zu entsenden, um die Behauptung zu untersuchen, Herr Öcalan werde vergiftet, wurden die Pfeile auf unsere Partei gerichtet. Die Festnahmen der vom Volk gewählten Bürgermeister, die schon an Perversität grenzenden Repressionen können nicht losgelöst voneinander behandelt werden. Wir haben in der Vergangenheit die Schäden und die unkorrigierbaren Zerstörungen als Folgen der Repressionspolitik gemeinsam erlebt und waren deren Zeugen. Es ist offensichtlich, dass diese Politik auch in Zukunft keinen Erfolg haben wird. ♦

Deutschland, Österreich und Schweiz machen den Weg frei für den Ilısu-Staudamm

Widerstand zur Rettung Hasankeyfs – wichtiger denn je!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Mit großer internationaler Unterstützung haben wir am 23. März 2007 den *Park der Hoffnung und Solidarität* bei Hasankeyf eröffnet. Das Pflanzen von Bäumen im geplanten Überschwemmungsgebiet ist ein Zeichen des Widerstandswillens und der breiten Solidarität gegen das geplante Ilısu-Staudammprojekt am Tigris. Auch diese breite Protestaktion mit internationaler Beteiligung ignorierend hat einen Tag später die Bundesregierung Deutschlands die viel kritisierte Hermes-Bürgschaft endgültig zugesagt. Deren Bekanntgabe veranlasste den österreichischen Finanzminister noch am gleichen Tag und am 29. März den Bundesrat der Schweiz, auch eine endgültige Exportkreditgarantie für das jeweilige Unternehmen ihres Landes auszusprechen. Somit sind die Kredite aller drei Staaten für den Bau des Ilısu-Staudammes sogar früher als erwartet bewilligt worden.

Die türkische Regierung hatte ein Ultimatum bis zum 30. März für die Entscheidungen gestellt. „Wenn die Entscheidung nicht bis zu diesem Termin getroffen würde", so die türkische Regierung, „werden wir eine Zusammenarbeit mit anderen Partnern vorziehen." Ende Dezember 2006 wurde bereits durch die Intervention der Bundeskanzlerin Angela Merkel beim türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan ein ähnliches Ultimatum abgewendet.

Für die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ist die absurde Drohung ausschlaggebend, dass chinesische Unternehmen im Falle einer Ablehnung Interesse zeigen könnten. „Die chinesische Regierung würde von ihren Unternehmen für die Garantie der Exportkredite keine Standards verlangen. Daher sollten wir das Projekt mit ihnen durchführen."

Ob chinesische Unternehmen an dem Projekt überhaupt Interesse haben, ist eher unwahrscheinlich und sei dahingestellt. Die drei Regierungen benutzen das Argument als Vorwand, um mit ihren eigens entwickelten Kriterien, Standards und Werten zu brechen. Die Folgen des Projekts sind den Regierungen und Unternehmen bekannt: Mit ihren Entscheidungen werden Deutschland, Österreich und die Schweiz aktiv zu der Vertreibung von mehreren zehntausend Menschen, der Zerstörung eines einmaligen kulturellen Erbes in Ober-Mesopotamien, der Vernichtung des Tigris-Tals sowie eines der wenigen erhaltenen Ökosysteme der Türkei beitragen. Zudem sorgt der Beschluss für eine enorme Verschärfung der Konflikte mit der irakischen Regierung, der autonomen kurdischen Region im Nordirak und um die kurdische Frage. Die Unternehmen würden das Projekt ohne die Garantien ihrer jeweiligen Regierungen nicht umsetzen.

Der Grundstein für den *Park der Hoffnung und Solidarität* ist gesetzt

Weitere Bäume der Solidarität für Hasankeyf!

Am 23.3. wurde nahe der Stadt Hasankeyf ein Kulturpark zum Erhalt der Region Hasankeyf, die ein Weltkulturerbe mit einer über 10 000-jährigen Geschichte ist, eröffnet. Zahlreiche europäische, türkische und kurdische AktivistInnen und Abgeordnete pflanzten dort Bäume der Solidarität.

Mittlerweile haben die Bundesregierung sowie die Regierungen Österreichs und der Schweiz dem Konsortium, das den Staudamm bauen will, Exportkreditgarantien bewilligt.

Durch den Bau des Ilısu-Staudamms würden 95 Dörfer zerstört, mehr als 55 000 Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Der Staudammbau hätte darüber hinaus verheerende ökologische Konsequenzen. Er wäre schlichtweg eine Katastrophe. Zusätzlich provoziert der Staudammbau Konflikte um die Ressource Wasser im gesamten Mittleren Osten.

Wir werden in diesem Jahr den *Park der Hoffnung und der Solidarität* ausbauen und erweitern und weitere 1000 Bäume gegen die Ignoranz der an den Planungen beteiligten Regierungen und Unternehmen pflanzen. Sie stehen als Zeichen der Hoffnung und Vernunft für eine friedliche und an den Interessen der Bevölkerung orientierten Entwicklung der Region.

Jetzt erst Recht! Widerstand braucht Unterstützung!
Das Kulturerbe Hasankeyf und das Tigris-Tal müssen erhalten bleiben!
Keine Vertreibung und Zerstörung von Mensch und Natur!

Unterstützt diese Initiative aktiv und spendet für sie!
Die Unkosten pro Baum betragen 40,– Euro.

Konto: ISKU
PB Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr.: 39 68 506
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF
Stichwort: Ein Baum fuer Hasankeyf



Der Aktionstag zur Einweihung des Kulturparks bei Hasankeyf Foto: A. Bender

Für die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz waren offensichtlich bei ihrer Entscheidung der Profit ihrer Unternehmen sowie die verbesserte Machtposition der türkischen Regierung ausschlaggebend. Der Bau des Ilısu-Staudammes ist nur eines der in dieser Konstellation geplanten Vorhaben von über hundert weiteren Wasserkraft- und Talsperrenprojekte in der Türkei.

Das mit der Türkei ausgearbeitete und am 30. März veröffentlichte Abkommen[1] mit 150 Auflagen mit Richtlinien wie Mitbestimmung und Information der Bevölkerung zur Umsetzung des Ilısu-Projektes ist nichts weiter als ein Lippenbekenntnis und Alibi. Bereits vorweg hat sich gezeigt, dass diese nur zur Aufpolierung des eigenen Firmenimages dienen und in der Realität völlig ignoriert werden. Wenn die Türkei die Auflagen einhalten würde, könnte das Ilısu-Projekt nicht gebaut werden. Es ist von Grund auf ein zerstörerisches Projekt. Es muss gestoppt werden. Stattdessen sollten endlich mit der Bevölkerung und den regionalen Vertretern die umfangreichen Alternativen für eine regionale Entwicklung diskutiert werden.

Laut den beteiligten Regierungen gehe angeblich die Verpflichtung des Abkommens zu sozialen Standards der Türkei „weit über die bisher bei Staudamm-Projekten geübte Praxis hinaus“. Dem müssen wir entschieden widersprechen:

Internationale Aktion in Hasankeyf gegen den Ilısu-Staudamm – *Park der Hoffnung und der Solidarität* im Flutungsgebiet eröffnet!

♦ Wir, die von dem Staudamm betroffenen Menschen, wurden über das Bauvorhaben kaum informiert. Unsere Anfragen und Gesprächsangebote wurden nicht beantwortet. Im Gegenteil: Die Kritiker des Projekts werden massiv kriminalisiert. Zu den Protestaktionen schickte die türkische Regierung ein umfassendes Militäraufgebot. Und der Gouverneur der Provinz Mardin bezeichnete die Staudamm-Kritiker als „Helfer von Terroristen“. Gegen diese Verleumdung haben wir Anzeige erstattet. Die Vorgehensweise der türkischen Regierung und des Militärs ist nicht dem Abkommen entsprechend, geschweige denn fortschrittlich.

Angesichts dieser Vorkommnisse und der Anzahl der Staudämme, die weltweit bereits gebaut wurden, wird sehr deutlich, wie die beteiligten Regierungen und Unternehmen ihre Interessen gegenüber der jeweiligen Bevölkerung von der jeweiligen Landesregierung durchsetzen lassen.

♦ Die wichtigsten vorhandenen Kulturschätze sollen abgebaut und in einem neu geschaffenen Hasankeyf-„Kultur-Park“ wieder aufgebaut werden. Damit soll angeblich das kulturelle Erbe gerettet werden. Das ist absurd und respektlos. Namhafte Wissenschaftler aus der Türkei und Europa erklären, dass ein solches Vorhaben technisch unmöglich sei. Die Bauwerke, bisher wurden 300 gezählt, können wegen ihrer Bausubstanz gar nicht transportiert werden. Darüber hinaus: Wie will man beispielsweise Teile der Felsen-Burg retten? Wie will man die einzigartigen 6000 Höhlen versetzen? Darüber hinaus werden in der Umgebung von Hasankeyf knapp 300 weitere archäologische Stätten überflutet. Nur an vierzehn dieser Fundorte wurde bisher mit den Ausgrabungen begonnen.

Wenn die drei europäischen Regierungen behaupten, dass in einem neuen „Kultur-Park“ die wichtigsten Bauwerke wieder aufgebaut werden, ist das für die Völker, die hier gelebt haben und leben, eine herablassende Beleidigung gegenüber der Vielseitigkeit ihrer Kulturen.

Am 23. März wurde nahe der antiken Stadt Hasankeyf ein Kultur-Park der besonderen Art eröffnet: Mitten im Ilısu-Stausee-Gebiet eröffnete unsere *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* zusammen mit der internationalen



Hundert Bäume wurden an diesem Tag gepflanzt, das Ziel für dieses Jahr sind 1000 Foto: A. Bender

1- siehe dazu: www.ilisu-wasserkraftwerk.com

Menschenrechtsaktivistin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises Bianca Jagger und dem Bürgermeister von Hasankeyf Abdul Vahap Kusen einen „Park der Hoffnung und der Solidarität“. Gemeinsam mit zahlreichen Gästen aus ganz Europa und der Türkei wurden über 100 Bäume in einer feierlichen Zeremonie am Ufer des Tigris gepflanzt – weitere sind geplant. Mit dieser Aktion soll ein Zeichen des Widerstands gesetzt werden. Wir werden unabhängig von den Entscheidungen zur Finanzierung des Staudamms bis zum endgültigen Stopp des Ilısu-Projektes weiter kämpfen. Die Aktion verdeutlicht auch die national und international aus allen Kreisen steigende Solidarität mit den betroffenen Bewohnern des Tigris-Tals.

Der Vertreter der europäischen Ilısu-Kampagne Ulrich Eichelmann vom WWF Österreich erklärt seine Gründe für seine Beteiligung: „Wir wollen mit dieser Initiative ein zweifaches Signal senden: Zum einen ein Zeichen der Solidarität an die Menschen vor Ort. zum anderen an die Politiker und Baufirmen in Europa, dass der Widerstand weiter geht.“

Bianca Jagger forderte von den Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, keine Export-Bürgschaft für das am umstrittenen Ilısu-Staudamm beteiligte Konsortium zu gewähren: „Angesichts dieser atemberaubenden antiken Stadt bin ich mehr denn je überzeugt, dass die Verwirklichung dieses Projekts ein Verbrechen gegen die fundamentalen Rechte der Menschen, die hier leben, und gegen unser gemeinsames Kulturerbe wäre. Ich bin tief besorgt über die zerstörerischen Auswirkungen, die der Damm auf das Leben zehntausender Menschen haben wird. Ich fürchte das Konfliktpotenzial um die Ressource Wasser, das der Damm für den ganzen Mittleren Osten birgt. Ich fordere Kanzlerin Angela Merkel als aktuelle EU-Ratspräsidentin und den österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer auf, keine Export-Haftung für den Staudamm zu genehmigen, da das Projekt den Bekenntnissen der EU zu Menschenrechten und Umwelt- und Sozialstandards widerspricht.“

Der Bürgermeister Kusen sagte: „Wir sind hier gegen das Projekt. Wir wurden weder informiert noch waren wir an den Planungen beteiligt. Wir wollen keine Zukunft, die auf der Zerstörung unserer Kultur und Herkunft beruht. Die Menschen leben hier seit über 10.000 Jahren und jetzt soll alles in einem Riesenstausee versinken?“ ♦

Das ILISU-Staudammprojekt ist ein rein militärisches Projekt

Die Politik der Vernichtung der kurdischen Kultur und der kurdischen Bevölkerung wird von der türkischen Regierung in Kurdistan systematisch fortgesetzt.

Das kurdische Volk steht schon wieder unter extremer Bedrohung. Massaker, Vernichtung kultureller Werte ohne die Einhaltung von Grenzen und Gesetzen sowie Vertreibung aus und die Zerstörung von den Dörfern ist in Kurdistan wieder Alltag geworden.

Der Ilısu-Staudamm, das geplante Bauprojekt bei der nahe gelegenen uralten Kulturstätte Hasankeyf, ist repräsentativ für die Politik der türkischen Regierung. Energieerzeugung und damit die Schaffung einer Ökonomisierung des Ostens der Türkei sind vorgeschobene Ziele, deren Erreichen noch mehr als fraglich ist. Zudem wäre es ein Leichtes für diese Ziele, eine alternative und bessere Lösung zu finden. Trotz der Proteste der kurdischen Bevölkerung und zahlreicher nationaler und internationaler zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen diese Lügenpolitik ist die türkische Regierung immer noch entschlossen, das Projekt durchzusetzen und damit die Vernichtung der kurdischen Geschichte und Kultur fortzusetzen.

Es gibt reichlich Gründe, gegen dieses Bauvorhaben zu sein: Das Erbe einer 10.000 Jahre alten Zivilisation wird vernichtet. Die Reichtümer Mesopotamiens werden im Wasser ertränkt. Das Gleichgewicht von Ökologie und Natur in Kurdistan wird zerstört. Die Bevölkerung wird vertrieben. Die Lebensgrundlage der Viehzucht und des Ackerbaus, die das Grundeinkommen sichert, wird den Menschen entzogen und die Region so in eine schwerwiegende ökonomische Krise gestürzt. Deswegen verurteilen wir den geplanten Ilısu-Staudamm als ein militärisches Projekt.

Es ist nicht verständlich, dass ausländische Unternehmen und Banken als Teilhaber dieses Projekt mitfinanzieren und sich damit an der Vernichtungspolitik der türkischen Regierung gegenüber dem kurdischen Volk aktiv beteiligen.

Die Ausführungen machen deutlich, warum die HPG strikt gegen den Bau eines solchen Staudammes ist. Wir werden deswegen alle nötigen Schritte unternehmen, um den Bau zu verhindern.

Der Befreiungskampf hat der Weltöffentlichkeit gezeigt, wie sehr die kurdische Bevölkerung mit ihrer Geschichte, ihrem Erbe und ihrer Kultur verbunden ist.

Das kurdische Volk reagiert sensibel auf dieses Problem, es ist ein Desaster, auf dieses Projekt nicht zu verzichten.

Kurdistan ist ein Kriegsgebiet. Jeden Tag werden militärische Gefechte ausgetragen. Die Weltöffentlichkeit ist darüber informiert. Militärische Operationen werden den Bau ohnehin betreffen. Abgesehen davon wird das Bauvorhaben des Staudammes ein Angriffsziel darstellen, um die Fertigstellung zu verhindern.

Deswegen rufen wir alle Beteiligten auf, so schnell wie möglich von diesem Projekt Abstand zu nehmen.

Wir möchten der Weltöffentlichkeit erneut verdeutlichen, dass die HPG nicht verantwortlich für entstehende Schäden sowie Verluste sind.

Volksverteidigungskräfte HPG Hauptquartier

8. April 2007

Millionen KurdInnen in aller Welt feierten das Frühlings- und Freiheitsfest Newroz

Newroz Pîroz Be!

Nick Brauns

Den diesjährigen Newroz-Auftakt bildete am 16. März Berlin. In zwei Aufmärschen zogen 50 000 Kurden, die mit Bussen aus ganz Deutschland angereisten Demonstranten, vom Zoo und vom Alexanderplatz vor die Siegessäule. Auf der Abschlusskundgebung tanzten Tausende zur Musik bekannter kurdischer Sänger auf der Straße des 17. Juni. Neben vereinzelten kurdischen Nationalfahnen und den Fahnen der aus der Arbeiterpartei Kurdistans PKK hervorgegangenen Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) dominierten auf der Berliner Feier Bilder des auf der türkischen Gefängnisinsel Imralı lebenslänglich inhaftierten kurdischen Volksführers Abdullah Öcalan. Eine Sprecherin der legalen kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP aus der Türkei beschwor die Brüderlichkeit der Völker. Der Bundestagsabgeordnete Jan Korte übermittelte eine Solidaritätsadresse des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS. Ein Polizeisprecher lobte die „entspannte Feststimmung“. Dennoch nahm die Polizei 18 Demonstranten wegen Verstößen gegen das Vermummungsverbot oder dem Zeigen von Fahnen verbotener Organisationen fest.

In der Türkei war es bereits im Vorfeld des Newroztages zu massiven Repressionen gegen kurdische Politiker, Medien und Parteien gekommen. Über 250 Mitglieder der legalen kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP und ihres Jugendverbandes wurden landesweit bei Demonstrationen, Razzien in Parteibüros, Wohnungen von Parteifunktionären, aber auch dem Mesopotamischen Kulturzentrum in Istanbul festgenommen, 72 blieben in Haft. Ihnen drohen aufgrund des neuen Anti-Terror-Gesetzes mehrjährige Haftstrafen. Nachdem bereits das Erscheinen der prokurdischen Tageszeitung Gündem für zwei Monate verboten wurde, beschlagnahmte die Polizei auch alle Exemplare der Nachfolgezeitung Yaşanda Gündem an den Kiosken und schloss die Druckerei. Der Gündem wurde vorgeworfen, die PKK zu unterstützen, weil sie zehn Tage lang über die mögliche Schwermetallvergiftung Öcalans berichtet hatte.

Hintergrund der aktuellen Repressionswelle sind die anstehenden Präsidentschaftswahlen im Mai und die Parlamentswahlen im November. Nachdem die Armeeführung und die kemalistische Oppositionspartei CHP der islamisch-konservativen Regierung von Ministerpräsident Erdoğan Einknicken gegenüber dem kurdischen Nationalismus in der Türkei und dem Nordirak vorwarf, will die Regierung jetzt Härte demonstrieren.

Die DTP hatte wie im letzten Jahr eine Staffel von Feierlichkeiten an mehreren Tagen angemeldet, doch landesweit wurden fast alle Newroz-Veranstaltungen von den türkischen Behörden verboten, die nicht direkt am Newroz-Tag stattfanden. In den Tagen und Nächten vor Newroz löste die Polizei in Istanbul, Diyarbakır und anderen kurdischen Städten verbotene Demonstrationen mit Tränengasgranaten und Schüssen in die Luft auf und machte Jagd auf zumeist jugendliche Demonstranten, die Newroz-Feuer entzündet hatten. Durch Schüsse von paramilitärischen Dorfschützern wurden in Uludere in der Provinz Şirnak drei Menschen verletzt.

Bereits am Tag vor Newroz beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen an einer Newroz-Demonstration in der Stadt Yüksekova. Viele trugen Schilder mit der Aufschrift: „Sayin Öcalan“ (Sehr geehrter Herr Öcalan). Wegen dieser Höflichkeitsform waren kürzlich die Vorsitzenden der DTP zu Haftstrafen verurteilt worden.

Der oberste türkische Heeresgeneral Başbuğ hatte in Diyarbakır ein hartes Vorgehen der Sicherheitskräfte angedroht, wenn Newrozfeiern für „Separatismus“ – so der offizielle türkische Ausdruck für den Wunsch der Kurden nach Anerkennung ihrer Rechte – ausgenutzt würden. Offenbar um diesen Drohungen Nachdruck zu verleihen, zog die Armee in der Provinz Şirnak massive Militäreinheiten, darunter Panzer und Kommandokräfte, zusammen.

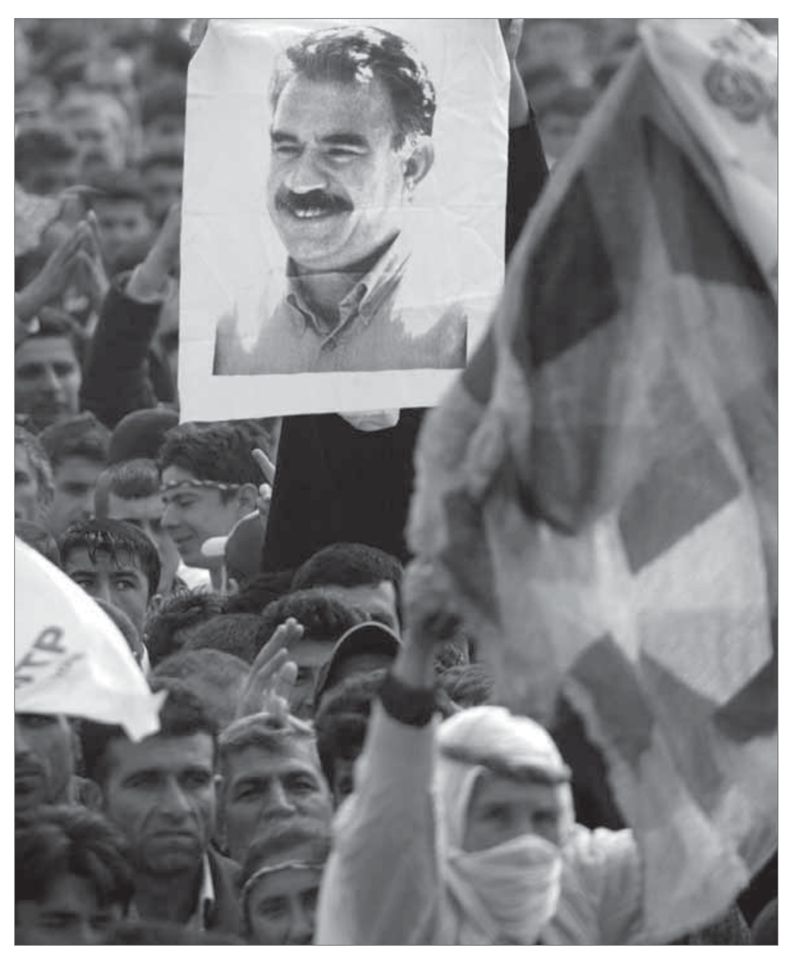
Die Feiern am 21. März blieben trotz dieser Drohungen und eines Großaufgebots der Sicherheitskräfte weitgehend friedlich. Über eine halbe Million Menschen strömten auf dem größten Fest in Diyarbakır zusammen, obwohl der Mittwoch ein Arbeitstag war. Hier waren hunderte Pressevertreter aus dem In- und Ausland sowie Beobachter von Menschenrechtsgruppen und Vertreter des Europäischen Parlaments anwesend. Vermummte Aktivisten zeigten in der Menge ein Großtransparent mit den Bildern der PKK-Gründer Mazlum Doğan, Kemal Pir, M. Hayri Durmuş und Abdullah Öcalan.

In anderen Städten der Türkei gingen ebenfalls Zehn- oder Hunderttausende auf die Straße. Feiern gab es unter anderem in den west- und mittelanatolischen

Städten Istanbul, Adana, Mersin, Izmir, Bursa sowie den nordkurdischen Städten Van, Antep, Batman, Siirt, Dersim, Malatya, Erzincan, Urfa, Mardin, Dersim, Ağri, Hakkari und Şırnak.

Insbesondere in der Westtürkei gehörten neben der DTP auch Vertreter türkischer sozialistischer Organisationen den Vorbereitungskomitees an. In Istanbul skandierten 50 000 Menschen auf dem Kazlıçeşme-Platz Parolen für die Brüderlichkeit der Völker. Auch zahlreiche Anhänger türkischer sozialistischer Organisationen wie der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten ESP, der Partei der Arbeit EMEP, der Sozialistisch-Demokratischen Partei SDP und von Arbeiterkampf beteiligten sich hier am Newrozfest. Immer wieder provozierte die Polizei, hinderte Bewohner der Stadtteile auf der asiatischen Seite Istanbuls an der Teilnahme am Fest und nahm rund 80 Demonstranten sowie das Vorbereitungskomitee fest.

Insgesamt wurden am Newroztag mehr als 350 Personen landesweit festgenommen - weil sie Tücher in den Farben rot-gelb-grün trugen, Reden in kurdischer Sprache hielten oder Parolen zugunsten der PKK und Abdullah Öcalans gerufen hatten.



Newroz in Amed/Diyarbakır   Foto: DIHA

Im Mittelpunkt stand auf allen Feiern in der Türkei die Haft- und Gesundheitssituation Öcalans. Die Guerilla der kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG hatte in einem Grußwort zu den Festen erklärt: „Das diesjährige Newroz soll als Symbol für die Anerkennung Abdullah Öcalans als Führung des kurdischen Volkes verstanden werden.“

In Diyarbakır sprachen neben dem DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk und dem Bürgermeister von Diyarbakır Osman Baydemir auch die langjährig inhaftierte ehemalige Parlamentsabgeordnete Leyla Zana: „Die Kurden haben drei Genossen. Alle drei sind sehr wertvoll und haben ihren besonderen Platz im Herzen der Kurden“, erklärte Leyla Zana, die jetzt dem Parteirat der DTP angehört, auf kurdisch vor der jubelnden Menge. „Da ist zuerst Onkel Jalal, der Präsident des Irak. Er ist ein kurdischer Anführer und glaubt an die Brüderlichkeit, er akzeptiert uns alle. Der zweite ist Onkel Masud, der Leiter der kurdischen Autonomieregion. Und der dritte ist derjenige, den ihr den Führer nennt: Er ist der Wille des kurdischen Volkes wie wir alle in unserem Herzen wissen – Öcalan. Alle drei sind unser Stolz, unsere Ohren, Herzen und Hirne. Sie sind tief in unsere Herzen eingraviert.“ In türkischer Sprache fuhr Zana fort: „Die Kurden haben während der Dardanellen- und Zypern-Kriege bewiesen, dass sie die Türken nicht betrügen. Die Kurden müssen Respekt vor den Werten anderer Völker zeigen, während sie ihre eigenen Werte hochhalten.“ Von der Regierung forderte Zana eine Volksbefragung der Kurden, ob sie gleichberechtigt mit den Türken gemeinsam oder getrennt leben wollten. „Ich bin sicher, sie würden sich für das Zusammenleben mit den Türken entscheiden.“

Abdullah Öcalan selber hatte Jalal Talabani und Mesud Barzani in einer Botschaft zu Newroz dagegen aufgrund ihrer Kollaboration mit den US-Besatzern kritisiert. Der kurdische Volksführer warnte davor, den USA, die ihn 1999 an die Türkei ausgeliefert hatten, zu vertrauen. Die USA seien nicht im Nahen Osten, um dem kurdischen Volk zur Freiheit zu verhelfen, so Apo. Tatsächlich schwieg Washington, als nach Informationen der Patriotischen Union Kurdistans pünktlich zum Newroztag Einheiten der türkischen Armee zu einer grenzüberschreitenden Militäroperation in den von den USA besetzten Nordirak einrückten, um einen seit langem angekündigten Großangriff auf PKK-Stellungen vorzubereiten. ♦

Wir waren schon immer ein ziviles Camp und wir sind heute nichts anderes

Verwirrspiel um Maxmur

Zinarîn, Maxmur

Es ist schon fast zu einem Ritual geworden, in jedem Winter den Status des Flüchtlingscamps Maxmur auf internationaler Ebene zu diskutieren. Allerdings haben bislang die runden Tische, die in der Absicht initiiert worden waren, die vor mehr als zwölf Jahren in den Nordirak geflohenen KurdInnen in die Türkei zurückzuführen, keinerlei praktische Konsequenzen gezeigt. Nicht etwa, weil die Flüchtlinge eine Rückkehr in ihre Heimatdörfer kategorisch ablehnten, sondern aus dem ganz einfachen Grunde, weil die türkische Regierung bislang nichts an ihrer Haltung gegenüber den KurdInnen geändert hat und unvermindert auf Gewalt setzt, wann immer KurdInnen ihre Rechte auf gleichwertige Partizipation als StaatsbürgerInnen einfordern. Nur nebenbei gesagt, alle Verhandlungen Maxmur betreffend fanden hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Betroffenen selbst statt. Und auch die von Seiten des Maxmur-Camps eingereichten Forderungskataloge haben in den Verhandlungen bislang keine Berücksichtigung gefunden.

Eine neue Chance, die Auflösung des Flüchtlingscamps zu fordern, witterte die Türkei im letzten Herbst, nachdem mit Joseph Ralston ein PKK-Sonderkoordinator von der Bush-Regierung ernannt worden war. Sofort begann die Türkei mit ihrer alten Leier vom PKK-Terroristencamp. Bedauerlicherweise widersprach erst einmal niemand öffentlich dieser leeren Behauptung, nicht einmal die Sprecher des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, obwohl das Camp von Beginn an unter dem Schutz des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) steht und von dessen VertreterInnen regelmäßig besucht wird, so dass man von dieser Seite her genauestens über alle Vorgänge im Camp informiert ist und die Geschichte der nach Maxmur Geflohenen in allen Einzelheiten kennt. Aus diesem Grunde konnte die Hetzkampagne gegen das Camp wochenlang in allen Medien, nicht nur den türkischen, ungehindert ausgebreitet werden. Seinen Höhepunkt sollte der Diffamierungsfeldzug in einer Durchsuchung des Camps auf Waffen durch US-amerikanische Soldaten und kurdische Peschmerga Mitte Januar dieses Jahres finden, aber an jenem Tag lag das Lachen ganz auf der Seite der Flüchtlinge. Der Sprecher des Camp-Komitees für Außenbeziehungen brachte die Sache auf den Punkt: „Wir waren schon immer ein ziviles Camp und wir sind heute nichts anderes." Folglich fanden sich im Camp keinerlei Waffen, nicht einmal eine einzige Kugel hatte die Durchsuchung zum Vorschein bringen können, wie das türkische Fernsehen an jenem Abend den Millionen von ZuschauerInnen mitteilte, denen man wochenlang die angeblich von Maxmur ausgehende Bedrohung einzureden versucht hatte. Aber um der ganzen Aktion dennoch einen spektakulären Anstrich zu geben, wurden – wie alle, die das Camp schon einmal besucht haben, auf den ersten Blick bemerkt haben dürften – neben Bildern aus dem Camp eine Reihe von Archivaufnahmen eingeblendet, die ausnahmslos nicht im Camp aufgenommen worden waren und die US-Soldaten bei der brutalen Stürmung irakischer Wohnungen zeigten. Denn in Maxmur hatten alle ihre Türen freiwillig geöffnet, wissend, dass es nichts zu verbergen gab. Somit ging dieser Punkt klar an die Flüchtlinge.

Kurze Zeit darauf verschafften sich sowohl Joseph Ralston als auch Richard Holbrook, Sprecher des US-amerikanischen Außenministeriums, selbst einen Eindruck vom Camp. Wie jede/r andere BesucherIn vor ihnen fragten auch sie die CampbewohnerInnen nach deren Problemen und Erwartungen und wie immer lautete die Antwort, dass man sich nichts so sehr wünsche wie die baldige Rückkehr in die heimatlichen Dörfer. Aber die Voraussetzung dafür, eine Rückkehr ins Auge zu fassen, seien ernsthafte Schritte von Seiten der Türkei hin zu demokratischen Veränderungen.

Die beiden Besuche verliefen ohne großes Aufsehen. Erstens, weil aus Sicherheitsgründen die Masse der Flüchtlinge im Vorfeld nicht unterrichtet werden konnte, und zweitens, weil das Camp in den letzten Jahren schon zu viel „hohen Besuch" gesehen hat, der letztendlich keine spürbaren Ergebnisse mit sich brachte.

Es war erst die lange erwartete Volkszählung, die im Februar den Alltag des Camps gründlich aus der Bahn geworfen hat. Zählung und Registrierung der Flüchtlinge waren schon lange überfällig, da seit der letzten Registrierung fünf Jahre vergangen waren, Jahre, in denen viele neue Menschen den Weg ins Camp gefunden hatten, ohne im offiziellen Register des UNHCR aufgenommen worden zu sein, während gleichzeitig im Camp eine ganze Reihe Kinder geboren worden waren. Diese vielen „Illegalen" konnten bislang in Planungs- und Versorgungsfragen nur unzureichend

berücksichtigt werden. Aber natürlich ging es bei der Registrierung um wesentlich mehr als die Versorgung des Camps mit Hilfsgütern. Hauptgrund für den nicht unwesentlichen Aufwand, der durch die mehrere Wochen andauernde Aktion entstand, war die Erhebung offizieller Daten und damit Sicherheit darüber, dass sich außer den registrierten Flüchtlingen keine anderen Personen im Camp aufhalten – in der Sprache der Türkei: keine „PKK-Terroristen“.

Die ganze Aktion verlief in zwei Stufen, in einem ersten Schritt wurden die BewohnerInnen aller Flüchtlingsunterkünfte gezählt und die neuen Daten mit früher erhobenen verglichen, gleichzeitig füllten die ZählerInnen Antragsformulare für neu hinzugekommene Familien aus. Wegen der guten Koordination zwischen den von Seiten des UNHCR verpflichteten ZählerInnen und den vielen freiwilligen HelferInnen aus den Reihen des Camps konnte die Zählung der fast 12 000 Flüchtlinge in nicht einmal einem Tag abgeschlossen werden. Der Irakverantwortliche des UNHCR war so beeindruckt von der vom Camp geleisteten Unterstützung, dass er persönlich dem Sprecher des Außenarbeitskomitees ein überschwängliches Dankschreiben schickte. Das ist zwar eine sehr aufmerksame Geste, aber andererseits ist es eine Selbstverständlichkeit für die offiziellen und inoffiziellen VertreterInnen des Camps, allen interessierten BesucherInnen, NGOs, RegierungsvertreterInnen und natürlich an erster Stelle MitarbeiterInnen des UNHCR helfend zur Seite zu stehen. Niemand, der mit dem Camp schon in irgendeiner Weise zu tun hatte, hat sich über mangelnde Unterstützung oder Gastfreundschaft beklagen können, am wenigsten der UNHCR.

Einige Tage, nachdem die persönlichen Daten eines jeden Flüchtlings aufgenommen und in den Computer übertragen worden waren, wurden sämtliche Familien der Reihe nach zum Photographieren in den Verwaltungskomplex des Camps gebeten. Alle bekamen dort sogleich einen Ausdruck ihres Datenbogens, der gleichzeitig die Grundlage für einen Flüchtlingsausweis darstellt, ausgehändigt.

Schon wenige Tage später fand im Hauptsitz des UNHCR in Genf eine Sitzung statt, auf der die Zukunft des Maxmur-Camps diskutiert werden sollte. Da aber den TeilnehmerInnen zu wenige Einzelheiten über die aktuelle politische und menschenrechtliche Lage in der Türkei vorlagen, wurden keine konkreten Beschlüsse gefällt. Rückkehrwillige sollen unterstützt werden, eine Rückkehr solle unter den derzeitigen Bedingungen jedoch nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Einzelheiten der Versammlung wurden dem Camp nicht mitgeteilt, nur so viel wurde bekannt gegeben: Es ist offiziell festgestellt worden, dass es sich bei Maxmur um ein ziviles Flüchtlingscamp handelt. Für die Zukunft ist angedacht, eine Umfrage unter den BewohnerInnen durchzuführen, bei der sich die Flüchtlinge entscheiden können sollen, ob sie im Irak verbleiben oder in die Türkei zurükkehren wollen. Diese Befragung ist bisher allerdings nur ein Gedanke, weil, wie gesagt, ausreichend Wissen darüber fehlt, wie sich die Lage für rückkehrwillige Flüchtlinge in der Türkei darstellt. In der Realität sieht es wohl eher so aus, dass die Türkei überhaupt noch kein Rückkehrkonzept erarbeitet hat, was auch schwer sein dürfte, solange der Krieg in Kurdistan weiter andauert. Aufgrund der unsicheren Lage im Irak wurde auch kein Wort mehr darüber verloren, ob die Flüchtlinge zwischenzeitlich mit Ausweisen ausgestattet werden – ursprünglich war die geplante Vergabe von Ausweisen, die die Teilnahme am öffentlichen Leben wesentlich vereinfachen sollte, als einer der Hauptgründe für die Neuregistrierung genannt worden.

Was ist also letztendlich das Ergebnis des ganzen Verwirrspiels um das Flüchtlingscamp Maxmur?

Was ist also letztendlich das Ergebnis des ganzen Verwirrspiels um das Flüchtlingscamp Maxmur? Kurz gesagt ist nicht mehr dabei herausgekommen, als immer schon bekannt war. Außer der aktualisierten Zahl der BewohnerInnen des Camps, die sich inzwischen auf 11 930 beläuft, wurden keine neuen Erkenntnisse gewonnen. Allerdings wird sich die türkische Regierung in Zukunft zurückhalten und Ausdrücke wie „Terroristencamp“ vermeiden müssen und das Argument, dass den in Genf Versammelten angeblich Informationen über die aktuelle Lage in der Türkei gefehlt hätten, scheint an den Haaren herbeigezogen zu sein. Von Menschen, die sich hauptberuflich mit Flüchtlingsangelegenheiten, Menschenrechten und Krieg beschäftigen, sollte man erwarten, dass sie einigermaßen informiert darüber sind, dass die Türkei ihre militärischen Operationen in Kurdistan in den letzten Monaten ausgeweitet hat, dass sie sich weigert, den von kurdischer Seite ausgerufenen Waffenstillstand anzuerkennen, dass sie nicht bereit ist, das so genannte Dorfschützersystem abzuschaffen, dass kurdische PolitikerInnen massenhaft mit Prozessen überzogen und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden und dass KurdInnen noch immer an der Ausübung ihrer kulturellen Rechte gehindert werden. Und was nicht nur die Flüchtlinge von Maxmur zutiefst beunruhigt, ist, dass sich die türkische Regierung weigert, ernsthafte Vorwürfe über eine planmäßige Vergiftung Abdullah Öcalans im Gefängnis von Imralı zu entkräften, indem sie ihre eigenen Untersuchungsergebnisse veröffentlichen und eine unabhängige Ärztekommission den Gesundheitszustand Abdullah Öcalans prüfen ließe.

Die Liste zur Lage der KurdInnen in der Türkei ließe sich beliebig fortsetzen. Man kann also nur vermuten, dass das „fehlende Wissen“ eigentlich nur dazu dient, weiterhin die Lage der KurdInnen in der Türkei zu verschleiern. Für die Flüchtlinge von Maxmur ist aufgrund dieser Tatsachen das Angebot zur „freiwilligen Rückkehr“ derzeit wenig einladend. Und so werden sie auf die Frage nach einer Rückkehr weiterhin antworten: Ja, natürlich, aber nur unter der Bedingung, dass **DIE TÜRKEI ENDLICH IHREN KRIEG GEGEN DIE KURDINNEN BEENDET UND DEN WEG FREI MACHT FÜR DEMOKRATISCHE VERÄNDERUNGEN!** ♦

Maxmur, 28. März 2007

IPPNW verleiht Auszeichnung an türkischen Kriegsdienstverweigerer

Osman Murat Ülke für Zivilcourage ausgezeichnet

Sven Hessmann, Pressereferent, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)

Keine Festnahmen, keine Polizei – am Ende sah man Erleichterung in vielen Gesichtern, Am 10. März trafen in Izmir etwa hundert KriegsgegnerInnen zusammen, um bei der Ehrung eines außergewöhnlichen Menschen dabei zu sein: Osman Murat Ülke, der in der Türkei konsequent für sein Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes eintritt und dafür seit Jahren extreme persönliche Nachteile in Kauf nimmt, wurde mit der Clara-Immerwahr-Auszeichnung der IPPNW ausgezeichnet. Bereits am 3. März 2007 veranstaltete die Ärzteorganisation IPPNW in Berlin eine Feierstunde mit Ülkes Stellvertreter Coskun Üskerci. Wenige Tage später reiste eine IPPNW-Delegation nach Izmir, um Ülke die Auszeichnung persönlich zu überreichen. Für Ülke ist es seit Jahren unmöglich, die Türkei zu verlassen.

In Westeuropa und gerade auch in Deutschland hat sich die Kriegsdienstverweigerung inzwischen juristisch und gesellschaftlich durchgesetzt, aber in der Türkei ist sie immer noch ein Straftatbestand. Sowohl bei Türken als auch bei Kurden sind gewaltsame Konfliktlösung und militanter Nationalismus stark im Bewusstsein verankert. In der türkischen Gesellschaft spielt das Militär eine herausragende Rolle. Somit gibt es auch kein Verständnis für die Kriegsdienstverweigerung. Die Idee an sich wird geradezu tabuisiert und jeder Kriegsdienstverweigerer an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Umso mehr Achtung und Anerkennung muss einem Menschen wie Osman Murat Ülke entgegengebracht werden, der nach mehrjähriger Vorbereitung 1995 öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung erklärt und seinen Wehrpass verbrannt hatte. Daraufhin wurde Ülke mehrmals auf Grund von Befehlsverweigerung bzw. Fahnenflucht inhaftiert. Nach seiner Entlassung erhielt Ülke stets die Aufforderung, sich zum Wehrdienst zu melden. Er ließ die Termine verstreichen und nutzte die Verhandlungen vor dem Militärgericht ebenso wie seine Verurteilungen, um die Öffentlichkeit auf den Umgang der türkischen Regierung mit Kriegsdienstverweigerern aufmerksam zu machen. Insgesamt war Ülke 701 Tage inhaftiert. 2006 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die türkische Regierung wegen unverhältnismäßiger Strafverfolgung im Fall Ülke verurteilt. Bisher ohne Folgen: Ülke gilt noch heute als Deserteur und könnte jederzeit verhaftet werden. Der 36-jährige Familienvater kann keinen Pass beantragen, kein Konto eröffnen und keine Arbeit annehmen, solange er den Kriegsdienst verweigert.

Seit 1991 verleiht die IPPNW die Clara-Immerwahr-Auszeichnung an Menschen, die sich trotz persönlicher Nachteile gegen Krieg, Rüstung und für Menschenrechte einsetzen. Benannt ist die Auszeichnung nach der Chemikerin Clara Immerwahr, die sich mit großem persönlichen Einsatz gegen die Arbeit ihres Ehemannes Fritz Haber stellte, der die Entwicklung und Anwendung von Giftgas im Ersten Weltkrieg vorantrieb.

Der Friedensforscher Andreas Buro hielt in Berlin die Laudatio auf Ülke. Er sagte, die Kriegsdienstverweigerung spiele im Streben nach der Überwindung von Krieg eine große Rolle. Die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung und das Aufzeigen von Alternativen der zivilen Konfliktbearbeitung seien dafür wichtige Voraussetzungen. Angelika Claußen, die Vorsitzende der IPPNW hielt die Laudatio bei der Feier in Izmir. Beide betonten, dass die Preisverleihung an Ülke nicht als herabsetzende Kritik an einem anderen Land verstanden werden soll – zumal gerade die deutsche Vergangenheit in besonderem Maß von Nationalismus, Militarismus und Rassismus geprägt ist. Es gehe vielmehr um die Ehrung eines mutigen und vorbildlichen Menschen, der wie Clara Immerwahr trotz der erlittenen großen persönlichen Entbehrungen seinem Gewissen im Sinne des Friedens folgt. Ebenso geht es um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als universales Recht. Dieses in möglichst vielen Ländern umzusetzen, so Buro, sei wichtig und internationale Unterstützung sei dabei hilfreich. Auch bei den Verhandlungen zum EU-Beitritt der Türkei müsse das Recht auf Kriegsdienstverweigerung miteinbezogen werden.

Beide Laudatoren dankten Ülke für seinen aufopferungsvollen Beitrag zu einer friedlicheren Welt. Andreas Buro sagte weiterhin: „Gerade weil die schwierige Menschenrechtslage in der Türkei und der Konflikt zwischen Türken und Kurden eng miteinander verwoben sind, lohnt sich der Einsatz für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung." Diese und die damit verbundene zivile Konfliktbearbeitung in der türkischen Gesellschaft zu etablieren, so Buro, sei vielversprechend: Damit verbinde sich die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts.

In seiner Dankesrede thematisierte Ülke u. a. seine unverändert schwierigen Lebensumstände in der juristischen Grauzone: „Doch leider muss ich an dieser Stelle auch festhalten, dass ich den heutigen Tag nach einem jahrelangen Hergang noch nicht wirklich genießen kann. Ein Aspekt ist sicher meine ungelöste legale Lage, doch darüber hinaus schmerzt mich viel mehr, dass die Forderung nach Kriegsdienstverweigerung soweit noch nicht gesellschaftlich getragen wird und die organisierte Bewegung sich nicht in einer klaren Kontinuität, wie ein Maurer einen Stein auf den anderen setzt, erhoben hat.“ Im Publikum saßen viele langjährige Unterstützer Ülkes auch aus Deutschland. Auf diesem Wege sorgte die Clara-Immerwahr-Auszeichnung nicht nur für hilfreiche Publicity für Ülke (u. a. Süddeutsche, 3sat/ZDF, Rundfunk Berlin-Brandenburg), sondern bot Gelegenheiten für das Unterstützer-Netzwerk der Kriegsdienstverweigerer zusammenzukommen.

Am Ende seiner Rede erinnerte Ülke: „Auch wenn wir als Gesellschaft immer wieder mit neuen Verlusten konfrontiert sind und uns oft nur mit Schwermut durchschlagen, bleibt doch die Hoffnung auf weniger Einsamkeitsempfinden und Müdigkeit unter jenen, die sich nicht in der isolationistischen und selbstgefälligen Front positionieren, sondern sich in einer universellen Perspektive verwirklichen, gestützt auf Verantwortung für und Sorge um die ganze Menschheit.“ ♦



Osman Murat Ülke und Angelika Claußen bei der Auszeichnung in Izmir Foto: IPPNW

Rede von Osman Murat Ülke

Guten Abend,

Ja, ich wurde von der IPPNW mit dieser Auszeichnung gewürdigt, und das ist für mich eine große Ehre. Dabei wollte ich nur mir selbst treu bleiben, was in meinem Selbstverständnis den Aufbau einer gesellschaftlichen und politischen Bewegung mit einbezieht. Das wiederum habe ich selbstverständlich nie als einen Anlass für eine Ehrung angesehen. Doch im Laufe der Jahre habe ich genau dies in den verschiedensten Zusammenhängen, in Solidarität, immer wieder erlebt. Wenn auch jeder Mensch im solidarischen Handeln vorerst sich selbst Gutes tut, habe ich sehr viel Gutes und Nähe erfahren. Dafür bin ich vielen Freunden, nah und fern, zutiefst dankbar. Viele von Euch sind heute Abend hier versammelt. Es ist im Alltag nicht immer einfach, Dankbarkeit zu vermitteln, und ich will mich jetzt hier auch nicht einfach aus dem Schneider machen. Aber trotzdem nutze ich die Gelegenheit, um Euch allen zu danken und zu sagen: Wie gut, dass es Euch gibt!

Doch leider muss ich an dieser Stelle auch festhalten, dass ich den heutigen Tag nach einem jahrelangen Hergang noch nicht wirklich genießen kann. Ein Aspekt ist sicher meine ungelöste legale Lage, doch darüber hinaus schmerzt mich viel mehr, dass die Forderung nach Kriegsdienstverweigerung soweit noch nicht gesellschaftlich getragen wird und die organisierte Bewegung sich nicht in einer klaren Kontinuität, wie ein Maurer einen Stein auf den anderen setzt, erhoben hat. Vielleicht sind alltägliche Sorgen heute nicht angebracht, aber das ist eben leider unsere Realität.

Ich betone immer einen bestimmten Aspekt der Kriegsdienstverweigerung. Natürlich geht es bei der Kriegsdienstverweigerung vor allem um die Integrität und den Willen des Individuums gegenüber dem Staat, aber eigentlich trägt sie darüber hinaus – gerade in der Türkei – eine noch viel umfassendere Bedeutung. Während der Staat seine unanfechtbare Staatsräson immer heftiger ausbaut und jede Kritik an dieser der Gesellschaft aufgezwungenen imaginären Wir-Konzeption kriminalisiert wird, ist Kriegsdienstverweigerung gleichzeitig ein Aufruf, aus diesem Paradigma auszutreten, die uns umgebende Welt nicht mit den Augen des Staates zu beurteilen. Daher stellt Kriegsdienstverweigerung viele unumstoßbar scheinende Muster gleichzeitig in Frage: z. B. Männlichkeit als eine Genderrolle, durch historische Mythen erzeugte Diskriminierung, die Unfähigkeit, Geschichte aufzuarbeiten und viele ähnliche, in kritischer Weise festgefahrene Themen.

Auch wenn wir als Gesellschaft immer wieder mit neuen Verlusten konfrontiert sind und uns oft nur mit Schwermut durchschlagen, bleibt doch die Hoffnung auf weniger Einsamkeitsempfinden und Müdigkeit unter jenen, die sich nicht in der isolationistischen und selbstgefälligen Front positionieren, sondern sich in einer universellen Perspektive verwirklichen, gestützt auf Verantwortung für und Sorge um die ganze Menschheit.

Osman Murat Ülke,
Izmir, 10. März 2007

Quelle: http://www.ippnw.de/

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei im Jahr 2006

Jahresbilanz des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD)

Verletzungen des Rechts auf Leben

	Todesfälle	Verletzte
Außergerichtliche Hinrichtungen	44	914
Übertriebene Gewaltanwendung bei der Behinderung von Demonstrationen	12	869
Missachtung der „Halt-Stopp-Aufforderung" und Missbrauch von Autorität bei Waffenanwendungen durch Beamte	32	45
Unbekannte Tötungen/Angriffe	20	105
Angriffe von illegalen Organisationen	8	63
Todesfälle in Untersuchungshaft	4	-
Angriffe aus Glaubensgründen	3	3
Todesfälle/Verletzte im Gefängnis	17	3
Zusammenstöße	345	321
Angehörige der Sicherheitskräfte	196	274
Mitglieder bewaffneter Gruppen (PKK usw.)	147	1
Zivilisten	2	46
Zwischenfälle mit Landminen und anderen Explosivstoffen	40	138
Gewalt gegen Kinder	58	175
Angriffe aus Gründen der Ehre	78	58
Zweifelhafte Todesfälle	82	-
Frauen	32	-
Männer	27	-
Kinder	23	-
Offizielle Fahrlässigkeit und Fehler	81	1582
Frauen, die häuslicher Gewalt unterlagen	126	108
Selbstmorde von Polizei und Jandarma und Selbstmordversuche	21	2
Insgesamt	927	3472

Angriffe aus Gründen der Ehre

	Todesfälle	Verletzte
Frauen	38	15
Männer	36	30
Kinder	4	13
Insgesamt	78	58

Verletzungen der Rechte der Frauen

		Todesfälle	Verletzte
Anzahl der Frauen, die Gewalt unterlagen	**insgesamt:** 429	159	212
a- häusliche Gewalt	*insgesamt: 265*	126	108
b- im sozialen Umfeld (Arbeitsplatz, auf der Straße, in der Schule, etc…):	*insgesamt: 164*	33	101
c- Frauen, die Gewalt durch Sicherheitskräfte unterlagen		-	3
Andere Opfer durch häusliche Gewalt		108	79
Kinder:	*insgesamt 94*	27	28
Männer:	*insgesamt 136*	81	51
Selbstmorde und Selbstmordversuche von Frauen		79	42
Vergewaltigung und sexuelle Belästigung von Frauen		121	
a- häuslich:		7	
b- durch Sicherheitskräfte:		-	
c- im sozialen Umfeld (Arbeitsplatz, auf der Straße, in der Schule, etc…)		114	
Zweifelhafte Todesfälle von Frauen		42	
Frauen, die zur Prostitution gezwungen wurden		98	

Verletzungen der Rechte der Kinder

		Todesfälle	Verletzte
Gewalt gegen Kinder insgesamt:	343	58	175
Selbstmorde und Selbstmordversuche von Kindern:		62	38
Vergewaltigung und sexuelle Belästigung von Kindern:		134	
Häusliche Vergewaltigung:		10	
Kinder, die zur Prostitution gezwungen wurden:		14	
Zweifelhafte Todesfälle von Kindern:		23	

Zwischenfälle mit Landminen

	Todesfälle	Verletzte
Kinder:	5	32
Frauen:	1	5
Männer:	34	101
Insgesamt:	40	138

Verletzungen der persönlichen Sicherheit und Freiheit

Personen, die in Untersuchungshaft sitzen:	5560
Vorwürfe des Verschwindenlassens:	67
a- Vorwürfe des Verschwindenlassens in Untersuchungshaft:	5
c- andere Fälle von Verschwindenlassen:	62
Entführung, Bedrohung, Schutzgelderpressungen und erpresste Kollaboration:	226
Festnahmen:	1545
Hausdurchsuchungen:	277
Betroffene Personen:	52
Journalisten:	29
Mitglieder und Führungskräfte von politischen Parteien:	7
Mitglieder und Führungskräfte von Interessenverbänden und Vereinen:	6
Lokale Führungspersönlichkeiten:	10

Folter- und Misshandlungsvorwürfe

Vorwürfe der Folter, Misshandlung und sexuellen Belästigung während der Untersuchungshaft:	179
a- durch Jandarma:	39
b- durch Offiziere der Sicherheitsabteilung (Polizei):	140
davon Kinder:	26
Folter und Misshandlungen an nicht offiziellen Internierungsorten:	261
a- durch Jandarma:	49
davon Kinder:	4
b- durch Offiziere der Sicherheitsabteilung:	212
davon Kinder:	16
Folter und Misshandlungen durch Dorfschützer:	28
davon Kinder:	6
Folter und Misshandlungen im Gefängnis:	173
Folter und Misshandlungen in Institutionen der Bildung, Fürsorge und Gesundheit:	67
davon Gewalt in der Schule:	43
Insgesamt:	**708**

Abgeschlossene Gerichtsverhandlungen über Folter: 4

Eine Person wurde in einem Fall freigesprochen. Eine Entscheidung wurde durch fehlenden Gerichtsstand getroffen. Ein Fall endete als fehlender Gerichtsstand. In einem Fall wurde eine Strafe von 26 Jahren und 8 Monaten verhängt.

Noch laufende Verfahren:	11
Begonnene Verfahren:	1

Verstöße im Gefängnis

Verstoß gegen das Recht auf Gesundheit:	44
Misshandlungen:	491
Verstoß gegen das Recht auf Arztbesuch:	88
Verstoß gegen das Recht auf Kommunikation:	615
Verhinderung von Treffen mit Anwälten:	1
Disziplinarische Strafen:	1525
a-Bunkerstrafen:	57
b-Verbot von Familienbesuch:	588
c-Verbot von Veröffentlichung:	391
d-Verbot von Teilnahme an sozialen Aktivitäten:	489
Insgesamt:	**2764**

Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung

I. begonnene Untersuchungen	
a- Anzahl der Untersuchungen:	113
b. Personen, gegen die Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden:	430

	Gerichtsfälle	Personen
II. Anzahl der begonnenen Gerichtsfälle:	107	513
III. Anzahl der abgeschlossenen Gerichtsfälle:	144	330
a. Freispruch:	41	99
b. eingestellte Verfahren:	5	5
c. Urteile:	98	226
Urteilsverteilung		
Anti-Terror-Gesetz Artikel 7:	9	17
(Türkisches Strafgesetzbuch) TPC 301:	10	12
TPC 125:	2	2
TPC 314:	2	4
TPC 215:	25	37
TPC 222:	2	2
Beleidigungen von Atatürk:	1	1
ehemalig TPC 169:	2	10
Zuhälterei:	1	2
Pressegesetz Nummer 5187:	5	3
TPC 220:	8	36
Beharren auf Ungehorsam gegenüber Anweisungen:	1	1
Andere Fälle:	22	63

Verletzungen der Glaubensfreiheit

	Personen
Opfer auf Grund ihres Glaubens:	20
Getötete Personen auf Grund ihres Glaubens:	3

Verbotene und konfiszierte Veröffentlichungen

	Anzahl
Konfiszierte Veröffentlichungen (Plakate, Bücher, Novellen etc…):	22
Verbotene Aktivitäten:	25
Angegriffene Verlage:	3
Verbotene Internetseiten:	1

Entscheidungen des RTÜK (Hoher Rat für Radio und TV)

	Anzahl
Verwarnungen für Radio- und TV-Sender:	5*
Sendeverbot für Radio- und TV-Sender:	2

*5 Verwarnungen gegen ein- und denselben Sender

Verletzung der Koalitionsfreiheit

Institutionen, die von Sicherheitskräften angegriffen wurden:	48
Schließungsverfahren:	3
Geschlossene Institutionen:	4

Verletzungen der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit

Verbotene Versammlungen und Demonstrationen:	48
Behinderungen durch Sicherheitskräfte:	179
Angegriffene Versammlungen und Demonstrationen:	12
a- Anzahl der eingeleiteten Untersuchungsverfahren:	30
b- Personen gegen die Verfahren eingeleitet wurden:	687

	Fälle	Personen
Begonnene Fälle:	24	534
Abgeschlossene Fälle:	19	205
a- Freisprüche:	5	27
b- Verurteilungen:	14	178

Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

Verletzung des Rechts auf soziale Sicherheit:	240
Personen, die entlassen wurden:	3876
Degradierte Personen:	598
Arbeitsunfälle:	533
davon Todesfälle:	123
Verletzte:	410
Verletzungen des Gewerkschaftsrechts:	3
Unterdrückung wegen Mitgliedschaft in einer Interessengemeinschaft:	165
Verletzungen des Hausrechts:	170
Verbannung von Weideplätzen:	11
Dorf-Evakuierungen:	2
Wald- und Landbrände:	18
Verletzungen des Rechts auf Gesundheit:	465
Verletzungen des Rechts auf fundamentale Bildung:	498
Studenten, gegen die ermittelt wurde:	521
Studenten, die von Schulen/ Universitäten ausgeschlossen wurden:	258
Studenten, die als Strafe einen Tadel erhielten:	6
Abgewiesene Studenten:	99
Verletzungen kultureller Rechte:	10

Verstoß gegen Rechte behinderter Menschen

Verletzungen des Rechts auf Gesundheit:	12
Personen, deren Recht auf Bildung verletzt wurde:	3
Verstoß gegen das Recht auf Arbeit:	11
Vergewaltigungen/sexuelle Belästigungen:	6
Selbstmorde:	4
Selbstmordversuche:	1
Diskriminierung:	1
Verletzung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten:	5
Gewalt gegen behinderte Menschen:	15
Todesfälle:	5
Verletzte:	2
Anderes:	8

Verstöße gegen Asylsuchende und Immigranten

Todesfälle:	56
Von Sicherheitskräften angegriffene Personen:	2
Untersuchungshaft:	2684
Abschiebungen:	536

Fahrlässigkeit mit persönlichen Waffen

	Todesfälle	Verletzte
Kinder:	16	48
Frauen:	12	17
Männer:	10	28
Insgesamt:	**38**	**93**

Anmerkung: Die Daten in der Bilanz basieren auf Presseberichten und eigenen Recherchen des Menschenrechtsvereins IHD.

Bundesverwaltungsgericht: PKK-Bekenntnis kein Einbürgerungshindernis, aber …

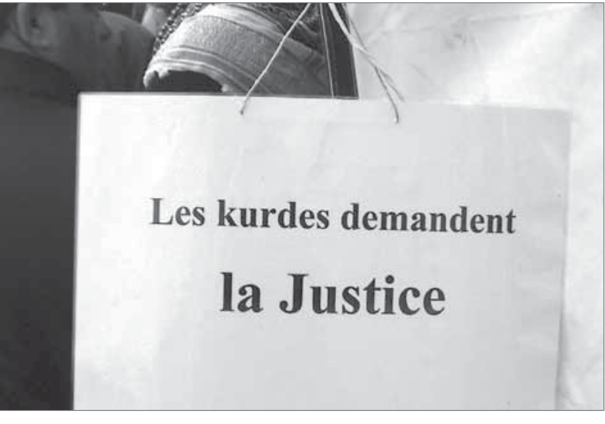
K/einen Anspruch auf Einbürgerung

Monika Morres, Azadî e.V.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 22. Februar 2007 in zwei Verfahren entschieden, dass allein die Unterzeichnung einer Erklärung im Jahre 2001 mit der Überschrift „Auch ich bin PKKler" den Anspruch eines/r türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit auf Einbürgerung als Deutsche/r nicht ausschließt.

Das Gericht weist allerdings gleichzeitig darauf hin, dass ein solcher Anspruch u. a. nicht besteht, wenn es tatsächliche Anhaltspunkte dafür gibt, dass „der Ausländer Bestrebungen unterstützt oder unterstützt hat, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden." Wenn sich allerdings jemand „glaubhaft" von einer früheren Unterstützung abgewandt habe, entfalle dieser Ausschlussgrund.

Die Richter haben in den beiden der Entscheidung zugrunde liegenden Streitfällen jedoch erkannt, dass die bloße Unterschrift unter die PKK-Selbsterklärung keine Unterstützung einer die Sicherheit oder die auswärtigen Belange der BRD gefährdende Bestrebung darstellt, „wenn sie nach den Begleitumständen nur eine zustimmende Meinungskundgabe gewesen ist. Diese bezieht sich auf die Begleitumstände für die in der Erklärung dargelegte „neue", seit zwei Jahren friedliche und gewaltfreie „Linie der PKK". Eine Sympathiebekundung für eine PKK, die – wie seinerzeit ausgeführt – „in einem Zeitraum von zwei Jahren keine einzige Aktion unter Anwendung von Gewalt durchgeführt hat" und die sich „mit ausschließlich politischen Mitteln für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage" einsetzt, bedeute keine Gefährdung. Allerdings folgt dann die wichtige Einschränkung, dass „keine weitergehenden Aktivitäten für die verbotenen Organisationen der PKK hinzukommen" dürften. Das ergebe sich nach Auffassung des Gerichts auch nicht daraus, „dass die Staatsanwaltschaft in beiden Fällen einen strafbaren Verstoß gegen das vereinsrechtliche Betätigungsverbot angenommen" habe, die Verfahren aber wegen geringer Schuld der Kläger eingestellt hat. Aus diesem Grunde sei der Anspruch auf Einbürgerung „nicht ausgeschlossen".



Kurden fordern Gerechtigkeit Foto: ISKU

Für all jene also, deren Einbürgerungsbegehren von den Behörden mit der Begründung abgelehnt wurde, die PKK-Selbstbezichtigung unterschrieben zu haben, ist die Gerichtsentscheidung sicher eine gute Grundlage, die Antragstellung zu wiederholen. Aber jede weitere im Sinne der Gerichtsentscheidung vorliegende politische Betätigung – und das kann schon eine Mitgliedschaft in einem dem Dachverband YEK-KOM angeschlossenen kurdischen Verein sein – kann den Anspruch auf Einbürgerung ausschließen.

Auch für die zahlreichen Kurdinnen und Kurden, die die Erklärung seinerzeit unterzeichnet haben und die deshalb wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz verurteilt worden sind, gibt es leider keine Möglichkeit, hiergegen im Nachhinein vorzugehen.

Es ist dennoch ratsam, anwaltliche Hilfe zu suchen, um auszuloten, ob und welche juristischen Schritte im Einzelfall unternommen werden können.

Nach Auffassung des Berliner Rechtsanwalts Sönke Hilbrans ist die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts „ein Schrittchen in die richtige Richtung", weil das Gericht anerkenne, „dass nicht jede positive Bezugnahme auf die PKK automatisch eine Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik darstellen" müsse. Es werde zwar „keine politische Neubestimmung der PKK eingeleitet", aber „eines der im Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht ganz seltenen Spurenelemente in die sicherheitsrechtliche Diskussion eingebracht: Augenmaß." Die Gleichung „PKK-Bezug = Staatsfeind" gehe „nicht mehr auf".

In den beiden Verfahren hat das Bundesverwaltungsgericht im Ergebnis jedenfalls das Land Baden-Württemberg dazu verpflichtet, die beiden kurdischen Kläger einzubürgern. ♦

(Aktenzeichen: BVerwG 5 C 20.05 und 10.06)

Seit einem halben Jahr geöffnet: die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.

Wir versprechen Euch, dass wir an Euren Zielen festhalten werden …

Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.

„Wir haben Euch nicht vergessen und wir werden Euch in Zukunft nicht vergessen. Es ist für uns sehr bedeutungsvoll, uns unter dem Dach einer Einrichtung zu treffen, die Euren Namen trägt. Auch wenn wir den Schmerz Eurer Abwesenheit in unseren Herzen spüren, so sehen wir doch die Mühen, verspüren wir doch unsere Verbundenheit sowie die unendliche Helle und Wärme der Sonne in diesen Räumen. Wir versprechen Euch, dass wir an Euren Zielen festhalten werden …" diese Worte schrieb die Gruppe des Frauenkulturzentrums Süveyda heute in das BesucherInnenbuch der Frauenbegegnungsstätte Utamara.

Diese Gedanken und Gefühle begleiten uns, seit wir am 31. Mai 2005 die traurige Nachricht erhielten, dass unsere Freundinnen Uta Schneiderbanger und Amara (Ekin Ceren Doğruak) bei einem Autounfall in Südkurdistan ihr Leben verloren hatten. Es war zu einem Zeitpunkt, an dem die langfristig geplante Errichtung einer Frauenbildungs- und Begegnungsstätte endlich konkrete Formen annehmen sollte. Hunderte Frauen, vor allem in Europa lebende kurdische Frauen und KünstlerInnen, hatten auf den Aufruf der *International Free Women`s Foundation* mit Sitz in den Niederlanden reagiert und durch Benefizveranstaltungen, durch ihre ideelle und finanzielle Unterstützung den Grundstein zur Verwirklichung dieses Projektes gelegt. Zwei Frauen, die sich aktiv an diesen Arbeiten beteiligt hatten, waren unsere Freundinnen Uta und Amara. Die Vereinzelung und Einsamkeit im Alltag durchbrechen, kollektive und selbstbestimmte Lebensformen entwickeln, internationale Begegnungen organisieren, Solidarität, kulturelle Kreativität und Austausch stärken, Frauenbildung und -gesundheit; Sport und Erholung waren Ziele und Vorstellungen, die für Uta und Amara große Bedeutung hatten und für deren Verwirklichung sie sich einsetzten. Diese Themenbereiche waren auch die Gründungsmotive der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA, weiterhin versuchen wir nun Schritt für Schritt an deren Umsetzung zu arbeiten.

Die Erinnerung an Euch, an Eure Ideen, Eure Energie, Eure Menschen- und Freiheitsliebe und Eure Beharrlichkeit geben uns trotz vieler Schwierigkeiten immer wieder Kraft, Mut und neue Anstöße für unsere Aktivitäten.

Nach der Gründung der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V. im Oktober 2006 führten wir ein zweimonatiges Fortbildungsprogramm für sechszehn junge Erzieherinnen aus Dersim durch. Ziel dieses Fortbildungsprogramms war es, den Erzieherinnen einen Einblick in verschiedene pädagogische Ansätze und Kenntnisse zu vermitteln, mit denen sie den Aufbau eines ersten Kindergartens in Dersim verwirklichen können. Der Tag der Zertifikatsverleihung und des Abschieds von unserer ersten Gruppe war zugleich der Tag, an dem wir gemeinsam mit den Eltern, Verwandten und vielen FreundInnen von Uta und Amara die offizielle Eröffnung der Begegnungsstätte feierten.

Auch an diesem Tag wart Ihr bei uns. Wir sahen Euch nicht nur auf den Fotos und in den Filmausschnitten auf der Leinwand, sondern erlebten Eure Anwesenheit



Die Mütter von Uta und Amara bei der Eröffnung der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V. im Dezember 2006 Foto: A. Bender

und Freundschaft von Neuem in unseren Gesprächen, Rückblicken, in unseren Plänen, in der Freude und im Abschiedsschmerz.

Seit Anfang dieses Jahres organisierten wir in der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA Seminare zu Themen wie Frauenorganisierung, Öffentlichkeitsarbeit und häusliche Gewalt, einen Zeichen- und Malkurs sowie Yoga- und Reiki-Angebote. Mit jeder Gruppe von Frauen und Kindern, die in die Frauenbegegnungsstätte kommen, lernen wir gegenseitig von unseren Lebenserfahrungen, teilen unsere Probleme, Ängste, Wünsche und Lebensvorstellungen, hinterfragen uns anerzogene Verhaltens- und Denkweisen. Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März zeigten wir die Fotoausstellung „Stimmen kurdischer Frauen" bei einem Frühstück mit Frauen aus der Nachbarschaft und dem Umkreis. Unter dem Motto „Wir schweigen nicht, wir handeln!" organisierten wir eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Gewalt gegen Frauen, an der sich die Frauenbeautragte des Landkreises Neuwied, Vertreterinnen von Fraueneinrichtungen und interessierte Frauen beteiligten. Auch in der Zukunft wollen wir an diese Veranstaltung anknüpfen und an einem internationalen Solidaritätsnetzwerk gegen Gewalt und Frauenmorde arbeiten. Alle Frauen, die zu Gewalt gegen Frauen nicht schweigen wollen und die bereit sind, Frauen und Mädchen mit Gewalterfahrungen konkret zu unterstützen, laden wir ein, daran mitzuwirken. Denn wir wissen, dass wir als Frauen nicht ohnmächtig dem tagtäglichen Sexismus, patriarchaler Gewalt, Unrecht und Unterdrückung zusehen müssen. Wenn wir uns zusammentun und gegenseitig unterstützen, haben wir die Kraft und Fähigkeiten, etwas zu verändern.

Ihr habt zu Unrecht nicht geschwiegen. Sondern Ihr habt gehandelt, Euch mit anderen Frauen organisiert und mit ihnen gemeinsam gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes, gegen Krieg, patriarchale Herrschaft und jede Form von Ausbeutung gekämpft. In die Auseinandersetzungen habt Ihr Eure persönlichen Erfahrungen eingebracht und sie in einen gesellschaftlich-politischen Zusammenhang gesetzt; hieraus entwickelten sich für uns kostbare Freundschaften, Erkenntnisse und Vertrauen – Vertrauen zueinander und Vertrauen in uns selbst. Und was wir mit Euch geteilt haben, was wir von Euch und vielen anderen Frauen gelernt haben, das möchten wir gerne auch mit anderen Frauen teilen…



Kurs in der Begegnungsstätte — Foto: UTAMARA e.V.

Deshalb laden wir alle progressiven Frauen und Frauengruppen ein, sich an den Aktivitäten der Frauenbegegnungsstätte UTAMARA zu beteiligen, ihre Vorschläge, Bedürfnisse und ihr Wissen in die Arbeiten mit einzubringen oder aber auch die Räumlichkeiten für eigene Veranstaltungen zu nutzen. ♦

Einige Veranstaltungen bei UTAMARA im Sommer 2007:

5. Mai	**Kulturtag** „Regenbogen der Kulturen"
25.–28. Mai	**Selbstverteidigungskurs** für junge Frauen und Mädchen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren
2.–3. Juni	**Reiki-Kurs** (Organisation: Mali Jasbi)
3. Juni ab 15 Uhr	**Gedenkveranstaltung** anlässlich des 2. Todestages von Uta und Amara
8.–10. Juni	**Yogakurse** (Organisation: Ruth Kremer)
15.–22. Juli	**Ferienfreizeit** für Frauen und Kinder
26. Juli–2. August	**Ferienfreizeit** für junge Frauen/Mädchen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren
5.–12. August	**Ferienfreizeit** für Frauen und Kinder

Für Nachfragen, weitere Informationen und Anmeldungen:

Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.
In der Stehle 26
D-53547 Kasbach-Ohlenberg
E-Mail: utamara@web.de
Telefon: +49 (0) 2644 – 60 24 24
Fax: +49 (0) 2644 – 60 24 26

Der Verein **Frauenbegegnungsstätte UTAMARA e.V.** ist zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen für Spenden und Mitgliedsbeiträge (gemäß § 50 Abs. 1 EStDV) berechtigt.

Das Wissen der Frauen wird in selbst organisierten Kursen an andere Frauen weitergegeben

Frauenbegegnungen in Argentinien

Meike Nack

Aufgrund der enormen Verschuldung und deren Auswirkungen auf die Bevölkerung kam es in Argentinien am 19. und 20. Dezember 2001 zu einem massenhaften Aufstand gegen die sozialen Missstände. Eine langjährige Politik zugunsten der Interessen der Herrschenden und der krönende Abschluss der neoliberalen Linie des peronistischen Präsidenten Menem, der staatliche Unternehmen und Güter durch Privatisierung und Korruption in Privateigentum hat übergehen lassen, brachten das Fass zum Überlaufen. Die Auswirkungen waren lebensbedrohend und menschenunwürdig vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten, von denen zunehmend Kinder, Kranke und alte Menschen an Krankheiten und Unterernährung starben. Unter diesen Umständen ist es vorstellbar, mit welcher Wut die Situation am 19./20. Dezember eskalierte. Weltweit wurden in den Medien die Bilder der *Piqueteros* (Straßenblockaden) dokumentiert. Seitdem herrscht in der Bevölkerung eine politische Aufbruchstimmung.

Wie in fast allen Gesellschaften sind strukturell vor allem Frauen von diesen Verhältnissen betroffen. Auch in Argentinien liegt das durchschnittliche Einkommen der Frauen weit unter dem der Männer. Die Frauen werden in der Regel zehn bis zwanzig Jahre früher als in Deutschland Mütter. Sozialhilfe oder eine andere Art staatlicher Unterstützung gibt es nicht. Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind ein Alltag, der öffentlich toleriert und teilweise sogar gefördert wird. Die Gesellschaft Argentiniens steht noch immer unter dem starken Einfluss der katholischen Kirche, des kapitalistischen Systems, der rassistischen Massaker und der ehemaligen Militärdiktatur. Das Selbstverständnis der Frauen ist sehr ökonomisiert, sie verstehen sich häufig selbst als Ware und dies wird von den patriachalen Strukturen genutzt. So besteht das Verhältnis der Frauen untereinander gleichzeitig aus Unterdrückung, Konkurrenz, Solidarität, Hilfsbereitschaft, Lügen und Fürsorge. Es ist vorstellbar, wie schwer es ist, diese Strukturen, die auf Betrug zum eigenen Vorteil angelegt sind, aufzubrechen.

Mit den Aufständen haben die Menschen begonnen, sich verstärkt zusammenzutun und gemeinsam ihre Wut über die Ungerechtigkeiten und ihre Forderungen auf die Straße zu tragen. Die Gunst der Stunde wurde genutzt, um – häufig auf Initiative von bereits Politisierten – gemeinsam Organisationen wie die *Piqueteros* – eine Art Arbeitslosenbewegung – zu gründen (in die bereits bestehenden Strukturen gab es kaum Vertrauen). Mit ihnen wurden der so genannte *Plan* und das *Nahrungsmittelpaket* erstritten, was wie eine Art Ein-Euro-Job funktioniert[1]. Landesweite und regionale Vernetzungen wurden aufgebaut, um die aktuelle politische Lage zu diskutieren, alternative politische Wege zu beratschlagen und gemeinsame Aktionen zu planen.

Eine zentrale Rolle in der Vernetzung und auch in den alternativen politischen Gruppierungen spielen die *Madres de Plaza de Mayo* (Mütter des Platzes des Mai). Nach ihrem Vorbild sind die Friedensmütter der Türkei gegründet worden. Sie sind die Mütter der Menschen, die in der Zeit der Militärdiktatur meist aufgrund ihrer politischen Aktivitäten verschwunden sind. Auf der Suche nach ihren Kindern haben sie sich zusammengeschlossen, um gemeinsam auf deren Verschwinden aufmerksam zu machen und deren politischen Widerstand weiterzuführen. Bisher waren sie die unabhängigste Gruppe Argentiniens, da sie keiner staatlichen Institution und keinem System vertraut haben. Um einen Raum der alternativen Bildung für jede/n anzubieten, in dem die Analyse und Dekonstruktion bestehender Machtverhältnisse sowie Wege für eine Veränderung in eine gleichberechtigte und sozial gerechte Gesellschaft die zentrale Aufgabe ist, gründeten sie eine eigene Universität.

Ein wesentlicher Studiengang dieser Universität nennt sich *Educacion Publica* (Volks-Bildung). Aus diesem Studiengang bildete sich eine Gruppe von Frauen, die sich vor allem auf feministische Basisarbeit in den Organisationen konzentriert. Sie arbeiteten vor, neben und nach dem Studium in allen aus der Bevölkerung gegründeten Strukturen mit, um dort die emanzipatorischen Prozesse zu fördern.

Ich hatte das Glück, mit der Gruppe *Pañuelos en Rebellion* (Kopftücher in Rebellion) auf das *Encuentro de Mujeres en Argentina* (Treffen der Frauen Argentiniens) zu fahren. Vom 14. bis 16. Oktober 2006 fand die landesweite Konferenz aller Frauen, Frauengruppen und Frauenorganisationen statt. Es nahmen insgesamt 15 000 Frauen aus allen Bereichen der Gesellschaft, also auch der Gruppen der sehr konservativen Kirche wie *Opus Dei*, vieler Gewerkschaften, kommunistischer und sozialistischer Parteien, teil. Vor 21 Jahren wurde zu dem Treffen von der Kommunistischen Partei Argentiniens aufgerufen. Mittlerweile wird es jedoch von einem offenen Komitee organisiert, in dem verschiedene linke Frauengruppen mitarbeiten.

Aufgrund der geplanten Veränderung im Strafgesetz war in diesem Jahr die Legalisierung der Abtreibung in Argentinien das zentrale Thema der Konferenz. Der Veranstaltungsort war Santiago de Jujuy, da hier eine Frau namens Romina wegen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes inhaftiert ist. Romina war vergewaltigt worden und konnte nicht mit einem Kind eines Vergewaltigers leben. Nachdem mehrere Abtreibungsversuche scheiterten, tötete sie später das Kind. Weder der Vergewaltiger noch der Arzt, der eine große Summe Geld für eine geplante Abtreibung kassiert hatte, waren bestraft worden. An der Demonstration vor dem Gefängnis Rominas nahmen 7000 Frauen und eine Handvoll Männer teil. Es wurde die Doppelmoral der Kirche kritisiert, die Ökonomisierung des Gesundheitswesens, die strukturelle Ungerechtigkeit der Gesetzgebung und die daraus folgende Benachteiligung der Frauen, der ärmeren Bevölkerungsschichten und damit letztlich die Verletzung der Menschenrechte.

Nicht so groß ist der Zusammenhalt gegenüber den Schwierigkeiten, mit denen die indigene Bevölkerung zu kämpfen hat. Dennoch gibt es Bestrebungen einer Anerkennung und Veränderung der Situation der *Originas* (direkte Übersetzung: Ursprünglichen; gemeint: indigenen Bevölkerung). Allerdings ist die Auseinandersetzung hochsensibel und konfliktträchtig. Wie viele Völker dieser Erde kämpfen die verschiedenen indigenen Völker Argentiniens um die Anerkennung ihrer Sprache, eine allgemein veränderte Geschichtsschreibung, die Möglichkeit, auf die Erde, auf denen ihre Familien traditionell gelebt haben, zurückzukehren, und eine nichtkoloniale Bildung. Die Differenzen der verschiedenen Familien und Völker und die Überzeugung eines Teils der Bewegungen, mit friedlichen und leisen Methoden zu protestieren, macht den anderen Gruppierungen die Unterstützung und Vernetzung schwierig. Die Reaktion der Presse und der Regierung ist Ignoranz.

Die Situation der indigenen Frauen ist in vielen Punkten vergleichbar mit der Situation der aus den Dörfern vertriebenen kurdischen Frauen. Traditionell sind die Frauen zuständig für die Arbeit im Haus, mit den Tieren und auf den Feldern. Angebaut wird meist nur so viel, wie gebraucht wird, um die oft zahlreichen Familienmitglieder zu ernähren.

Land wird kulturell nicht als Besitz verstanden, in indigenen Kulturen definiert sich der Mensch als Hüter oder Pfleger der Erde.

Die Männer versuchen, mit Gelegenheitsjobs einen finanziellen Beitrag zu leisten und haben so bereits besser Spanisch sowie Lesen und Schreiben gelernt bzw. vieles an traditionellem Wissen und der eigenen Sprache verloren. Die Armut und die Perspektivlosigkeit fördern Alkoholismus und Gewalt in den Familien. Hinzu kommt, dass durch den strukturellen Rassismus das eigene Wissen und die eigene Lebensweise von der indigenen Bevölkerung selbst gering geschätzt wird. Die Frauen haben aufgrund des Abweichens vom westlich propagierten Schönheitsideal, des Gefühls fehlender Bildung und ihres nur mäßigen Spanisch ein geringes Selbstwertgefühl und werden gesellschaftlich verachtet und respektlos behandelt.

Heute werden vor allem von Frauen die Produkte der Handwerkskünste, deren Kenntnisse als Teil der kollektiven Landarbeit notwendig waren, nur noch als Souvenirs auf den Märkten oder in entsprechenden Läden angeboten. Für viele Frauen ist dies eine Möglichkeit, ein wenig dazuzuverdienen. Doch die Märkte werden mit billigen Industrieprodukten meist aus Fernost überschwemmt. In Tourismusseminaren lernen Frauen, diese Waren günstig einzukaufen und mit hoher Gewinnspanne an Touristen zu verkaufen. Als Gegenströmung entwickelt sich seit einigen Jahren eine Art ökologischer Tourismus, um die Lebensweise mit der Natur und in der Familie zu erhalten. Um das Wissen der Frauen weiterzutragen werden Initiativen für alternative Märkte des fairen Handels mit regionalen Kunst- und Handwerken aufgebaut. Über Vernetzung wird das Wissen der Frauen in selbst organisierten Kursen an andere Frauen weitergegeben.

In den verschiedenen Organisationen verstehen sich Frauen wie Männer mit einer langjährigen Tradition ihrer politischen Aktivitäten als Avantgarde und Revolutionäre, die das Volk anführen. Eine weitere Tendenz sind häufige Spaltungen von Gruppierungen. Viele so genannte Avantgardisten haben große Organisationen verlassen, um kleinere Basisorganisationen aufzubauen. Das Fehlen einer persönlichen kritischen Selbstreflexion schafft häufig eine starke Diskrepanz zu der anspruchsvollen politischen Ideologie. Auch eine Auseinandersetzung zu der Geschlechterfrage wird meist außen vor gelassen. Trotzdem ist es beeindruckend, mit welcher Bereitschaft viele ihre bürgerlichen Lebensweisen und Besitztümer aufgeben, um sich ernsthaft, ausdauernd und mit Begeisterung einer politischen Basisarbeit zu widmen. ♦

1. Die Pläne wurden von den Organisationen auf der Straße erkämpft. Sie werden auch an Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen und Parteien ausgegeben. Sie werden jedoch direkt an die Einzelpersonen ausgezahlt, die dafür in einem Projekt oder direkt bei der Organisation 4 Stunden pro Wochentag mitarbeiten müssen. Sie sind also auch nicht allgemein zugänglich.



Demonstration für das Recht auf Abtreibung vor der Kath. Kirche in Jujuy. Foto: Meike Nack

Verschiedene Welten und Zeiten interessant miteinander verwoben

Elif Shafak: Der Bastard von Istanbul

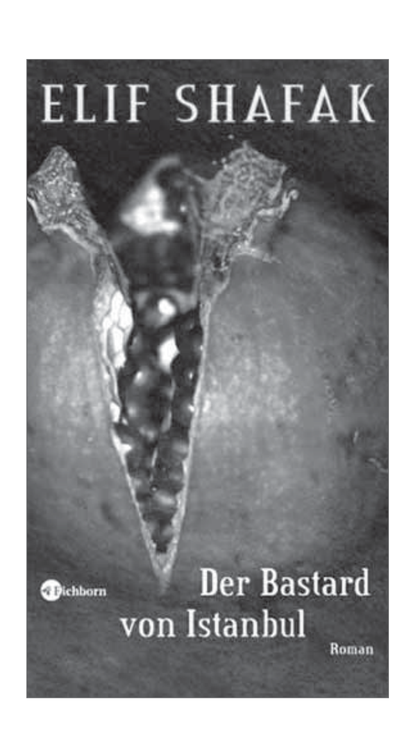
Buchbesprechung von Susanne Rode

Asya Kazancı ist 19 Jahre alt und lebt mit ihrer Mutter in einer feinen, aber leicht baufälligen Istanbuler Villa, unter einem Dach mit insgesamt vier Generationen.

Die Kazancı-Frauen könnten nicht unterschiedlicher sein: Da ist Petite-Ma, die feinsinnige Urgrossmutter, ihre verbitterte Tochter Gülsüm und deren vier Töchter, die fromme Wahrsagerin Banu, die humorlose Geschichtslehrerin Cevriye, die Exzentrikerin Feride und das Nesthäkchen Zeliha, die sich mit dem Betreiben eines Tattoo-Studios nicht einordnen lassen will, Miniröcke und Stöckelschuhe trägt, einen Nasenring hat und niemandem verrät, wer der Vater ihrer unehelichen Tochter Asya ist. Asya, 19 Jahre alt, leidet sehr darunter, ein „Bastard" zu sein. Sie schwärmt für die Musik von Johnny Cash, fühlt sich zu einem Intellektuellenzirkel hingezogen und flüchtet sich in den Nihilismus.

Da alle männlichen Mitglieder die Familie Kazancı durch frühzeitiges Ableben verließen, glaubte man schnell an böse Kräfte und entschied daher, den einzigen Sohn der Familie, den vor Zeliah geborenen Mustafa, im Alter von 18 Jahren von Istanbul direkt zum Studium des Agrar- und Bioingenieurwesens nach Arizona zu schicken, damit er vom Unheil verschont bliebe. Einziges männliches Mitglied im Haushalt der Kazancı-Frauen ist der weiße Persianerkater Pascha III.

Armanoush Tchakhmakhchian ist 19 Jahre alt, intelligent, schön – und unglücklich. Da die Eltern geschieden sind, wächst sie abwechselnd in San Francisco bei ihrem Vater Barsam und dessen armenischer Großfamilie, die nach dem Völkermord an den Armeniern Anfang des 20. Jahrhunderts nach San Fransisco ausgewandert war, und in Arizona bei ihrer Mutter Rose, die inzwischen einen Türken geheiratet hat, auf. Während die Familie des Vaters sehr bemüht ist, die Tradition des armeni-



schen Erbes an Armanoush weiterzugeben, ist die Mutter Rose, einziges Kind eines Südstaatler-Ehepaares, durch ihre Erlebnisse mit eben dieser Familie äußerst angespornt, ihrer Tochter „Amy" die amerikanische Lebensweise beizubringen und sie vor dem Einfluss der armenischen Mammutfamilie zu bewahren.

Diese Welten wollen einfach nicht zusammenkommen und je älter Armanoush wird, desto mehr fragt sie sich, ob sie eine armenische Amerikanerin oder eine amerikanische Armenierin ist. Sie fühlt sich hin und her gerissen und beschließt eines Tages, heimlich nach Istanbul zu fliegen, um nach den Wurzeln der armenischen Familie zu forschen. Sie beschließt, sich bei der Familie ihres türkischen Stiefvaters einzuquartieren, und trifft dort auf die höchst skurrilen Kazancı-Frauen.

Asya fällt die Aufgabe zu, sich um die „armenische Amerikanerin" zu kümmern und ihr „die Türkei" zu zeigen. So macht sie sich zuerst nur widerwillig, bald aber mit wachsendem Interesse daran, Armanoush bei ihrer Suche nach Spuren der einst in Istanbul ansässigen Familie zu helfen. Asya stellt dabei fest, dass sie, durch die völlige Ignoranz ihrer Familie, gar nichts über die türkisch-armenische Geschichte weiß. Für die eigene Identitätsfindung und die Zukunft der jungen Frauen Asya und Amy ist es wichtig, sich mit der Vertreibung und Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich auseinanderzusetzen. Durch verschiedene Unternehmungen stellen die beiden jungen Frauen mit den verschiedenen kulturellen Hintergründen fest, dass die osmanische Vergangenheit auch auf ihren Schultern lastet, und sie erhalten neue und überraschende Erkenntnisse über ihr Land und ihre Wurzeln.

Und so beginnt die Einleitung mit dem Text: Es war einmal; es war keinmal. Gottes Kreaturen waren so zahlreich wie Getreidekörner, und zuviel zu reden war eine Sünde … Beginn einer

türkischen Geschichte … und einer armenischen. 1. Zimt, 2. Garbanzobohnen, 3. Zucker, 4. geröstete Haselnüsse.

Und der Leser taucht auch ein in eine Welt von Gewürzen, Speisen und eine Lebenskultur, in der das gemeinsame Zubereiten von Speisen und das gemeinsame Mahl eine ganz zentrale Bedeutung haben.

Elif Shafak wurde 1971 in Straßburg geboren und kam nach der Trennung der Eltern mit ihrer Mutter in die Türkei. Durch die diplomatische Tätigkeit der Mutter folgten dann die Stationen Madrid-Spanien, Amman-Jordanien und Köln-Deutschland. Sie kehrte zum Studium in die Türkei zurück und promovierte an der Universität in Ankara in Politikwissenschaft.

Die kosmopolitische Prägung und die dadurch erfahrene Entfremdung der Sprache bei ihrer Rückkehr in die Türkei führten zu einer anderen neuen Auseinandersetzung mit der Sprache. Der reiche linguistische Hintergrund ermöglichte Elif Shafak eine intensive Auseinandersetzung mit den Feinheiten der Sprache, den Wendungen, der Melodie. Sie, immer schon fasziniert von Sprachen, begann, die historische türkische Sprache, Osmanisch, zu erforschen, begann, alte Ausdrücke und idiomatische Redewendungen zu verfolgen.

Elif Shafak empfand nach ihrer Rückkehr eine Dissonanz. Sie stellte fest, dass sie Einheimische und Ausländerin zugleich war, sie wurde zur Heimat-Ausländerin. Dieses Gefühl wurde zwar strukturell umgewandelt, aber es ist niemals völlig entschwunden.

Sie habe sich selbst ins Exil geschickt, erklärt sie und möchte nicht in Schubladen abgelegt werden. Sie wird beschuldigt, einer Zuhörerschar im Ausland Honig um den Bart zu streichen und das diakretische „Ş“ in ein „sh“ im Namen Shafak verändert zu haben, wiederum in den USA aber hat sie das Gefühl, sie werde oft schnell eingepfercht in die Fantasievorstellung über eine „schreibende Frau aus dem Nahen Osten“.

Sie wandert von Land zu Land, von Sprache zu Sprache und ist überzeugt, dass sich in ihrer Muttersprache Türkisch ein Wortschatz von verschiedenen Kulturen verbirgt, was viele ihrer Zeitgenossen einfach nicht hören. Sie verwendet aus vergangenen Zeiten aufgetauchte Worte, schafft ihre eigenen Sinnbilder und benutzt dadurch eine gesättigte Sprache, die ihre eigenen Sinnbilder erschafft.

Den Namen Shafak hat sie angenommen, denn es gab für sie keinen Punkt, sich mit dem Namen des Vaters, der sie im Stich gelassen hatte, zu identifizieren. Sie wurde von ihrer Mutter in harter Arbeit allein aufgezogen und lehnt auch heute jeden Kontakt zum Vater ab.

Sie hat bereits fünf Romane veröffentlicht, Hunderte von Artikeln. Sie publiziert regelmäßig in renommierten Zeitschriften soziokulturelle und politisch-philosophische Texte, ihre Romane werden aufeinander folgend verlegt und sie hält landesweit Lesungen und Vorträge.

Elif Shafaks neu erschienenes Buch „Der Bastard von Istanbul“ ist sowohl ein zeitgenössischer Roman als auch ein sehr spannend geschriebenes Zeitdokument.

„Mein eigener Sinn von Beständigkeit kommt von meinem Schreiben“, so sagt sie in einem Interview mit dem Journalisten Andrew Finkel.

Elif Shafaks neu erschienenes Buch „Der Bastard von Istanbul“ ist sowohl ein zeitgenössischer Roman als auch ein sehr spannend geschriebenes Zeitdokument. Es geht um die Aufarbeitung von Geschichte, dem Thema Völkermord an den Armeniern in der Türkei im Ersten Weltkrieg. Durch die geschickte Verlagerung des Themas auf die Romanfiguren und deren Dialoge zwischen Türken und Armeniern wird so eine wunderbare Form gefunden, um die vielen Facetten des Themas darzustellen: die Totalleugnung des Genozids, das lebenslange Verdrängen des Genozids und das Lebendighalten des Geschehenen und sich nicht Lösen können und wollen davon.

Es werden verschiedene Welten und Zeiten interessant miteinander verwoben, Ironie und Witz kommen nicht zu kurz und machen das Buch zu einer spannenden Lektüre.

Der Roman wurde nach Erscheinen der türkischen Übersetzung zum Bestseller in der Türkei mit 60 000 verkauften Exemplaren.

Elif Shafak wurde nach der Veröffentlichung des Buches wegen „Beleidigung des Türkentums“ (Strafparagraph 301) angeklagt. Bei einer Verurteilung hätten der Autorin drei Jahre Haft gedroht. Sie wurde am 21.9.2006 vom Vorwurf der Anklage freigesprochen und das Verfahren aus Mangel an Beweisen eingestellt. Nach der Urteilsverkündung kam es zu Handgreiflichkeiten mit Nationalisten. Ein starkes Sicherheitsaufgebot um das Gerichtsgebäude sollte gewalttätige Aktionen türkischer Nationalisten verhindern, die die Romanautorin zur „Türkenfeindin“ erklärt haben. Sara Whyatt, Leiterin des Komitees „*Schriftsteller im Gefängnis*“ des International PEN, sieht eine Veränderung der Situation in der Türkei seit Einführung des § 301 im letzten Jahr, wonach Schriftsteller wie Orhan Pamuk, Perihan Mağden und Elif Shafak strafrechtlich verfolgt werden. Der federführende ultranationalistische Staatsanwalt Kemal Kerinçsiz, Mitglied der Gruppe „Plattform der nationalen Stärke“ und bekennender EU-Gegner, machte den Einfluss „ausländischer Kräfte“ für das Urteil verantwortlich. ♦

Elif Shafak: Der Bastard von Istanbul
Aus dem amerikanischen Englisch von Juliane Gräbener-Müller
Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 2007
440 Seiten, gebunden, Euro 22,90

Liebe, Flucht und Leidenschaft

DOL – Im Tal der Trommel

Ein Film von Hiner Saleem



Der Titel des Films „DOL“ bezeichnet ein traditionelles kurdisches Schlaginstrument, das im Mittleren Osten bei diversen Feierlichkeiten, u. a. auch bei Beerdigungen verwendet wird.

DOL heißt auf Kurdisch „Trommel/Trommler“, kann aber auch „Tal“ bedeuten.

Der Titel verweist somit auf die Bedeutung von Rhythmus und Musik für die kurdische Kultur, denn die Musik ist für Kurden so wichtig wie ein Lebensmittel, das ihn von der Geburt bis zum Tod begleitet.

Der kurdische Regisseur Hiner Saleem macht das Publikum erneut auf sein Volk, die Kurden, aufmerksam, das zwischen verschiedenen Ländern aufgeteilt ist, keinen eigenen Staat hat, von mehreren Seiten unterdrückt wird und mit diesen Grenzen leben muss.

Auch wenn Hiner Saleem einen scharfen Blick auf die Realität wirft, so verliert er seinen künstlerischen Ansatz nicht aus den Augen. In Zusammenarbeit mit dem langjährigen Kameramann von Theo Angelopolus, Andreas Sinanos, schafft er es, minimalistische, fast choreographische Bilder einer verwundeten Erde einzufangen. Die Bilder sind kunstvoll komponiert und strahlen eine besondere Intensität aus, erzeugt auch durch die besondere Art von Andreas Sinanos, mit dem Licht zu arbeiten.

DOL ist nicht nur eine Reise durch die beeindruckende Landschaft der kurdischen Berge, sondern portraitiert auch, wie der Krieg das Leben einfacher Menschen beeinflusst, die sich nach einem würdigen, friedlichen Leben sehnen.

Es ist ein stiller Film mit wenigen, oft rätselhaften Dialogen, in dem Hiner Saleem eben bewusst nur die Bilder sprechen lassen möchte und die Musik.

Der Spielfilm beginnt im Osten der Türkei in dem kleinen türkisch-kurdischen Dorf Balliova an der Grenze zum Iran und dem Irak. Das von den Grenzkonflikten zerrüttete Gebiet wird vom türkischen Militär kontrolliert. Nach häufigen Auseinandersetzungen mit kurdischen Kämpfern ist die Dorfbevölkerung Ziel türkischer Repressionen geworden.

Azad, der kleine Hilfsarbeiten bei dem türkischen Grenzposten erledigt, durchstreift gemeinsam mit seiner Geliebten das Gebiet und durchstöbert leere Hütten.

Trotz der schwierigen Umstände wollen Azad (Nazmi Kirik) und seine Freundin Nazenîn (Sipel Doğu Lesar Erdoğan) heiraten. Durch Provokationen bei der Hochzeitsfeier durch das türkische Militär kommt es zum Handgemenge, bei dem Azad dann auf einen Kommandanten schießt und somit flüchten muss.

Als blinder Passagier in einem LKW passiert er schließlich die Grenze zur autonomen Region Kurdistan im Irak. Hier wird er mit zahlreichen anderen kurdischen Schicksalen aus verschiedenen Regionen des geteilten Kurdistans konfrontiert.

Er trifft Ceto (Abdullah Keskin), der sich von Paris aus auf den Weg zu seinem Vater gemacht hat, um mit ihm gemeinsam die sterblichen Überreste seiner Schwester, die in einem irakischen Massengrab gefunden wurden, zu beerdigen. Er erfährt von Jekaf (Rojîn Ulker), dass sie von irakischen Soldaten entführt wurde und nun zurückgekehrt ist, auch wenn niemand mehr auf sie wartet.

In einem Krankenhaus lernt er Tamam (Belçim Bilgin) kennen, die ihn mit in ein Camp von kurdischen Widerstandskämpfern in den Bergen im iranischen Teil nimmt.

Azad beschließt, Nazenîn aus seinem Heimatdorf ebenfalls in die Berge zu holen und obwohl es ein Risiko darstellt, beschließen die Widerständler im Camp, auf seine Rückkehr zu warten. Während seiner Abwesenheit wird bei der Hochzeit von Tamam mit ihrem Verlobten das Camp durch einen Bombenangriff stark zerstört und sie müssen fliehen.

Azad kehrt nach Balliova zurück und gerät in einen Hinterhalt des türkischen Militärs.

Auf dem Dorfplatz werden er und Nazenîn angeschossen und die Dorfbewohner versammeln sich um sie im Halbkreis, ganz so wie das Publikum bei einer Veranstaltung in einer Freilichtbühne. Wie im Tanz taumeln die beiden Liebenden zu den Klängen der DOL ….

DOL – Im Tal der Trommel
Ein Film von HINER SALEEM
90 Min., Autonome Region Kurdistan/Frankreich/Deutschland 2006
Eine Produktion von HS Productions und mitosfilm
weiters unter: www.dol-der-film.de

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
Fax: (49) 211 - 5989253
Email: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.de /

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
Fax: (31) 20 - 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
Fax: (45) 33 - 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45
Fax: (61) 2 - 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
Fax: (357) 2 - 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális
Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



Informationen:

AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

Freiheit für Sakine Cansiz

Obwohl die kurdische Politikerin Sakine Cansiz seit 1998 durch Frankreich den Status politischen Asyls besitzt, wurde sie am 19. März 2007 in Hamburg festgenommen und in Auslieferungshaft genommen.
Begründet wird diese Maßnahme mit einem Haftbefehl eines türkischen Staatssicherheitsgerichtes aus dem Jahre 2002 wegen des Verdachtes der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation". Die Staatssicherheitsgerichte sind seit 2004 abgeschafft, da sie wegen des Einflusses des Militärs international geächtet sind.

Sakine Cansiz ist eine kurdische Politikerin, die sich seit mehr als 30 Jahren für die legitimen Rechte der Kurden und Kurdinnen einsetzt.

ISSN 0935-5375

